

**Frauen nach der Wende -  
Frauen im gesellschaftlichen und  
wirtschaftlichen Umbruch**

Dokumentation des Workshops  
in Leipzig am 20. Februar 1998

ISBN 3-86077-746-7

Copyright © 1998 by  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Ostdeutsche Länder  
Godesberger Allee 149, D-53170 Bonn  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn  
Telefon: 02 28 / 88 32 15  
Telefax: 02 28 / 88 36 25  
Internet: Gisela.Zierau@fes.de  
Redaktion: Gisela Zierau (verantwortlich)  
Herstellung: Gerd Ernst, Friedrich-Ebert-Stiftung  
Druck: satz + druck gmbh, Düsseldorf



Printed in Germany 1998

## Vorwort

Mit dieser Broschüre legen wir das zweite Heft der Dokumentation des Workshops zum Thema „Frauen nach der Wende - Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch“ vor, der unter der Leitung von Dr. Christine Bergmann in Berlin und Leipzig stattfand.

Anknüpfend an Erfahrungen von Frauen und Männern im Transformationsprozeß der deutschen Einheit hatten das Forum Ostdeutschland und die Friedrich-Ebert-Stiftung Expertinnen unterschiedlicher fachlicher und gesellschaftspolitischer Disziplinen eingeladen, im Rahmen eines Workshops über die Gleichberechtigungspolitik nach der Wende aus ostdeutscher Perspektive Bilanz zu ziehen und deren Wirksamkeit zu bewerten. Es sollten Defizite benannt, Perspektiven formuliert und Lösungsansätze erarbeitet werden. Die Beiträge des ersten Heftes der Dokumentation über den ersten Teil des Workshops in Berlin, bilanzieren dementsprechend die sozialen, politischen, ökonomischen Veränderungen im achten Jahr nach der Wende in Bezug auf Arbeit, Ausbildung, Beruf und Familie und beschreiben die Erfahrungen von Frauen im gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Umbruch der deutschen Einheit. Das nun vorliegende zweite Heft der Dokumentation enthält die Statements und Redebeiträge des zweiten Teils des Workshops, der im Februar diesen Jahres in Leipzig stattfand. Ziel dieser Veranstaltung war es, zu drei großen Themenkomplexen perspektivisch Forderungen und Vorschläge zur Veränderung zu erarbeiten. Ein Themenkomplex waren der Zugang und die gleiche Teilhabe von Frauen in der Politik. Ein zweiter beschäftigte sich mit dem Zugang von Frauen zu den wirtschaftlichen Ressourcen. Hier stand exemplarisch die Auseinandersetzung mit Forschungsergebnissen der Zukunftskommission Sachsen/Bayern zur Frauenerwerbstätigkeit zur Debatte. Der dritte Themenkomplex behandelte Fragen zur kulturellen Definitionsmacht von Frauen, mit dem Schwerpunkt, „Möglichkeiten der Veränderung geschlechtsspezifischer Rollenkonstrukte und Geschlechterverhältnisse“ auszuloten.

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und einer besorgniserregenden Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse ist zusammenfassend die pro-

*Von links nach rechts: Prof. Dr. Ulrich Blum, Dr. Gisela Schwarz, Petra Weis, Anna Damrat, Dr. Christine Bergmann*

grammatische Forderung der Expertinnen nachvollziehbar, die eine Arbeitswelt-, Hochschul-, Management- und Existenzgründungsoffensive von Frauen forderten.

Wir danken den Teilnehmerinnen und Autorinnen für ihr Einverständnis, ihre Ausführungen in dieser Broschüre zu veröffentlichen.

*Gisela Zierau*  
Abteilung Ostdeutsche Länder



# Inhaltsverzeichnis

## *Begrüßung*

Dr. Christine Bergmann	7
------------------------	---

## **A: Zugang und gleiche Teilhabe von Frauen in der Politik Schwerpunkt: Forderungen und Vorschläge zur Veränderung der politischen Kultur**

<i>Einführender Beitrag:</i> Anna Damrat, MdA	13
---	----

*Moderation:* Petra Weis, Referentin für Frauenbelange, Bonn

## *Statements*

Rosemarie Bechthum	29
Evelin Irmscher	34
Margrit Zauner	36
Elfi Wiedemann	37
Sigrid Kautz	39
Bärbel Sommerfeld	40
Katrin Rohnstock	41
Prof. Dr. Ulrich Blum	42
Brigitte Blattmann	44
Rosemarie Bechthum	45
Margrit Zauner	46
Dr. Christine Bergmann	47

**B: Zugang von Frauen zu den wirtschaftlichen Ressourcen  
Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit Forschungsergebnissen der Zukunftskommission Sachsen/Bayern zur  
Frauenerwerbstätigkeit**

*Beiträge*

Dr. Petra Gärtner, Runder Tisch „Frauen und Erwerbstätigkeit in Sachsen“	51
Prof. Dr. Ulrich Blum, Technische Universität Dresden	60
Dr. Inge Baumgart, Thüringer Arbeitslosenverband	72
<i>Moderation:</i> Dr. Gisela Schwarz, MdL	

*Statements*

Margrit Zauner	82
Anna Damrat	84
Dr. Christine Bergmann	85

**C: Frauen und kulturelle Definitionsmacht – Über den  
Einfluß der Frauen auf unsere Kultur. Schwerpunkt:  
Möglichkeiten der Veränderung geschlechtsspezifischer  
Rollenkonstrukte und Geschlechterverhältnisse**

<i>Einführender Beitrag:</i> Katrin Rohnstock, Publizistin, Berlin	92
<i>Moderation:</i> Brigitte Blattmann, Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Frauenförderung in der Stadt Leipzig	

*Statements:*

Dr. Gisela Schwarz	99
Anna Damrat	103

<b>Anhang:</b> Programm der Veranstaltung	107
---	-----

<b>Veröffentlichungen</b>	111
---------------------------	-----

# Begrüßung

**Dr. Christine Bergmann**

Meine sehr geehrten Damen, mein  
sehr geehrter Herr,

als stellvertretende Vorsitzende des  
Forums Ostdeutschland und als Ber-  
liner Senatorin für Arbeit, Beruf-  
liche Bildung und Frauen sowie  
Bürgermeisterin liegen mir die The-  
men, die heute angesprochen wer-  
den sollen, sehr am Herzen, und ich  
freue mich deshalb ganz besonders,  
Sie alle im Namen des Forums  
Ostdeutschland und der Friedrich-  
Ebert-Stiftung zu begrüßen.

Ich freue mich auch auf die heutige Veranstaltung, weil ich wieder ein  
paar Stunden in Leipzig bin, der Stadt, in der ich von 1958 bis 1963  
meine Studienjahre verbrachte. Es ist schön, zu sehen, was hier in der  
Zwischenzeit entstanden ist.

Sie finden auf Ihrem Platz die Dokumentation der ersten Veranstaltung  
vom November 1997 in Berlin, die wir zum Thema „Frauen nach der  
Wende, Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch“  
durchgeführt haben und die wir heute - zum Teil mit den gleichen, zum  
Teil mit neuen Teilnehmerinnen - fortsetzen wollen.

Dieses Thema soll an vielen Orten diskutiert werden. Wir werden uns  
für die nächste Etappe Mut machen und bilanzieren, was Frauen in  
diesen Zeiten des Umbruchs erreicht haben. Wir werden über die  
Perspektiven von Frauen nach der Wende zu verhandeln haben, über  
Perspektiven von Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen  
Umbruch.

Im Sinne dieser inhaltlichen Kontinuität darf ich Sie auch zu der Veranstaltung des Forums Ostdeutschland in Halle am 28. März einladen, auf der es noch einmal um diese Thematik gehen wird. Wir werden uns mit dem Thema „Frauen und Arbeitsmarkt“ und allen dazugehörigen Aspekten beschäftigen. „Die solidarische Gesellschaft“ - das ist unsere ureigenste Angelegenheit, also auch unser Thema. Sie sind alle herzlich eingeladen, zu allen Themen mitzudiskutieren.

Wir können heute auf den Berliner Ergebnissen aufbauen, und ich hoffe, daß wir unsere Forderungen weiter konkretisieren werden. Wir werden nicht schönreden, was sich in den vergangenen Jahren getan hat. Aber Frauen als ein starkes Stück Osten sind für mich nicht vorrangig Verliererinnen der Einheit. Das wäre lähmend. Wir müssen uns als Handelnde in den Prozessen, die jetzt stattfinden, begreifen.

Ich möchte, daß Frauen Protagonistinnen der Zukunft sind, die mit ihren Erfahrungen und Wünschen, mit ihrem Handeln und Einmischen in Politik und Gesellschaft Vorbild sein könnten für das Modell der Frauen im Deutschland des nächsten Jahrhunderts. Dazu sollen Sie heute auch alle beitragen.

Wir haben zu wenig Frauen an führender Stelle in der Politik. Das trifft auch für die neuen Bundesländer zu. Aber wenn wir die Landesregierungen in den neuen Ländern betrachten, dann fällt auf, daß wir 4 Ministerinnen für den Bereich Arbeit haben, 3 Finanz- und 3 Kultusministerinnen. Wenn es schwierig wird mit den Finanzen, sind Frauen offensichtlich gut geeignet. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die Finanzlage in Berlin wahrscheinlich am allerschwierigsten ist, und wir haben eine sehr tüchtige Finanzsenatorin. Frauen tragen in Bereichen Verantwortung, die gerade in den neuen Ländern von großer Bedeutung sind: Finanzen, Arbeit, berufliche Bildung, Frauen, Bildung insgesamt, Schule.

Trägt das zu einer Veränderung der politischen Kultur bei? Ministerinnen können in den Politikfeldern eine Menge bewegen. Aber allein können sie noch keine grundsätzlichen Veränderungen in den Ministerien bewirken.

Wir müssen uns dazu auch einmal anschauen, wie es unterhalb der Ebene der Ministerinnen oder der Minister aussieht. Es gibt noch sehr viel zu tun. Nach bisher noch unvollständigen Ergebnissen einer vom Freistaat Sachsen initiierten Länderumfrage zur Zahl der Abteilungs- und Referatsleiterinnen in den obersten Landesbehörden der Bundesländer liegt der Anteil von Frauen an den Abteilungsleitungen bei 9 Prozent. In Berlin arbeiten 3 der insgesamt 8 Abteilungsleiterinnen in meiner Verwaltung, in der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 8 Prozent, ganz konkret 5 von 62 Abteilungsleitungen. Wir haben noch einen langen Weg vor uns. Aber ich denke, die Gleichstellungsgesetze der Länder sind hier ein wichtiges Instrument. Unter der Voraussetzung der Einzelfallprüfung hat der Europäische Gerichtshof die Quotenregelung mit seinem Urteil vom letzten Jahr bestätigt, und wir werden die rechtlichen Regelungen nutzen.

Ohne Quote kommen wir im Osten nicht weiter.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes hilft uns die Ländergesetzgebung. Aber wir brauchen natürlich mehr als rechtliche Grundlagen. Unentbehrlich sind die Netzwerke der Frauen untereinander. Heute knüpfen wir weiter an diesem Netz, um uns kennenzulernen, um zu wissen, wo überall gute Frauen sitzen und im entscheidenden Moment auf sie zurückgreifen zu können.

Wir ermutigen und unterstützen ausdrücklich auch junge Frauen, sich aktiv zu beteiligen, um Mandate zu kämpfen und Positionen zu besetzen, und nicht darauf zu vertrauen, daß ihre gute Qualifikation ihnen den beruflichen Weg ebnen wird. Das ist eine aktuelle Diskussion, die ich häufiger mit jungen Frauen führe, die sich – worüber ich mich freue – mit sehr viel Optimismus auf den Berufs- oder Karriereweg machen. Aber da liegen eine Menge Fallstricke verborgen, und die besser qualifizierte Frau setzt sich nicht automatisch gegenüber dem weniger qualifizierten Mann durch.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen, der in den letzten Tagen gerade in Sachsen in der Öffentlichkeit stand, das ist ein Vorschlag des

sächsischen Sozialministers, für ein steuerfinanziertes Erziehungsgehalt von 1.100 Mark monatlich für jedes Kind bis zum dritten Lebensjahr und dann weiter 800 Mark. Das hört sich zunächst einmal sehr gut an.

Familien mit Kindern leben oft unter schwierigen Bedingungen, die KITA-Gebühren werden ständig erhöht, weil die Länder, selbst unter finanziellen Nöten leidend, keine anderen Möglichkeiten mehr sehen. Natürlich müssen gerade junge Familien entlastet werden, und zwar ganz erheblich.

Man kann eine steuerliche Entlastung der Familien herbeiführen, wie es die SPD in der Frage der Steuerreform vorgeschlagen hat. Man kann ein anständiges Kindergeld finanzieren. Der genannte Vorschlag zur Zahlung von Erziehungsgehalt löst bei mir aber die große Sorge aus, daß wir bezahlen sollen, damit die Frauen dem Arbeitsmarkt fernbleiben. Zumindest liegt diese Gefahr sehr nahe.

Zu überlegen ist, welche Entlastung der Familien sich auch im Interesse des Anteils der Frauen an der Erwerbstätigkeit positiv auswirkt und nicht zum entgegengesetzten Effekt führt. Ich bin eigentlich sehr dankbar, daß wir heute auch über die Ergebnisse der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen diskutieren werden und sicher auch noch eine Menge an Information dazubekommen. Das sind Konzepte, die als Zukunftspolitik angeboten werden.

Ich denke, wir müssen uns mit einigen Punkten sehr kritisch auseinandersetzen und immer wieder die Frage stellen: „Was bedeutet das für uns Frauen?“ Teilzeit und geringfügige Beschäftigung werden als sehr lobenswert dargestellt. Gegenüber einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hat man jedoch große Bedenken. Aber auf dem Arbeitsmarkt helfen würde den Frauen eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung und nicht mehr Teilzeit, deren Effekt es sein könnte, daß die letzten Vollzeit arbeitenden Frauen auf die Teilzeitstellen geschoben werden.

Zu appellieren, Teilzeit sei auch für Männer da, hilft wenig. Solange es keine rechtliche Handhabe gibt, werden es überwiegend die Frauen sein,

die Teilzeit arbeiten. Freiwillig werden Männer kaum eine Zweidrittel-Stelle nehmen. Das ist auch in meiner Verwaltung nicht der Alltag.

Ich denke, es ist wichtig, daß wir uns mit diesem Papier auseinandersetzen und danach fragen, was sich hier auf die Durchsetzung von Fraueninteressen auswirkt, welche Positionen wir unterstützen und wo wir Bedenken anmelden sollten.

Wir leben in einer Mediengesellschaft: Über die Medien werden Rollenbilder geprägt und Meinungen gemacht. Wir wissen, daß Frauen in diesem Bereich immer noch in der zweiten Reihe zu finden sind, und Frauen aus dem Osten kommen fast nicht vor. Auch im Kulturbetrieb sind Frauen eher als schmückendes Beiwerk, denn als Handelnde gefragt.

Frauen sind selten unter den Präsidenten der Stiftungen, unter den Intendanten der Bühnen oder unter den sonstigen Größen des kulturellen Veranstaltungsgeschäftes zu finden. Männer dominieren. Eine weibliche Intendantin haben wir in Berlin. Vielleicht gibt es in Ihren Ländern, wo das große Geld bewegt wird und wo wirklich viel entschieden wird, andere Erfahrungen.

Frauen sind in der Kultur häufig in den Bereichen aktiv, wo es mehr um die Liebe zur Sache geht als um Geld, wo für die Anerkennung gearbeitet wird oder für die eigene Befriedigung und weniger Einfluß auf den Kulturbetrieb genommen werden kann. Wir werden über den Einfluß der Frauen auf unsere Kultur im letzten Teil der Veranstaltung intensiver diskutieren.

Einstreuen möchte ich nur noch, was die Präsidentin der Hochschule der Künste von Hamburg in einer Veranstaltung sinngemäß dazu sagte: „Im Kulturbetrieb ist es eigentlich noch schwieriger, weil die Herren Künstler immer der Meinung sind, daß sie sowieso alles abdecken. Sie verkörpern auch das weibliche Element in sich. Sie sind also sehr breit angelegt. Deswegen muß man sich da eigentlich noch weniger darum kümmern, daß man auch Frauen in den entsprechenden Stellen hat.“ Ich freue mich auf diese Diskussion heute.

Nutzen möchte ich die Gelegenheit noch, um allen an der Vorbereitung dieser Veranstaltung Beteiligten zu danken, ganz besonders natürlich Gisela Zierau von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Brigitte Blattmann, die hier vor Ort alles mit viel Mühe vorbereitet haben. Ebenso danke ich allen Moderatorinnen, allen Referentinnen, dem Referenten und Ihnen natürlich, den Teilnehmerinnen, die Sie sicher auch mit großen Erwartungen hierher gekommen sind. Ich denke, wir werden mit viel Gewinn diskutieren.

Ich erinnere noch einmal daran, daß wir am 28. März in Halle die nächste Veranstaltung durchführen, die dann unter dem Titel steht „Die Frauen - ein starkes Stück Osten“. Das wollen wir dort deutlich machen, daß dieses „starke Stück Osten“ nicht nur ein Stückchen ist, sondern daß wirklich viele Frauen zu diesem „starken Stück Osten“ stehen. Es wird um die Zukunftsperspektiven von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, in der Ausbildung und in der Wissenschaft gehen und um Solidarität.

Ich wünsche uns heute ein paar sehr interessante Stunden, und noch einmal herzlichen Dank allen, die hier viel Mühe investiert haben.

## A: Zugang und gleiche Teilhabe von Frauen in der Politik

### Forderungen und Vorschläge zur Veränderung der politischen Kultur

Anna Damrat

Gliederung:

1. „Wir sind im Männerhaus!“ - Staat ohne Frauen
2. Der „Schmeil-Mensch“ der Partei: quadratisch, praktisch, männlich oder der unpraktische „doppelte Lebensentwurf“, weiblich
3. Männermuster: Weibliche Identität und Polit-Karriere
4. Drei Fallen weiblicher Polit-Karriere: Differenzfalle, Gleichheitsfalle, Liebesfalle
5. Vier Wege der Veränderung: Quote, Berufstätigkeit, Patchwork, Network
6. Die Partei hat nicht mehr einfach Recht: Neue Wege der Geschlechterdemokratie

Gerade als Volkswirtin, die auch immer wieder mit Sozial- und Wirtschaftsforschung zu tun gehabt hat, muß ich sagen: Kein anderes Feld ist so spannend wie die Frauen- und Geschlechterforschung. Hier hat sich wissenschaftlich ungeheuer viel bewegt, soviel wie auf den anderen mir gut bekannten Gebieten lange nicht. Ich werde hier vortragen, was ich als Fazit der heftigen und lebhaften Debatte herausgefunden habe.

Ich habe meine Überlegungen in sechs Abschnitten zusammengefaßt. Der erste Abschnitt heißt, eigentlich entgegen der eingangs getroffenen Feststellung, daß es vorangeht:

## 1. „Wir sind im Männerhaus“ – Staat ohne Frauen

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“, proklamierten die Frauen des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) im Dezember 1989 zu seiner Gründung. Frauen waren es auch, die in großer Zahl in der Opposition organisiert waren, die die unblutige, tiefgreifende Revolution in Ost-Deutschland vorantrieben und den demokratischen Aufbruch wagten. Die Aufbruchstimmung unter den Frauen fand ihren Ausdruck in vielfältiger Selbstorganisation, in Projektgruppen und „Runden Tischen“, in der Kirche schon seit längerem und auch in der Wissenschaft. Jedoch schon nach den ersten und zugleich letzten demokratischen Wahlen in der DDR zogen nur 82 weibliche von insgesamt 400 Abgeordneten in die Volkskammer ein, also 20,5 Prozent. In der Regierung leiteten Frauen nur 4 von insgesamt 23 Ministerien, zugleich auch ziemlich „weibliche“ Ressorts: Familie/Frauen, Jugend/Sport, Arbeit/Soziales und Handel/Tourismus<sup>1</sup>.

Die Verbindung des UFV mit Bündnis 90/Neues Forum brachte ihm kein Glück, sondern nur 2 von 12 Mandaten, also ziemlich wenig Staat.<sup>2</sup> Die Frauen fühlten sich nach eigenem Bekunden über den Tisch gezogen. Mit Marina Beyer hatte die DDR nun jedoch erstmals eine „Beauftragte des Ministerrats für die Gleichstellung von Frauen und Männern“, und in ihrem Auftrag wurde der „*Frauenreport 90*“ erstellt. Aus ihm stammen die genannten Zahlen und er resümiert für 40 Jahre DDR: „Frauen waren und sind an strategischen Entscheidungsprozessen, an der Machtausübung in geringerem Maße beteiligt als die Männer“, dabei galten 4 Frauen von insgesamt 32 Ministern in der Übergangsregierung Modrow schon als „mehr Frauen ... als in der Vergangenheit“. Marina Beyer kommentierte diese Lage in ihrem Vorwort zum Report: „Vor dem Hintergrund individuell erlebter Unterdrückung und aus der teilweisen Kenntnis des vorliegenden sozialwissenschaftlichen Materials

---

<sup>1</sup> Winkler, Gunnar (Hrsg.): *Frauenreport '90*, Berlin, 1990, S:226

<sup>2</sup> ebenda S.227 - das sind 16,7Prozent, zum Vergleich: Bund Freier Demokraten/DFP-LDP-F.D.P. 0Prozent, CDU 15,3Prozent, PDS 42,4Prozent, SPD 23,9Prozent

wurden nach dem Sturz des alten SED-Regimes im Herbst 1989 im Rahmen der öffentlichen Diskussionen über die Vergangenheit dieses Landes und über die Gestaltung einer zukünftigen humanistischen und demokratischen Gesellschaft sehr deutlich auch die Defizite zwischen dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung und der realen Lebenswirklichkeit der DDR-Frauen benannt.“<sup>3</sup>

Auch die in der DDR deutlich mehr als in der alten BRD umfassend vorhandenen wichtigen Rahmenbedingungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen waren nach ihrer Auffassung „längst keine Garantie für die tatsächliche Gleichstellung“, sondern vielmehr hielt sie darüber hinaus „grundlegende Rechtsreformen“ für notwendig, „die eine Diskriminierung wegen der Geschlechtszugehörigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen rechtskräftig untersagen“. Frauen waren also trotz institutionalisierter Förderung und durchgängiger Berufstätigkeit wegen tradierter Diskriminierungen und Doppelbelastung aus Haushalt und Familie auch von höheren Funktionen ausgeschlossen. Zahlreiche Untersuchungen bestätigen die Machtferne von Frauen in alter DDR wie Bundesrepublik.<sup>4</sup>

Der Befund der DDR fiel auch kurz nach der Wende nicht wesentlich besser aus als für die alte Bundesrepublik, für die Gesellschaft insgesamt wie für den spezifisch politischen Bereich. Viele der anfänglich neu bewegten Frauen im Osten verabschiedeten sich nach den Erfahrungen mit dem nach Personen und Themen nahezu frauenfreien Einheitsprozeß - zweifelhafte Ausnahme § 218! - den Ausschlußmechanismen institutioneller Politik und den Widrigkeiten eines sozial und beruflich zunehmend ungesicherten Alltags wieder aus der Politik.<sup>5</sup>

Auch die Ergebnisse der jüngsten Untersuchungen zum Umgang der Parteien mit ihren Frauen und zugleich der Frauen mit der Politik

---

<sup>3</sup> ebenda, S.10 f.

<sup>4</sup> dazu vgl. Helwig, Gisela und Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.): „Frauen in Deutschland 1945 - 1992“, Bonn.1993 (Bundeszentrale für politische Bildung), insbesondere die Aufsätze von Anne Hampele und Waltraud Cornelissen S. 281ff bzw. 321ff.

<sup>5</sup> vgl. Hampele, Anne in: Helwig/Nickel a.a.O., S.311

kommen nicht zu sehr viel besseren Ergebnissen, erfuhren wir von Helga Lukoschat auf dem vorhergehenden Forum im November 97. Der Weg der Frauen in die Politik ist in dem uns seit bald acht Jahren gemeinsamen politischen System im einigen Deutschland allemal ein beschwerlicher. Die Frauen im Osten erleben nun anstelle eines paternalistisch-bevormundenden Systems ein patriarchalisch-kapitalistisches System, in dem sie politisch zwar Freiheit gewonnen haben, sozial aber um den zuvor erreichten Status ökonomischer Unabhängigkeit aus beruflicher Tätigkeit fürchten müssen, verschärft von dem auf die patriarchale Versorgungs-Ehe ausgerichteten Steuer- und Sozialsystem mit vorher ungekannten Abhängigkeiten. Der Kampf gegen die patriarchalen Strukturen muß von Ost- wie Westfrauen nun als gemeinsamer geführt werden.

Er kann dann erfolgreich sein, wie nicht nur Marina Beyer hofft<sup>6</sup>, eine Reihe von Frauenforscherinnen belegen und entsprechende Resolutionen der SPD-Frauen seit Beginn des Einigungsprozesses immer eindringlicher fordern<sup>7</sup>, wenn unterschiedliche Erfahrungen von Ost- und Westfrauen in ihn eingebracht, akzeptiert und zu neuer Kraft genutzt und angewandt werden.

Dennoch ist gerade im Verlauf des Einigungsprozesses nach den oben genannten Schwierigkeiten in den letzten Jahren mehr erreicht worden, als den Akteurinnen selbst bewußt ist: Die Anteile der Frauen in der Politik sind gerade in den letzten Jahren höher geworden. Auf SPD-Parteitag sind Frauenforderungen aufgrund des dort anwesenden höheren Anteils von Frauen und den Regeln politischer „Correctness“ leichter durchzusetzen als in den Vorverhandlungen mit der frauenpolitisch gesehen zuweilen hartleibigen Parteispitze.

---

<sup>6</sup> a.a.O., S.11

<sup>7</sup> vgl. z.B. entsprechende Beschlüsse auf den AsF-Bundesfrauenkonferenzen, am deutlichsten zuletzt im Juni 1996 in Rostock: D1 „Resolution: Frauen in Ost und West, Vereinigungslasten beseitigen - Vereinigungsgewinne fördern - Wir lassen uns nicht teilen!“, s. entsprechende Beschlußübersichten 1990, 1992, 1994, 1996

Jedoch, auch wenn einzelne Frauen inzwischen hohe Ämter bekleiden, so sind sie im Gesamtbild der oberen Etagen von Politik und Wirtschaft noch immer weiße Raben und fallen deshalb besonders auf. Wegen ihrer nun etwas größeren Zahl erwecken sie sogar den Anschein, weiße Raben hätten in der Gesellschaft der schwarzen allerbeste und eben gleiche Chancen. Frauen sind aber allein schon statistisch leicht nachweisbar noch immer weit davon entfernt, in Führungspositionen zu gleichem Anteil wie in der Bevölkerung vertreten zu sein. Die Kämpfe der Mächtigen werden weiter vor allem unter Männern ausgetragen, wie es sehr deutlich die Kanzler-Kandidatenfrage in der SPD, auch der CDU, diverse Flügelkämpfe bei allen Parteien zeigen. Das gilt mit Abstrichen auch für die Grünen.

Lapidar stellt die derzeitige AsF-Bundesvorsitzende Karin Junker in ihrem jüngsten Gleichstellungsbericht vom Dezember 1997 fest: „Frauen ist der Weg in die erste Reihe nach wie vor weitgehend versperrt.“<sup>8</sup>

Das Verhalten der Medien und schließlich auch der Protagonisten selbst zeigt: Männer kommunizieren in Machtfragen nur mit Männern, nehmen vor allem Männer wahr, bekämpfen sie als Konkurrenten und fördern sie als jungen aufstrebenden Nachwuchs, meinen Frauen nicht direkt sondern „mit“, wie auch eine aktuelle Wahlkampfbroschüre aus Niedersachsen in der Fußnote mit Rücksicht auf „Lesbarkeit und Verständlichkeit“ erläuterte, bauen auf Frauen im Schlachtgetümmel um innerparteiliche und allgemeine Wahlmehrheiten, aber bauen Frauen selten auf. Wenn noch im Dezember 1997 der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine auf dem Hannoveraner Bundesparteitag Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt als seine Lehrmeister bei der Gleichstellungspolitik nennt, aber auf die in großer Zahl dort anwesenden Frauen wie Inge Wettig-Danielmeier, Heidi Wieczorek-Zeul oder Karin Junker nicht kommt, ist das kein Zufall.

Im Berliner Völkerkunde-Museum können schilfgedeckte Häuser von den Palau-Inseln im West-Pazifik besichtigt werden. In ihnen trafen sich

---

<sup>8</sup> SPD-Parteitag Hannover, 2. bis 4. Dezember 1997 - Gleichstellungsbericht, vervielfältigtes Manuskript, S.5

die Männer des Dorfes und sangen in wiederkehrendem Sing-Sang: „Wir sind im Männer-Haus!“. Dazu informiert ein Museumsblatt: „Die [Männer-]Klubs bestanden aus etwa gleichaltrigen Männern, also jeweils für die Dauer einer Generation. Mit dem Tode seiner Mitglieder erlosch der Klub, neue Klubs entstanden in der Vereinigung junger Männer. Beim Eintritt in einen Klub verließ der Jüngling das elterliche Haus ... Er wohnte und schlief im Klubhaus wie alle Männer, die verheirateten nicht ausgenommen.“<sup>9</sup>

Die *Männer*-Klubs waren zugleich soziales und politisches Machtzentrum. Mädchen aus fremden Dörfern, so das Informationsblatt zu einem anderen Haus, durften sie als Gesellschafterinnen versorgen und „kehrten nach längerer Zeit reich beschenkt“ heim.<sup>10</sup>

Nicht immer real, aber zumindest von ihrem Bewußtsein her, sitzt die große Mehrheit der männlichen Politiker noch immer im Männerhaus und kann nach ihrem Selbstverständnis ganz gut Staat ohne Frauen machen. Das „Ohne-Frauen-Ist-Kein-Staat-Zu-Machen“ ist als Zahlenkenntnis und zugleich Anspruch zwar bis in die Reihen der CDU-Frauen vorgedrungen, aber als durchgängig handlungsleitende Erkenntnis von Frauen zu wenig und von Männern nur sporadisch genutzt worden. Damit komme ich zum nächsten Abschnitt:

## 2. Der „Schmeil-Mensch“ der Partei: quadratisch, praktisch, männlich - und der unpraktische „doppelte Lebensentwurf“, weiblich

Natürlich sind meine Ausführungen insbesondere aus den Erfahrungen in und mit der SPD gespeist. Sie lassen sich aber, wie aus Gesprächen mit Frauen aus anderen Parteien zu erfahren ist und in einschlägigen Untersuchungen gut belegt, leicht verallgemeinern. Der aus formalem Statut, institutionalisierten und auch informellen Partei-Bräuchen (siehe

---

<sup>9</sup> Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz Berlin, Museum für Völkerkunde/Abt. Südsee: Text eines Informationsblattes zum Männer-Klubhaus von den Palau 1

<sup>10</sup> dies., Informationsblatt zum Männer-Klubhaus von den Palau 2

Männer-Klub!) sowie gewöhnlichen Polit-Karrieremustern zu konstruierende Durchschnitts-Parteimensch hat alle Eigenschaften des vorgeblich geschlechtsneutralen Muskel-Menschenmodells im herkömmlichen Schul-Biologie-Lehrbuch von Schmeil: Er ist gewissermaßen quadratisch, also relativ leicht einzupassen und zu jeder Zeit einzusetzen, deshalb praktisch - und eben männlich.

Eine Befragung unter jungen SPD-Frauen im Alter zwischen 16 und 28 Jahren ergab u.a., daß diese grundsätzlich an formalen Abschlüssen gemessen „gebildeter“ als ihre Geschlechtsgenossinnen in der Bevölkerung und „gemessen an der Gesamtmitgliedschaft deutlich aktiver“ seien, aber andere Ansprüche an Politik und Partei haben als ihre männlichen Genossen, nämlich „mehr Transparenz, stringente ergebnisorientierte Organisation und weniger Bürokratie“ wünschen.<sup>11</sup>

Bedenklich allerdings ist, daß die jungen SPD-Genossinnen sich häufig aus „privaten Gründen“, Ausbildung und häufigerer Ortswechsel, sowie aus Ohnmachtsgefühlen aus dem aktiven Engagement zurückziehen, wenn nicht der Partei ganz und gar den Rücken kehren.<sup>12</sup>

Selbst die JUSOs schneiden in der Beurteilung der jungen Frauen nicht besser ab und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) spielt in dieser Altersgruppe zwischen 16 und 28 Jahren bei den Aktiven „eine untergeordnete Rolle“. Dabei sind die Themen und Forderungen von AsF-Frauen und JUSO-Frauen so unterschiedlich nicht. Vielmehr sehen beide Gruppen die Notwendigkeit einer anderen politischen Kultur, basierend auf einer anderen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.

Die Forderung zur Vereinbarkeit von beruflicher, gesellschaftlicher, familiärer bzw. Beziehungsarbeit und Hausarbeit wird seit Begründung des „Arbeitskreises Emanzipation“ der JUSOs zu Beginn der 70er Jah

---

<sup>11</sup> SPD-Parteivorstand: „Junge Frauen in der Volkspartei SPD“- Schriftenreihe Jugendpolitik, Band VII, Bonn, o. J. (1994), S. 41

<sup>12</sup> ebenda

re<sup>13</sup> und Neuorganisation der AsF 1973 in immer wieder neuen Varianten erhoben, heute als Anrecht auf den „doppelten Lebensentwurf“ eingeklagt. Auch der von den JUSOs beschlossene und vom Bundesparteitag im Dezember 1997 an den „Partei Vorstand zur Erarbeitung eines Wahlprogramms“ überwiesene Antrag „*Viel mehr Zukunft! Lebensentwürfe junger Frauen absichern*“ spricht die Erkenntnis an, „daß Frauen in der SPD zwischen 25 und 40 zwar noch in den Statistiken auftauchen, jedoch in der konkreten Arbeit vor Ort und v.a. in machtvollen gestalterischen Positionen nicht mehr präsent sind“, weil sie sich hier auf Berufseinstieg und Partnerinnenschaften und eventuelle Familiengründung konzentrieren.<sup>14</sup>

Dabei ziehen sie, ähnlich wie ihre älteren Schwestern bei JUSOs und AsF zuvor, den Schluß, „daß das männliche Erwerbsarbeitsmodell auf die Strukturen politischer Arbeit übertragen wurde“ und fordern: „SPD-Spitzenossen muß endlich die Schere in ihrem Kopf klar werden, wenn sie an 60 Stunden in der Woche für die Arbeitszeitverkürzung kämpfen, während ihre Reproduktionsarbeit von ihrer Frau/Freundin gemacht wird!“.

Konkrete Forderungen nach struktureller Veränderung in der Partei verbleiben allerdings auch in diesem Antrag mehr im allgemeinen wie die nach Frauen-Förderplänen mit Maßnahmen, „die über die Quotierung hinausgehen“ und „gezielten Aufbau von Frauen für Führungspositionen“.

Um dem auch im eigenen Verband nachzuhelfen, beschloß derselbe Bundesparteitag für das Organisationsstatut der SPD eine besondere Experimentierklausel, die es den JUSOs gestattet, ihren Bundesvorstand bzw. Delegationen zum Bundeskongreß um überzählige Männer entspre-

---

<sup>13</sup> dazu vgl. z.B. „JUSO“- Zeitschrift der Jungsozialisten in der SPD, Bonn, Heft 4/1974 zum Thema Frauen

<sup>14</sup> Textauszüge aus dem Antrag I 50, abgedruckt in Vorstand der SPD (Hrsg.): „Parteitag der SPD in Hannover 2.-4. Dezember 1997 - Beschlüsse“, Bonn/FfM, 12-97, S. 113ff., hier S.124, auch folgende Zitate

chend deren Stimmenzahl bei der Wahl solange zu verkleinern, bis die Mindestquote von 40 Prozent Frauenanteil erreicht wird<sup>15</sup>.

Auch die AsF war es leid, beim Frauenköpfe-Zählen in Vorsitzenden-ämtern und bei parlamentarischen Mandaten immer wieder auf schlechte Ergebnisse weit unterhalb der Mindestquote zu stoßen und Statutentreue einzeln einklagen zu müssen, und forderte deshalb den Parteivorstand in einem an ihn überwiesenen Antrag auf, zur Mindestabsicherung „eine entsprechende Ergänzung des Statuts auf den Weg zu bringen und im übrigen ... [dazu finanzielle] Anreize zu schaffen“.<sup>16</sup>

Der nächste Abschnitt befaßt sich mit uns selbst.

### 3. Männermuster: Weibliche Identität und Polit-Karriere

Mit dem letzten Parteitag gelang so etwas wie eine kleine Revolution für die SPD: In den Parteivorstand wurden erstmals mehr Frauen als Männer gewählt im Verhältnis 23 zu 22. Zu fragen ist, ob sich daraus wirklich ernsthaft andere, frauenfreundlichere oder frauengerechte Konstellationen ergeben werden. Studiert werden konnte dies bereits schon einmal in den Jahren des rot-grünen Senats in Berlin-West vor der Wende, in dem es mehr Frauen als Männer gab. Doch auch hier mußten die Beobachterinnen in Alltag und Wissenschaft konstatieren, daß mit zunehmenden Konflikten in der Koalition und der Überlagerung des Senatsgeschehens durch die Ereignisse von Wende und Vorlauf der Einheit, sich die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf das Handeln der meist männlichen Haupt-Protagonisten konzentrierte. Zu fragen ist aber auch, ob denn das weibliche Handeln in der Politik immer grundsätzlich anders ist, oder wie Carol Hagemann-White mutmaßte, vor allem durch weibliche Sozialisation aus der tatsächlichen oder potentiellen Mutterrolle, eher demokratisch offen und ausgleichend ist als männliches polarisierendes Wirken.

---

<sup>15</sup> ebenda, S. 380, Antrag O 300 zur „Änderung des Organisationsstatuts § 10“

<sup>16</sup> ebenda, S.389, Antrag O 379 „Innerparteiliche Gleichstellung verwirklichen“

Der Berliner Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer<sup>17</sup> erscheint es als „zu schlicht“, von einem anderen weiblichen Politikverständnis zu sprechen. Sie bezieht sich dabei auf Untersuchungen, nach denen viele Frauen in der Politik sich durchaus als „Vater-Töchter“ gerne mit traditionell männlichen Werten, wie z.B. „klar, dynamisch, arbeitsorientiert, entschlußfreudig und durchsetzungsfähig“ beschreiben und dazu internalisierten wie auch institutionellen Anpassungszwängen im männlichen Politikbereich ausgesetzt seien.

Darüber hinaus hält sie den „euphorischen Bezug auf ein anderes Politikverständnis“ für problematisch, „weil weibliche Verhaltensmuster Frauen in der politischen Öffentlichkeit nicht unbedingt reüssieren lassen“ und sie zum Beispiel durch Zurückstecken, Konfliktvermeidung, gehemmte Bereitschaft zu Machtpositionen eher zu „erhöhter Anpassungsbereitschaft an vorgegebene männliche Strukturen führen“ können. So gesehen würde eine den vorgegebenen traditionell „weiblichen“ Werten entsprechende weibliche Identität durchaus auch männlichen Rollenzuschreibungen und männlichen Erwartungen entsprechen. Daß dies gleichermaßen ein allgemeines, systemunabhängiges Problem ist, zeigen auch die Ausführungen von Irene Dölling zu den Frauen- und Männerbildern in der ostdeutschen Frauen-Zeitschrift „Für Dich“, wo sich trotz deutlicher äußerer Unterschiede die Bilder von Frauen in ihrem Rollengehalt vor und nach der Wende fatal gleichen<sup>18</sup>. Die Zwickmühle von männlicher Erwartung und Spielregeln im Männerbund öffnet und schließt sich im Zweifel immer zu Ungunsten von Frauen:

Verhalten sich Politikerinnen entlang weiblichen Verhaltensmustern, werden sie nicht ernst genommen, ja sogar marginalisiert, verhalten sie sich „wie die Männer“ droht ihnen das Verdikt von Männern und möglicherweise auch Frauen, „unweiblich“ zu sein und deshalb als

---

<sup>17</sup> Sauer, Birgit: „Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir?“ in: Biester, Elke u.a. (Hrsg.): „Demokratie oder Androkratie? - Theorie und Praxis in der feministischen Diskussion“, FfM/ N.Y., 1994 (Campus), S. 99ff., die folgenden Zitate von S.116f.

<sup>18</sup> Dölling, Irene: „Gespaltenes Bewußtsein - Frauen und Männerbilder in der DDR“, in: Helwig/ Nickel a.a.O., S. 23ff

„Emanze“ im Politikgeschäft ausgegrenzt und kaltgestellt zu werden. Und damit bin ich beim nächsten Punkt:

#### **4. Drei Fallen weiblicher Polit-Karriere: Differenzfalle, Gleichheitsfalle, Liebesfalle**

Die erste Falle, in der weibliche Polit-Karrieren enden können, habe ich bereits beschrieben: Ich bezeichne sie als „Differenzfalle“. Sie tut sich mit den Ansprüchen einer nicht zu erfüllenden weiblichen Identität auf. Zwei weitere Fallen weiblicher Polit-Karrieren will ich jetzt noch betrachten: Die „Gleichheitsfalle“ und die „Liebesfalle“.

Die Forderung nach Gleichheit der beiden Geschlechter wird leicht mit „gleich machen zum männlichen Vorbild“ übersetzt und dann entweder als androgyn oder wegen der darin enthaltenen Beschreibung der Frau als defizitär abgelehnt. Das hat in der weiteren Diskussion über Differenz und Gleichheit dazu geführt, Gleichheit mit „Gleichberechtigung“ oder „sozialer Gleichheit“ zu übersetzen und darin ein Drittes zu verstehen, zu dem sich Männer wie Frauen emanzipieren sollen. Es ist eine Zukunft, in der Personen beider Geschlechter die Möglichkeit haben, ihr Leben selbst zu bestimmen ohne die Definitionsmacht des anderen oder eigenen Geschlechts. Wird die Gleichberechtigung allerdings auf formal gleiche Rechte verengt, wäre sie durch aktives und passives Wahlrecht, Recht der freien Berufswahl, Aufstiegsmöglichkeit und Bestenauswahl allein nach „objektivierbaren“ Qualitätskriterien bereits erreicht und bedürfte eigentlich keines weiteren Kampfes. Nur die Verhältnisse, die sind eben nicht so ... .

Sie waren auch nicht so, weder in West noch in Ost.

Doch haben unterschiedliches Erleben von Gleichheit und Ungleichheit das Verständnis von Ost- und Westfrauen untereinander oft erschwert, glaubten sich doch viele Ostfrauen aufgrund ihrer vormals besseren sozialen Rechte der Gleichheit schon sehr nahe gekommen, auch aufgrund des entsprechenden besseren Trainings ihrer Männer in einigen Haushaltsfragen und der höheren eigenen ökonomischen Unabhängig-

keit. Ebenso mußten Westfrauen diese Unterschiede der Lebensstile erst begreifen, während sie anfangs ein vereinfachtes Schema der Differenz als Maß anlegten.

Die Falle, die ich als „Liebesfalle“ bezeichne, hat mit der erstgenannten „Identitätsfalle“ manches gemein, weil sie in ähnlicher Weise das tradierte Selbstverständnis der Frauen betrifft. Dies sind die besonderen Erschwernisse, die daraus resultieren, daß Frauen in ihrer oft unendlichen Empathie sich darin verausgaben, andere stets verstehen zu wollen (oder zu müssen), und auch ihrerseits stets geliebt werden wollen. Das von Feministinnen zum Teil postulierte „mütterliche“ oder auch „lesbische Kontinuum“ verlangte gegenseitige Zuneigung und ist doch unter Konkurrenzbedingungen, unterschiedlichen Meinungen und Ansätzen sowie schlichten persönlichen Differenzen und Antipathien nur schwer zu erfüllen. Erst wenn Frauen begreifen, daß sie weder von allen Männern noch von allen Frauen ständig geliebt werden müssen, um politisch aktiv und bündnisfähig sein zu können, daß der Kampf um politische Ämter und inhaltliche Positionen auch ein öffentlicher ist und kein privater, erst dann können sie wirklich erfolgreich aktiv sein - oder auch unterliegen, ohne als Person zerstört zu werden. Ich werde zum Beispiel nie den guten Ratschlag einer Genossin vergessen, die mich angesichts einer schwierigen Konkurrenz- und zugleich persönlichen Verlustsituation in der Vorphase einer Kandidatur dadurch aufmunterte und aufrichtete, daß sie mich einfach fragte, ob ich jetzt vordringlich etwas Persönliches oder etwas Politisch-Inhaltliches mit meiner Kandidatur erreichen wollte.

Was Frauen sind und wie sie werden, ist die Frage des gesamten politischen Sozialisationsprozesses. Sie können die notwendige und zugleich aus Zwängen befreiende Selbstsicherheit erreichen, wenn sich ihre Identität fortwährend aus dem Prozeß selbst herstellt und nicht als Identitätsanspruch auferlegt ist. Hier ist eine Frau, weil sie - auch aus dem spezifisch weiblichen Sozialisationshintergrund heraus - als Frau handelt und sich nicht ständig definiert.

## 5. Vier Wege der Veränderung: Quote, Berufstätigkeit, Patchwork, Network

In ihrer Untersuchung unter dem Titel: *„Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Repräsentation von Frauen in den Staaten der Europäischen Union“*<sup>19</sup> vergleicht die Bremer Soziologin und Politologin Beate Hoecker die Repräsentation von Frauen in den nationalen Parteien, Parlamenten und Regierungen in den 15 EU-Ländern zuzüglich Norwegen und versucht, den „Ursachen ihrer zumeist marginalen, in einigen Fällen aber auch guten Vertretung aus komparativer Sicht“ nachzugehen. Mir scheint dieser Versuch sehr bemerkenswert, weil aus ihm eventuell Schlüsse gezogen werden können, welche Bedingungen einer politischen Teilhabe von Frauen im parlamentarisch-demokratischen System eher förderlich sind und welche nicht. Auch eigene Forderungen zur politischen Kultur können hieran überprüft werden. Anhand ihrer ausführlichen Recherchen kommt Beate Hoecker zu dem nicht unerwarteten Schluß, daß es einen engen Zusammenhang zwischen den als „politische Kultur“ definierten „dominanten Einstellungen gegenüber der Rolle von Frauen in der Gesellschaft sowie im politischen Leben“ und parlamentarischer Vertretung von Frauen gibt.

Nach ihrer Aufstellung ergibt sich in der parlamentarischen Repräsentanz mit wenigen Ausnahmen ein Nord-Süd-Gefälle mit den skandinavischen Ländern und deren „Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit“ sowie demokratischen Traditionen an der Spitze, dicht gefolgt von den Niederlanden. In diesen Ländern sitzen über 30 Prozent Frauen in den Parlamenten. Im Mittelfeld sind es zwischen 20 und 30 Prozent: Deutschland, Österreich, Spanien Luxemburg, unter 20 Prozent in den übrigen Ländern: Großbritannien, Portugal, Irland, Belgien, Italien, Frankreich, Griechenland. Dazu haben die Länder im Spitzen- und Mittelfeld auch alle ein Verhältniswahlsystem, das die Repräsentanz von Frauen besser sichert als das in Großbritannien, Irland und Frankreich übliche Mehrheitswahlsystem.

---

<sup>19</sup> Hoecker, Beate in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B52/97 vom 19.12.1997; Tabellen mit Zahlen zu Parlaments- und Regierungsbeteiligung von Frauen auf S.5 und 7.

Auch aus deutscher Erfahrung wissen wir: Ist das Ergebnis schlecht, kommen bei den großen Parteien mehr Frauen über die Liste in die Parlamente als über die Direktmandate. Dennoch: „Voraussetzung allerdings ist der politische Wille, Frauen in gleichberechtigter Weise am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. Fehlt dieser, dann ist auch ein Verhältniswahlrecht keineswegs ein Garant für eine hohe Präsenz von Frauen im Parlament“ wie es acht von dreizehn Staaten mit Verhältniswahlrecht und einem Frauenanteil unter 30 Prozent zeigen.<sup>20</sup> Nicht weniger von Bedeutung sind allerdings die frühe beziehungsweise mittlere Einführung<sup>21</sup> des Frauenwahlrechts und eine in der Regel hohe Erwerbsquote der Frauen. Auch hier liegen die skandinavischen Länder an der Spitze. Von ihnen sind auch besonders gezielte Institutionen und vor allem sozialgesetzliche Vorschriften bekannt, die die Gleichberechtigung direkt oder indirekt befördern. Es ist deshalb wohl nicht von ungefähr, daß die skandinavischen Länder Norwegen und Schweden die ersten waren, in denen sozialdemokratische Parteien verbindliche Mindestquoten vorgaben. Solche Quoten in Gesellschaft und Politik sind äußerst wichtig, da männliche Biographien die Grundstruktur politischer Karrieren bestimmen und nur auf diese Weise zu durchbrechen sind. Europaweit stehen konservative Parteien solchen Hilfsmitteln eher ablehnend gegenüber, wie sich auch an der CDU leicht zeigen läßt: Sie führte im letzten Jahr eine selbstverpflichtende, nicht verbindliche Quote ein. Dreh- und Angelpunkt zukünftig wirklich gleichberechtigter und akzeptierter Teilhabe von Frauen am politischen wie gesellschaftlichen Geschehen dürfte allerdings die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung unter den Geschlechtern sein. Deshalb sind die Anstrengungen zur besseren politischen Repräsentanz von Frauen auch im gegenseitigen Bedingungsgeflecht von demokratischer und ökonomischer Selbstbestimmung zu sehen. Sie bestimmen letztendlich auch die politische Kultur eines Landes.

Es ist daher mein Vorschlag, den internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit den Skandinavierinnen zu intensivieren, weil

---

<sup>20</sup> Hoecker, Beate a.a.O., S. 11 f., maximaler prozentualer Anteil Parlament/Regierung: Schweden:40,4/ 50, Norwegen:39,4/ 44

<sup>21</sup> „früh“ meint Beate Hoecker vor dem 1. Weltkrieg, „mittel“ nach dem 1. Weltkrieg, vgl. ebenda, S.10, FN 2

hier die Entwicklung in diesem Sinne am weitesten gediehen ist. Skandinavien hat von Anfang an eine sehr kämpferisch gestimmte Frauenbewegung gehabt, die in ihrer Entwicklung in etwa parallel zur Frauenbewegung der übrigen westlichen Welt aktiv war.

Das sich mit dem wirtschaftlichen Wandel auch unter Männern zunehmend ausbreitende Patchworkmuster von Lebensläufen, zusammengesetzt aus erwerbslosen und erwerbsträchtigen Phasen, Phasen des Lernens und gegebenenfalls Phasen der Sorge für andere in Abwechslung mit voller Berufstätigkeit, der erzwungenen oder auch gewollten Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit sind ebenso materielle Ansatzpunkte. Hier kann das den Frauen schon lange bekannte Sein auch bei Männern bewußtseins- und damit regelverändernd wirken. Immerhin hat ja schon die „Patchworkfamilie“<sup>22</sup> zu neuem Nachdenken über soziale Elternschaft geführt.

Von allein bewegt sich selten etwas.

Die Macht liegt immer noch mehrheitlich in Männerhänden. Männliche Machteinschränkung durch Abgabe von Macht an Frauen verlangt auch von den Frauen Verhaltensveränderungen. Die Frauen werden sich also den „Ruck“ zu Veränderungen in ihrem Sinne selbst erzeugen müssen - dies allerdings, ohne die Männer aus der Verantwortung zu entlassen! Vernetzungen der Frauen untereinander schaffen die besten Vorbedingungen für notwendig kollektives Vorgehen, weil hier eigenes Verhalten mit Erfahrungen anderer Frauen konfrontiert, reflektiert und weiter entwickelt werden kann. Netzwerke von Frauen sind es auch, die eben männliche Machtspiele über die Bande erschweren und konterkarieren - in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Institutionen. Dies gilt in gleicher Weise auch für den Zusammenhang unter Ost- und West-Frauen, in Deutschland wie international.

---

<sup>22</sup> Patchworkfamilie meint die Familie, die daraus entsteht, wenn Erwachsene mit ihren Kindern aus unterschiedlichen vorherigen Beziehungen eine neue Familie bilden.

## 6. Die Partei hat nicht mehr einfach Recht: Neue Wege der Geschlechterdemokratie

Frigga Haug ist an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik lehrende und forschende Professorin und zugleich eng verbunden mit dem Aufbegehren der Frauen aus der linken 68er Studentebewegung. Sie schreibt, daß „die alten Streite um Ursprung und Ort von Frauenunterdrückung notwendig zu hilflosen Strategien der Befreiung führen mußten“.<sup>23</sup> Dabei ist also nicht „das Kapital“ oder „die Männerherrschaft“ allein entscheidend, oder „die Verortung von Frauenunterdrückung entweder in der Familie oder in der Erwerbstätigkeit oder in der Politik“.

„Frauen“, so zieht sie ihr Fazit, „können ... nirgends einfach als Menschen auftreten. Sie finden sich in wechselnden Verhältnissen einmal mit, einmal ohne Herrschaft und Unterwerfung, je nachdem, ob es sich um kulturelle, politische, ökonomische, familiäre Bereiche handelt. Immer und überall leben sie in Geschlechterverhältnissen. Es gilt daher, das Leben auf allen Ebenen zu verändern, um es menschlich zu gestalten.“ Diese Aussage von Frigga Haug deckt sich mit der Forderung des Berliner *SPD-Grundsatzprogramms*: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“<sup>24</sup>

In Vorbereitung zu diesem Referat habe ich auch eigene alte Aufzeichnungen und Akten herangezogen. In ihnen konnte ich rückblickend etwa 30 Jahre Parteileben durchblättern. Demokratie und Frauenbewußtsein, so konnte ich beim Verfolgen von Beschlüssen, Parteiwahlergebnissen und eigenen Texten entnehmen, sind ein fortlaufender Lernprozeß. Geschlechterdemokratie ist ein Lernprozeß beider Geschlechter, bedingt aus Wertvorstellungen, materiellen Bedingungen,

---

<sup>23</sup> Haug, Frigga: „Frauen-Politiken“, Berlin/Hamburg, 1996 (Argument), hier S. 150 f.

<sup>24</sup> Grundsatzprogramm der SPD - Beschlossen vom Programm-Parteitag der SPD am 20. Dezember 1989 in Berlin, hrsg. vom SPD-Parteivorstand, Bonn, S.19

Wahrnehmungen und Bewußtsein, das sich nicht zuletzt in der Sprache<sup>25</sup> niederschlägt. Alle Schritte auf diesem Wege, auch Rückschritte, wenn sie als solche wahrgenommen werden, bringen uns weiter dem Ziel - oder der Vision - selbstbestimmten und gleichberechtigten Lebens näher. Traditionellerweise nennt man das „Emanzipation“. Sie verändert das Verhältnis und das Verhalten der Geschlechter zueinander - sozial und politisch. Das hat auch Folgen für die Partei und deren politische Kultur: Sie hat nicht mehr einfach Recht, sondern muß sich selbst in diesen Prozeß begeben und verändern.

**Rosemarie Bechthum**, Landtagsabgeordnete aus Thüringen

Ich bin ein Mensch, der immer das Praktische sieht. Seit der Wende habe ich in meiner Tätigkeit als Mitglied im Thüringer Landtag und als AsF-Landesvorsitzende in Thüringen Höhepunkte, Tiefpunkte, Rückschläge für die Frauen erlebt, insgesamt ging es doch immer wieder ein Stückchen bergauf, auch wieder mit Hilfe von Frauen.

Zur Frage der Quotierung habe ich zunächst einmal folgendes zu sagen: Keine Frau will hier eine Quotenfrau sein. Trotzdem sind in den letzten Jahren und besonders auch vor den Bundestagswahlen vor der Kandidaturenaufstellung immer wieder Anrufe und Anfragen auch an mich als Landesvorsitzende gerichtet worden, ob wir auch darauf achten, daß die Quote eingehalten wird. „Ihr habt doch mal gesagt, also zwölf Wahlkreise haben wir, fünf mindestens für Frauen und sieben für Männer“, hieß es. Wir haben uns daran gehalten.

Auf der Berliner Konferenz habe ich über meine verunglückte Bundeskandidatur gesprochen, und ich muß aber sagen, man war so fair, ich bin dann trotzdem auf Platz 11 gekommen, die erste Listenkandidatin, dann kam noch Platz 12, ein Direktkandidat und Platz 13 ein Direktkandidat.

---

<sup>25</sup> Zur Sprachsensibilisierung haben die Sprachwissenschaftlerinnen Luise F. Pusch und Senta Trömel-Plötz wichtige Beiträge geleistet, vgl. z.B.: Trömel-Plötz, Senta: „Feminismus und Linguistik“ in: Pusch, Luise F. (Hrsg.): „Feminismus - Inspektion der Herrenkultur“, FfM, 1983 (edition suhrkamp/NF 192), S.33-51



*Von links nach rechts: Petra Weis, Rosemarie Bechthum, Katrin Rohnstock*

Es gab keine Einwände. Man hätte ja sagen können: Ihr seid wohl nicht richtig im Kopf, jetzt kommen erst einmal die Direktkandidaten und dann kommt die Frau. Nein, man hat das so akzeptiert. Da haben wir doch schon ein ganzes Stück erreicht. Das muß ich wirklich mit Freude und mit Stolz über unsere Thüringer Männer in der SPD sagen. Wir haben auch im Landtag diese Quote eingehalten. Wir haben von 29 Abgeordneten 10 Frauen, damals waren es noch die 33 Prozent, wir sind darüber auch sehr froh.

Die CDU hat mit ihren 42 Mitgliedern gerade 6 Frauen und in der PDS - wir haben nur drei Fraktionen - sind es von 17 Mitgliedern 8 Frauen. Wenn wir Besuchergruppen haben oder in Gesprächen gefragt wird, wieviel Frauen wir haben, dann merken wir, daß doch immer mehr die Einstellung wächst, zu sagen: „Was, so wenig Frauen hat die CDU?“ Dann sagen wir: „Ja, sehen Sie. Dann stellen die sich hin als frauen- oder familienfreundliche Partei und im Grunde ist das Gegenteil der Fall.“

Mein Ziel ist es seit dieser Bundestagswahl-Kandidatur, junge Frauen aufzubauen. Ich habe das auch in der letzten Konferenz betont. Wir haben jetzt schon kleine Erfolge. Ich bedauere, daß ich es nicht schon vorher getan habe, wir haben ganz bewußt junge Frauen angesprochen, und es sind auch einige zu uns gestoßen, gerade in Erfurt zwei. Es kommt ja darauf an, wer sie sind. Als mir die jungen Frauen gesagt haben, daß sie SPD-Mitglied werden möchten, habe ich ihnen vorgeschlagen, unbedingt bei den JUSOs mitzuarbeiten. Wenn wir das schaffen, daß die sich jetzt dort wirklich einbringen und mitarbeiten, dann kommen wir auch in die Richtung, daß wir junge Frauen als Kandidaten aufstellen können und nicht immer nur die männlichen Stürmer und Dränger.

Die wichtigste Erkenntnis für uns Thüringer Frauen, die sich seit 1990 in der Politischen Bildung engagieren, war, daß die Zusammenarbeit notwendig ist, auch, wenn sich immer dieselben treffen und ihre Meinung zu dem sagen, was ihnen nicht paßt. Wenn wir wenigen es nicht tun, dann tut es keiner. Die Erkenntnis hat gefruchtet, und heute freuen wir uns auf die nächste Arbeitsmarktkonferenz. Wir kommen und wissen, da hören wir etwas Neues, wir sehen uns wieder und wir können uns gegenseitig anspornen. Dies war für uns eine ganz große Hilfe, das muß ich immer wieder hier betonen. Gisela Zierau hat uns hierbei sehr unterstützt.

Aber die Thüringer Frauen haben auch erkannt, wenn wir eine Landesfrauenbeauftragte im Rang einer Staatssekretärin haben, beweist das noch nicht gleich die Frauenfreundlichkeit des Landes. Wir haben eine Landesfrauenbeauftragte, die sehr konservativ ist und die es leider nicht schafft, diese Querschnittsaufgabe in unserem Land so wahrzunehmen, daß wir Frauen das Gefühl haben könnten, sie würde sich für uns einsetzen und uns dabei helfen, uns zu vernetzen. Wir haben einen geradezu riesigen Etat von fast fünf Millionen DM für frauenfördernde Projekte. Aber es hat sich ein großer Unmut angesammelt, weil nicht klar ist, warum welches Projekt befürwortet oder abgelehnt wurde. Na gut, wir als SPD profitieren davon, sie ist eine CDU-Frau, aber es ist für die Thüringer Frauen nicht gut. Wir versuchen dann immer, auf diesem

Wege die Ansprechpartner zu sein. Das tut uns schon sehr weh, daß es so schwierig ist, unser Netzwerk aufzubauen.

Nächste Woche wird Thüringen das letzte Bundesland sein, das den Kabinettsentwurf „Gleichstellungsgesetz“ behandeln wird. Ich fand es gut, daß unsere Minister gesagt haben, daß sie den Entwurf nehmen und ihn mit unseren Frauen in der Fraktion durchsprechen. Ursprünglich sollte das Gesetz schon in der vorigen Woche behandelt werden. Wir kannten den Entwurf nicht. Das hat auch mit dem unbefriedigenden Verhältnis zu der Landesfrauenbeauftragten zu tun.

Nach Lektüre des Entwurfs denke ich aber, es kann ein ganz vernünftiges Gesetz werden. Ich war sehr erfreut darüber, daß die wichtigsten Hinweise und Kritiken, die vom Landesfrauenrat gekommen sind, Beachtung gefunden haben. Ebenso wurden von der Gewerkschaft, von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wichtige Zuarbeiten eingebracht.

Ich habe meine Stellungnahme abgegeben. Es ist ganz wichtig für die Frauen, die sich damit befaßt haben, daß sie merken, daß sie auch gehört worden sind. Die Forderungen mußten aufgenommen werden. Wir wollen eigentlich das beste Gleichstellungsgesetz haben. Ich denke, wir werden es auch schaffen.

Wir haben seit der Wende angefangen, unser Frauen-Netzwerk aufzubauen. Wir haben, als wir uns damals kennengelernt haben, alle bei Null angefangen und unser sich heute ausweitendes Netz mit Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsbeauftragten, Landesarbeitsgemeinschaft, Frauenhäusern und Frauenzentren begründet. An meiner Hochschule habe ich die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen auch als erste Gleichstellungsbeauftragte mitbegründet. Wir haben hier den Landesfrauenrat gegründet, in dem die Verbände organisiert sind. Wir haben die Arbeitsloseninitiative, dann die Landesarmutskonferenz, in der die SPD auch vertreten ist. Das war alles nichts Aufgesetztes. Keiner hatte das Gefühl, jetzt will man uns zu irgendwas zwingen. Das klappt bei uns nicht.

Am deutlichsten wird das vielleicht in der vorliegenden Debatte zum Haushaltsentwurf der Landesfrauenbeauftragten, der von den Fraktionen heftig diskutiert wurde. Es tut einem manchmal leid, daß man Frauen angreift, aber ich finde es gut, daß die Fraktionen ihre Haltung zu diesem Haushaltstitel klar formuliert haben.

Auf den Gleichstellungsausschuß im Landtag sind wir stolz. Er ist immer noch notwendig und das ist auch unsere Aufgabe, zu zeigen, daß er gebraucht wird. Vielleicht wird er in zehn Jahren nicht mehr notwendig sein, vielleicht sogar schon in fünf Jahren. Aber wir haben die Ziele des Gleichstellungsausschusses damals gemeinsam mit den Frauen formuliert. Und ein ganz wichtiger Punkt ist die Chancengleichheit für Frauen.

Die Thüringer Frauen sollen wissen: Sie haben hier Ansprechpartnerinnen, an die sie sich wenden und mit denen sie zusammenarbeiten können. Wir nehmen auf, was an Fragen kommt und geben es in mündlichen Anfragen und Selbstbefassungsanträgen weiter. Wir haben in Thüringen eine Fachberaterin für Mädchenarbeit mit durchgesetzt und das Hochschul-Sonderprogramm III für Frauenförderung - denke ich - vorbildlich umgesetzt.

Wir haben einen sehr hohen Fonds für den zweiten Arbeitsmarkt. Er wird sicherlich Vorbild für die ganze Bundesrepublik sein, 578 Millionen DM, davon profitieren ganz besonders auch Frauenprojekte. Das wird von Jahr zu Jahr je nach Notwendigkeit erweitert. Es sind aber alles SPD-Ministerien, die dieses durchgesetzt haben. Das beweist: Man muß mit dabei sein, muß Verantwortung haben, als Opposition kann man nicht viel erreichen.

Der Landesfrauenrat und die AsF haben die gleichen Ziele. Wir erarbeiten klare frauenpolitische Forderungen und Vorschläge, die unsere Abgeordneten in die Lage versetzen, auf diesem Gebiet mit einem klaren Programm aufzutreten.

**Evelin Irmischer**, Gleichstellungsbeauftragte des  
Regierungsbezirks Leipzig

Ich gehöre nicht der AsF an, sondern bin Gleichstellungsbeauftragte für den Regierungsbezirk Leipzig. Mein Beitrag geht deshalb in eine andere Richtung als das Vorangesagte.

Ich freue mich ungeheuer, hier mehr als eine Handvoll starker politisch interessierter Frauen aus Leipzig und Umgebung, aber auch aus anderen Regionen zu sehen. Denn leider ist meine Erfahrung, daß sich in unserer Region immer nur eine kleine Gruppe von Frauen trifft.

Meine Fragen lauten:

Erstens: Wie erreichen wir, bei Themen, die uns in diesem Land interessieren, egal in welchem Bundesland, mehr Frauen zu frauenpolitischem Denken und Handeln zu aktivieren?

Zweitens: Wie erreichen wir, daß dieses politische Denken und Handeln nicht nur als Überschrift steht und in kleinen Gruppen diskutiert wird, sondern Frauen sich direkter in die Politik einbringen, um dann auch an Schaltstellen diesbezüglich politisch tätig zu werden?

Ich habe darauf keine Antworten und keine Rezepte. Ich kann nur aus der Erfahrung von reichlich drei Jahren als Gleichstellungsbeauftragte das Gesagte von Frau Dr. Bergmann zum Thema „Junge Frauen“ voll und ganz bestätigen. Auch ich treffe immer häufiger auf junge Frauen, die eine Notwendigkeit, sich politisch zu engagieren, für wenig sinnvoll halten. Ihre Grundhaltung, gut ausgebildet zu sein, sich durch Leistung durchsetzen zu können, und Erfolg zu haben, kommt erst dann zum Schwanken, wenn sie häufiger Absagen auf Bewerbungen erhalten, als sie sich je hätten träumen lassen. Eine andere Variante, die mir begegnet, heißt: „Ich habe eine sehr gute Ausbildung, ich habe eine Familie, die hinter mir steht, sprich, Mann und Kind tragen meine Karriereziele mit, aber ich will nicht durch frauenpolitisches Engagement auffallen, denn das könnte mir schaden!“

Wir werden auch hier und heute dieses Problem nicht lösen können, aber es ist notwendig, sich über dieses Thema zu verständigen. Notwendig ist mehr Öffentlichkeit von Frauen aus der Politik für Frauen in die Politik in unserem Land, denn wir haben nicht nur zu wenig junge Frauen, sondern insgesamt zu wenig Frauen in politischen Gremien. Frauennetzwerke bzw. Frauenbündnisse zu knüpfen, ist notwendig, um unsere eigenen Stärken deutlich zu machen. Ziel sollte doch sein, daß eines Tages jede Frau die Chance hat, frei ihren Lebensweg zu planen mit Erwerbstätigkeit und Familie.

Zurück zu der Frage, wie erreichen wir mehr politisches Engagement von Frauen? Die Hoffnung, in den neuen Bundesländern auf eine breite Basis von emanzipierten Frauen, die wissen, wofür sie kämpfen, zu treffen, ist noch immer nicht in Erfüllung gegangen. Fragen der Frauen zu ihrem eigenen Leben: Was bin ich? Wer bin ich? Was will ich? Wie will ich arbeiten? Wie will ich mich in der Gesellschaft positionieren? - werden nicht in großem Umfang gestellt. Ein Beispiel dafür: Meine Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte im Regierungsbezirk Leipzig kann nur so gut sein, wie die Arbeit meiner Mitstreiterinnen in den Landkreisen und Kommunen. Doch leider finde ich dort diese Stelle, obwohl nach sächsischen Gesetzen vorgeschrieben, nicht immer besetzt. Die Sächsische Landkreisordnung besagt, in allen Landkreisen sind hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen, in der Sächsischen Gemeindeordnung müssen Kommunen ab 20.000 Einwohnern hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellen. Die Tatsachen sprechen dagegen. Dadurch fehlt eine wichtige Grundlage für eine breite Basisarbeit zur Durchsetzung frauenpolitischer Ziele. Es gibt Frauenverbände, -vereine, -initiativen, einzelne politisch interessierte Frauen, aber insgesamt sind das noch zu geringe Ansätze für eine breite Lobbyarbeit.

Trotzdem glaube ich fest daran und werde nach wie vor alle meine Kraft verwenden, Frauen zu motivieren und zu aktivieren, sich einzumischen, sich politisch zu engagieren. Ich glaube auch, daß gerade in den neuen Bundesländern den Frauen noch bewußter gemacht werden muß, sie sind nicht die Verliererinnen der Einheit, sondern sie sind in Ihrem Lebensanspruch ein Stück Zukunftsmodell.

Um meine Frage vom Beginn aufzugreifen, wie kommen wir ein Stück voran, halte ich den bereits gesagten Satz für treffend und wichtig: „Die Männer werden uns Frauen nicht den Weg bereiten. Es ist unsere eigene Aufgabe, in allen Strukturen politisch aktiv tätig zu werden!“

**Margrit Zauner**, Büroleiterin der Senatorin für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin

Mein Ziel ist es, daß wir nicht auf auf der Ebene bleiben, zu bemängeln, daß wir so wenig sind, sondern positiv formulieren. In dem Beitrag von Anna Damrat ist mir dieser Punkt zu kurz gekommen. Zu den positiven Stärken der Netzwerke muß mehr gesagt werden: Netzwerk - das kann man ganz unterschiedlich begreifen und vielfältig interpretieren. Es geht u.a. um die Netzwerke in eigenen Organisationen und damit verbunden darum, stets Zweckbündnisse zu schließen. Das heißt nicht, daß ich mit jeder Frau in jedem Punkt in jeder Frage übereinstimmen muß, sondern ich kann einfach sagen, hier habe ich jemanden, mit dem ich in der speziellen Frage zusammenarbeiten kann. In einer anderen Frage vielleicht auch nicht. Wir sollten nicht in die weibliche Falle tappen. Dies ist ein Muster, das man von Männern lernen kann, die halten das nämlich auseinander.

Mir ist auch der Zusammenhalt von Frauen wichtig. Das ist eine unserer Stärken, und da konnten wir schon einiges bewegen. Wir können auch über Grenzen und Institutionen hinweg Frauen zusammenführen und dadurch Dinge für die Frauen bewegen, sei es über Parteigrenzen in ganz konkreten Fragen hinweg, sei es über Grenzen von Organisationen hinweg, wenn Gewerkschaftsfrauen, Parteifrauen, Projektfrauen und andere Frauen zusammen sind, sei es in der Institution. Wichtig ist es, die Frauen zusammenzubringen und damit wirklich neue Sachen zu bewegen. Hier finden sich auch die Anknüpfungspunkte von Vernetzung.

Last but not least, wir können nur mehr Frauen für die Politik gewinnen, wenn wir an konkreten Einzelpunkten anfangen, auch wenn die vielleicht manchmal etwas klein erscheinen.

*Margrit Zauner*

Man braucht ein konkretes Vorhaben oder eine konkrete Politikerin, die wirklich auch da ist. Es ist ein wichtiges Beispiel, wenn sich eine Frau mit kleinen Kindern traut, Politik zu machen, Verantwortung zu übernehmen, und es ist wichtig, solche Frauen zu unterstützen, auch damit - an konkreten Vorhaben - den Frauen zu zeigen, daß es geht. Wir dürfen nicht beim ersten Mal, wenn etwas schief läuft, sagen: Typisch Frauen, es funktioniert nicht.

Frauen sind kritisch. Das ist durchaus positiv. Aber wir sollten auch nicht jeden Fehler, den eine Frau macht, doppelt hoch bewerten. Bei Männern läßt man manchmal leichter etwas durchgehen.

**Elfi Wiedemann**, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg, Abteilung Frauen und Gleichstellung

Ich komme aus dem Frauenministerium Brandenburg, und ich will dem Punkt „Die kleinen Schritte, ein positives Selbstverständnis und von den Frauen aus Nordeuropa lernen“ noch eine Facette hinzufügen: Ich bin

*Elis Wichmann*

eine Quotenfrau. Ich könnte ebenfalls eine doppelte Quotenfrau sagen, wie Christine Bergmann es nannte. Gegen dieses Einsortieren nach dem Muster „Wir sind die Verliererinnen“ möchte ich mich verwahren. Wir befinden uns seit vielen Jahren in einem enorm komplizierten Prozeß. Wir müssen prüfen: Wo haben wir Handlungsmöglichkeiten, wo haben wir Widerstände? Wir zerbrechen nicht an den Widerständen. Wir finden uns zusammen, wir stärken uns gegenseitig. Wie wir das tun, dem sollten wir nachgehen.

Ich habe auch kein Patentrezept für die Gleichstellungsbeauftragte aus Leipzig. Aber in Brandenburg begehen wir in diesem März die 8. Brandenburgische Frauenwoche. Diesmal unter dem Motto „Frauen Macht Politik“, und zwar im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen in Brandenburg – seien es die Kommunalwahlen oder die Bundestagswahlen, oder nächstes Jahr die Landtagswahl.

Wir wollen die Frauen, die kommunalpolitisch tätig sind, stärken. Wir wollen das überhaupt sichtbar und zum Thema machen. Aber im Alltag - 8. Brandenburgische Frauenwoche - gibt es auch viele Rückschläge, auch selbst bei den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Brandenburg. Es gibt Gleichstellungsbeauftragte, die in einer schwierigen

Situation sind und die diese Frauenwoche zum Beispiel als eine enorme Belastung ansehen, weniger als eine Chance.

Ich denke, wichtig ist auch, die eigenen Strukturen anzuerkennen. Alljährlich wiederkehrende Strukturen bergen immer die Chance in sich, Frauen zu erreichen und sie aus dieser ungunstigen Vereinzelung zu holen.

**Sigrid Kautz**, Gleichstellungsbeauftragte des Regierungsbezirks Halle

Ich bin die Gleichstellungsbeauftragte des Regierungsbezirks Halle und komme auch nicht von der AsF. Zum vorangegangenen Beitrag ist zu sagen, daß ich mich auch dagegen wehre, als Verliererin der Einheit bezeichnet zu werden. Ich finde, es gibt neue Herausforderungen für uns Frauen. Dafür sollte Politik Rahmenbedingungen setzen. Das ist eine der Aufgaben von politisch engagierten Frauen, die Politiker und Politikerinnen dazu zu zwingen, diese Rahmenbedingungen zu gestalten.

Ich darf daran erinnern, daß ich aus Sachsen-Anhalt komme. Angefangen hat Sachsen-Anhalt mit einer CDU/FDP-Regierung. Die starken Frauen in Sachsen-Anhalt haben es damals geschafft, das beste Kindertagesstättengesetz zu erzwingen, überparteilich. Hier liegen unsere Stärken. Daran sollten wir uns erinnern, statt uns etwa unsere politische Herkunft vorzuwerfen.

Es wird immer von Frauennetzwerken gesprochen. Greifen wir diese doch auf, kommen wir darauf zurück, machen wir etwas Gemeinsames. Um Politik für Frauen wirksam umsetzen zu können, muß Frau an Schaltstellen von Politik und Wirtschaft die Chance erhalten, zu gestalten. Hier müssen Männer Positionen aufgeben.

Eines muß uns klar sein, Politik für Frauen ist auch eine Politik gegen Männerbastionen, und wer gibt schon freiwillig eine Machtposition auf? Ohne Kampf wird es nichts geben. Es wird uns niemand etwas in den Schoß legen, und die Sterntaler, meine Damen, die gibt es nur im Märchen, und die müssen wir uns abschminken. Ich würde sagen,

reichen wir uns die Hände, wo wir gemeinsame Ziele haben. Hier wurde von Zweckbündnissen gesprochen. Sollte ein Zweckbündnis seinen Zweck erfüllt haben, brauchen wir uns nicht gleich den Dolch in den Rücken zu stoßen. Halten wir es aus, daß wir anderer Meinung sind. Das ist oft sehr schwierig. Aber es ist zu lernen. Wir müssen uns in unserer Verschiedenheit tolerieren, das ist auch unser Plus.

**Bärbel Sommerfeld,**

Gleichstellungsbeauftragte des  
Regierungsbezirks Dessau

Ich bin Gleichstellungsbeauftragte des Regierungsbezirks Dessau. Wir Gleichstellungsbeauftragten sind in der Mehrheit, stelle ich fest. Ich möchte mich meiner Vorrednerin gleich anschließen und konkret sagen, was man wirklich machen kann.

Wir sind in Sachsen-Anhalt dabei, ein Modellprojekt zu initiieren und umzusetzen, wie wir viele Frauen, und zwar von unterschiedlichen parteilichen Orientierungen oder auch gar keiner parteilichen Orientierung, zusammenbringen können, um diese Frauen fit zu machen. Frauen sollen lernen, ihre politischen Wege zu gehen. Wir haben die frauenpolitische Bildung für Chancengleichheit in Sachsen-Anhalt auf folgende Weise umzusetzen angefangen: Wir haben in den drei Regierungsbezirken drei Auftaktveranstaltungen durchgeführt und haben die Frauen über die Medien angesprochen. Wir wollen nach den Personalgesprächen, die derzeit laufen, diese Frauen in Seminaren auf den neuesten Stand bringen.

Es ist eine Idee, die in den alten Bundesländern entstanden und in Zusammenarbeit mit den Frauen der neuen Bundesländer initiiert

worden ist. Vor Ort sollen Dozentinnen aus Ost und West gemeinsam tätig werden. Es ist ein Anfang. Drücken Sie uns die Daumen, daß uns das gelingt.

Vielleicht schaffen wir es auch, weitere Initiativen in andere neue Bundesländer hineinzutragen.

### **Katrin Rohnstock**

Mein Thema ist nachher die Definitionsmacht von Frauen und natürlich der Politikbereich. Bevor ich damit an der Reihe bin, muß ich aber auf bisher Vorgetragenes reagieren.

Ich bin generell dagegen, das Verhalten von Frauen immer gleich als defizitär zu beurteilen und zu sagen: Warum gehen die nicht in die Politik? Das und das machen sie falsch. Ich bin dafür, einmal nachzudenken: Warum ist denn beispielsweise Politik für Frauen nicht attraktiv? Welche Strukturen verhindern, daß Frauen in die Politik gehen? Und darüber hinaus: Warum ist Frauenpolitik für Frauen unattraktiv? Das ist doch die wichtige Frage. Warum schaffen wir es nicht, mit ganz wichtigen frauenpolitischen Forderungen, deren Konsequenzen die Frauen alltäglich in ihrem Leben zu tragen haben, die Frauen zu mobilisieren? Das hat sehr viele Gründe. Ein wesentlicher Grund liegt in den Lebenswelten von Frauen.

Ich saß in der Wendezeit am Berliner Runden Tisch. Nach einigen Wochen habe ich das Handtuch geworfen, weil ich gemerkt habe, eines bleibt auf der Strecke, meine Familie und meine Kinder, ich hatte damals ein sehr kleines Baby. Das war für mich unattraktiv. Warum sollte ich meine Kinder vernachlässigen? Also habe ich aufgehört, „professionell“ Politik zu machen. Das ist der Zustand bis heute.

Ich kann aber informell Politik machen. Ich kann zum Beispiel am Abend, wenn die Kinder im Bett sind, noch ein Fax absenden, ich kann Statements verfassen und anderes. Ich denke, das sind politische Formen, die den Frauen insgesamt sehr viel gemäßer sind. Wir müssen sehen, wie wir solche flexiblen Organisationsformen initiieren und auch

stärken. Ich denke, die frauenpolitischen runden Tische gehören in diese Kategorie. Da werden sachbezogen Frauen zusammengerufen. Es wird ein Papier erarbeitet, das hier vom Frauenpolitischen Runden Tisch als Stellungnahme zu dem Zukunftsbericht steht - das finde ich ausgezeichnet. Dann können die Frauen wieder ihren alltäglichen Verpflichtungen nachgehen, zu denen auch der verdammt harte Kampf im Erwerbsleben gehört.

Soweit der Einspruch gegen die Richtung, die die Debatte jetzt genommen hat.

### **Prof. Dr. Ulrich Blum**

Ich entschuldige mich dafür, mich als einziger anwesender Mann zu Wort zu melden. Aber ich möchte kurz zwei oder drei Dinge ausführen, weil ich die Sache hier für spannend halte und versuchen will, Ihnen aus einfacher, simpler Männersicht ein paar Tips zu geben. Vielleicht können Sie die gebrauchen. Vielleicht kennen sie die auch schon alle.

(1) Die Ausführungen zu den Netzwerken halte ich in unserer modernen Gesellschaft für ausgesprochen kritisch. Da kommen Sie nämlich sehr schnell in die Rationalitätsfalle, wie wir das als Ökonomen nennen. Man sagt nämlich einfach, laßt doch die anderen arbeiten. Wenn sie Erfolg haben, partizipiere ich. Wenn alle so denken, dann klappt überhaupt nichts. Dies ist eines der großen Probleme, weshalb diese ganzen sogenannten Gemeinwohlaktivitäten stetig notleidender werden in einer Gesellschaft, die immer mehr vermarktet. Gegen diese Vermarktung der Gesellschaft, behaupte ich, kann man sehr wenig tun. Darüber kann man aber nachher vielleicht noch einmal reden.

(2) Verschrecken Sie alle armen Männer nicht dadurch, daß Sie sagen, im Wettbewerb müssen wir uns das erobern, und das muß euch dann genommen werden. Eigentlich ist Wettbewerb immer ein Verfahren gewesen, das nicht nur eine reine Umverteilung, sondern eigentlich auch sehr viele positive Gewinne erzeugt hat. Zumindest der Ökonom glaubt daran, der empirische Beleg ist sehr stark. Ich sage das aus folgendem

Grunde: Unser Land leidet, und zwar durchgängig, unter einer gesellschaftspolitischen Sklerose, die erschreckend ist. Diese Sklerose muß durch zusätzliche Ideen aufgeweicht werden, von wo immer sie kommen, aber sie können eben auch von Frauen kommen. Machen Sie es also besser. Es geht aber nur über den Wettbewerbsmechanismus und nicht dadurch, daß Sie sagen: „Das, was du jetzt hast, das nehme ich dir weg“. Das erzeugt eine Blockade.

(3) Das mit den Medien halte ich für sehr schwierig. Wenn Sie heute gesagt hätten, hier sitzt eine Senatorin im Raum und die wird möglicherweise erschossen während der Debatte, entschuldigen Sie, Frau Senatorin, daß ich das so sage, dann hätten Sie wahrscheinlich die Medien hier drinnen gehabt. Aber wenn Sie sagen, wir machen hier eine ganz spannende Debatte über ein Thema, das uns alle bewegen müßte, dann kommt keiner. Es sei denn, Sie haben eine übereitle Journalistin, die sagt, ich manage das Forum, deshalb komme und berichte ich. Das ist doch korrupt, aber ich kenne das selber als Veranstalter von Tagungen.

(4) In Amerika hat man eine Studie über das Internetverhalten gemacht. Da hat man festgestellt, daß Leute, die stark im Internet arbeiten, ihre Kommunikationsaufnahme für Werbeinhalte in den klassischen Medien um mehr um 50 Prozent einschränken. Ihre Webseite ist völlig unterentwickelt - bei der SPD ebenso wie bei der CDU. Sie verschicken auch nicht systematisch Nachrichten an Frauen. Machen Sie das doch mal. Schaffen Sie doch die Stelle einer SPD-Internet-Beauftragten, die nichts anderes macht, als relevante politische Fragestellungen für Frauen über eine Liste von 100.000 oder 200.000 Mailinglisten herauszuschießen. Ich glaube, da haben Sie sehr viel mehr davon.

(5) Ich habe mich mit diesem letzten Punkt am Anfang in Sachsen sehr unbeliebt gemacht. Aber inzwischen ist die Nachricht bei einigen angekommen. Ich sage es ganz brutal: Sie unterstützen die Männer dabei, Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen, in einem Maße, daß es phantastisch ist. Ein Unternehmer, der muß seine Kosten am Markt verdienen. Unter den Bedingungen, unter denen wir zur Zeit Frauenförderung betreiben, kostet die Frau dramatisch mehr. Das ist eine Tatsache. Sie

schützen nur die Frauen, die bereits im Unternehmen sind. Die anderen haben große Schwierigkeiten, weil dann die Einstellungen schwierig werden. Gegen diesen Marktmechanismus kommen wir leider auch nicht an. Wir können darüber nachher diskutieren.

Sie haben mich als Volkswirt eingeladen. Wenn wir partnerschaftlich, Mann und Frau, zusammenarbeiten und nicht immer Gesetze machen, die erst einmal gut gemeint sind, aber nachträglich für die tatsächlichen Karrieremöglichkeiten Schwierigkeiten bereiten, dann müssen die Kosten des biologischen Unterschiedes, um es ganz deutlich zu sagen, beim Staat und nicht bei Unternehmen und anderen Organisationen liegen, weil es sonst eine permanente Diskriminierung gibt. Die kriegen Sie nicht in den Griff. Wie man das macht, da kann man ganz interessante Wege finden. Ich stehe gern für eine andere Diskussion zur Verfügung. Das wäre ein wichtiger Punkt. Nur, die Männer lassen Sie da in eine Falle laufen, auch die Politiker.

### **Brigitte Blattmann**

Ich möchte noch einiges zur Zusammenarbeit mit den Medien und zu der Frage der Politikverdrossenheit von Frauen anfügen.

Zum Kontakt zu den Medien:

Wir, die Mitarbeiterinnen im Gleichstellungsreferat der Stadt Leipzig, bemühen uns seit Gründung des Referates, den Kontakt zu den Medien auf- und auszubauen. Inzwischen gibt es gute Kontakte zu Journalistinnen. Seit zwei Jahren versuchen wir, zum 8. März eine Frauenseite in der Leipziger Tageszeitung, LVZ, unterzubringen. Das ist trotz guter Kontakte mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Ein halbes Jahr vorher führten wir im Jahr 1996 ein Gespräch mit dem Chefredakteur. Er sicherte uns

eine Seite für Frauen zu. Im Nachhinein waren wir jedoch gezwungen, mehrere Kompromisse einzugehen. So wurden wir beauftragt, Frauen zu finden, die parallel zur Frauenseite bereit waren, Annoncen in der LVZ aufzugeben, damit die Frauenseite sich für die LVZ rechnet. Da wir nicht genügend Sponsorinnen fanden, reduzierte sich der verfügbare Platz zum 8. März kurzerhand auf eine halbe Seite. Die Zeitung druckte dort die für eine Seite aufbereiteten Informationen etwas kleiner und unübersichtlicher auf der Seite 26 der Ausgabe. Ich frage mich: Welche Frau blättert bis zur Seite 26, wenn Sie nicht im Vorfeld weiß, daß hier Informationen für sie zu finden sind. So sieht die Zusammenarbeit mit der Presse aus.

Aber daraus haben wir gelernt. 1997 suchten wir uns eine Journalistin, übergaben ihr unsere Recherchen und Informationen, und durch diese bessere Lobby fanden wir uns zum 8. März mit einer dreiviertel Seite auf Seite 14 wieder. Ihr seht, wir können uns verbessern!

Zur Frage der Politikverdrossenheit von Frauen:

Ich habe jetzt in einem anderen Zusammenhang die Shell-Studie zur Jugendarbeit gelesen. Daraus habe ich u.a. einen für mich wichtigen Satz entnommen. Man redet immer darüber, daß die Jugend politikverdrossen ist. Ein Fazit dieses Berichtes ist: „Die Politik kümmert sich nicht um die Jugend oder zu wenig“. Und weil sie zu wenig auf die Belange der Jugend eingeht, hat die Jugend auch kein Interesse, dort mitzuwirken. Ich meine, das paßt auch für uns Frauen. Nur wird es diese Studie für Frauen niemals geben. Das ist der einzige Unterschied.

### **Rosemarie Bechthum**

Ich bin im vorigen Jahr am 28. November zur Mitgliederversammlung des Deutschen Frauenrates gefahren. Wir haben dort nach einer interessanten und anregenden Debatte beschlossen, 1998, also in diesem Jahr, das Thema „Frauen Ost und West“ und unsere Biographien zu behandeln. Warum schaffen wir es nicht, Frauen in den Vereinen und

Verbänden zu motivieren? Das wird auch ein wesentlicher Diskussionspunkt des Deutschen Frauenrates sein.

Der Hinweis auf durch das Kabelfernsehen gegebene neue Möglichkeiten der Medienarbeit für uns stimmt – da tut sich bei uns in Erfurt etwas. Man ist auf uns zugekommen: Wir sollen Frauen und Jugendliche auf eine mögliche Mitwirkung hin ansprechen. Jugend, Frauen und Familien der Region sollen vorgestellt werden. Davon versprechen wir uns, daß wir Frauen ins Gespräch bringen und daß sie sich vorstellen. Wir hatten im vorigen Jahr im Parlament zum Tag der offenen Tür ein „Frauenparlament“. Auch eine Volkswirtin, Frau Prof. Rauschhofer, war dabei. Sie sagt: Warum schaffen wir es nicht, wenn eine Frau in den Schwangerschaftsurlaub geht oder wenn ein Kind krank ist, die Kosten zur Hälfte dem Betrieb des Vaters des Kindes - beide sind doch beteiligt - mitzuübertragen? Das wäre eine gute Idee. Warum machen wir das nicht?

### **Margrit Zauner**

Herr Blum hat die Ökonomin in mir gereizt. Es tut mir leid. Netzwerken heißt nicht, daß ich unten sitze und warte, daß einer oben ist und mich nachzieht. Ich denke, es ist immer eine Situation des Gebens und Nehmens. Es muß einen mittelfristigen Ausgleich an Nutzen für alle Beteiligten geben und, nur auf den Altruismus der weiter fortgeschrittenen Damen zu hoffen oder auch Männer, wäre ziemlich fatal. Es würde dazu führen, daß nichts passiert. Netzwerke unter Frauen funktionieren auch anders. Wir haben sehr gute Beispiele dafür.

Wenn es die Unternehmen gäbe, die tatsächlich streng rational und nur nach ökonomischen Kosten handeln würden, man beachte den Konjunktiv, dann müßten sie viel mehr weibliche Führungskräfte einstellen, die kosten nämlich ungefähr ein Drittel weniger als die vergleichbaren männlichen Führungskräfte, hat eine Professorin über mehrere Jahre immer wieder entsprechend ökonomisch nachgewiesen. Unter diesem Aspekt gesehen, müßten also weit mehr Frauen eingestellt werden. Es gäbe 1.000 Gründe, rein aus purer Ökonomie, daß die Unternehmen mehr Frauen einzustellen. Leider tun sie es nicht. Es scheinen noch ein paar andere Faktoren eine Rolle zu spielen.

## Dr. Christine Bergmann

Wir können das Thema „Ökonomie“ nachher noch diskutieren. Ich will nur dazu sagen: Die Kosten des biologischen Unterschiedes kann man - wie schon dargelegt - auf die Geschlechter verteilen. In dem Moment, wo Erziehungsurlaub geteilt wird und damit das Risiko bei dem Betrieb des Kindesvaters genauso groß ist, wie beim Betrieb der Mutter des Kindes, ist das so. Man muß das nicht automatisch nur beim Staat abladen. Es gibt verschiedene Varianten, darüber kann man diskutieren. Aber in der Sache gebe ich Ihnen Recht, und wir nehmen das auch ernst, bei allem, was wir tun, und fragen: Wie wirkt sich das aus? Wie wirkt sich das speziell auf die Frauen aus? Wirkt sich das unter Umständen so aus, daß die Betriebe keine Frauen mehr einstellen wollen, weil ihnen die Kosten für diesen Einzelfall, den man dann sehen muß, zu hoch werden? Das ist ein Punkt, über den man sich sicher einigen muß.

Für ihren Tip mit der Internet-Beauftragten bin ich dankbar. Das war ein guter Hinweis.

Ich will aber noch etwas sagen zu dem Thema: Wie motivieren wir Frauen, oder was erwarten Frauen sich von der Politik.

Da sind wir zum einen wieder bei der Quote. Wir können Frauen sagen, ihr habt eine Chance. Ihr müßt euch nicht irgendwo mit beteiligen, sondern ihr habt hier eine echte Chance, auch in der Politik ein Stück Macht und damit Einfluß zu gewinnen. Die Quote ist nicht nur im Bereich der Parteien wichtig, sondern auch im öffentlichen Dienst, wir hätten sie auch gerne in der privaten Wirtschaft, dort muß mehr Frauenförderung stattfinden, da wird sich auch noch einiges tun.

Nur man darf dann nicht sagen, daß wir alle keine Quotenfrauen sein wollen. Wir haben hier ein Instrument, von dem wir sagen, das ist wichtig, das brauchen wir. Damit muß man positiv umgehen. Es diskriminiert uns selbst, wenn wir sagen, ich will aber keine Quotenfrau sein. Ich bin die Doppelquote, und bin ich etwa schlechter als meine Kollegen? Sicher nicht! Man muß das dann auch wirklich nutzen und

sagen, das ist so. Nur die Leistung allein bringt es nicht, auch nicht bei der männlichen Konkurrenz. Wir müssen hier realistisch sein.

Das ist das eine, das andere ist, daß Frauen sagen, es ist karriere-schädlich, wenn ich mich als Frauenpolitikerin bekenne. Auch damit müssen wir viel offensiver umgehen. Dafür gibt es auch gute Beispiele. Ich denke an unsere Bundesverfassungsgerichts-Präsidentin, Jutta Limbach, die sich hingestellt und gesagt hat: „Na klar bin ich Feministin. Was haben sie sich denn darunter vorgestellt? Dachten sie, das sind nur Frauen, die mit den Hackebeilchen rumziehen und den kleinen Unterschied beseitigen wollen?“ Das ist O-Ton von Jutta Limbach. Eigentlich muß man so mit diesem Thema umgehen. Es versteht sich von selbst, daß die Grundlage dafür unsere fachliche Kompetenz bildet.

Ich bin froh, daß wir in Berlin die Kombination „Arbeit, Berufliche Bildung, Frauen“ in meinem Ressortzuschnitt der Senatorin haben. Im Bereich der beruflichen Bildung müssen sie mich alle ernst nehmen. Ich kann die frauenpolitischen Zusammenhänge konkret einbringen. Für Frauenpolitikerinnen ist es wichtig, mehrere Standbeine zu haben. Da läßt es sich leichter in die Offensive gehen und sagen: Ich möchte, daß mehr Frauen gefördert werden, hier gibt es gute Frauen.

Was kann man insgesamt noch mehr tun?

Ich kann nur unterstützen, was hier manche sagten: Wir dürfen unsere Interessen als Frauen nicht nur in der jeweiligen Ecke, in der wir uns befinden, vertreten. Wir müssen diese Interessen gemeinsam vertreten, auch im Wahljahr. Gerade dann, denn da hören sie alle wieder ein bißchen besser hin, es sind immerhin gute 50 Prozent des Wahlvolkes weiblich.

Wenn Frauen vor Ort versuchen, Initiativen zu entwickeln und sagen, egal, woher wir kommen, aber darauf haben wir Frauen uns verständigt, das wollen wir hier erreichen, ich glaube, dann kann man Frauen auch wirklich wieder motivieren. Politik ist doch nichts, was irgend jemand für uns macht. Politik ist eine öffentliche Angelegenheit, dazu sind wir alle aufgefordert. Davon sollten wir auch Gebrauch machen.

## Anna Damrat

Ich werde nicht alles im Einzelnen kommentieren, sondern mich auf drei Punkte konzentrieren.

(1) Wir haben nicht gesagt, wir wollen „Frauen und Kultur“ oder „Frauen und Soziales“, eine immer wieder auch bei Ministerien und Ressorts sehr beliebte Kombination. Wir wollten bewußt Frauen in Arbeit haben, und wir hätten deshalb auch gerne noch den Bereich Wirtschaft mit vertreten, gerade um diesen Zusammenhang zwischen entgeltlicher Beschäftigung und Frauen herzustellen. Das dürfte nach wie vor der Schwerpunkt sein, insofern war das für mich auch der Dreh- und Angelpunkt meiner Ausführungen.

(2) Wir sollten nicht erschrecken, weil sich irgendjemand unter dem Druck der konkreten Situation politisch nicht völlig korrekt verhält. Hauptsache, wir bringen tatsächlich etwas auf den Weg. Die Netzwerke haben einen hohen Wert. Sie erweitern die Möglichkeiten zum Ansprechen von Frauen. Damit helfen sie ganz enorm, unsere eigentlichen frauenpolitischen Ziele durchzusetzen. Frauen sollten sich auch den Spaß an diesen Frauenzusammenhängen nicht entgehen lassen. Das schärft den Blick, mit Sicherheit auch den selbstkritischen.

(3) Auch in der politischen Karriere merkte ich, daß es nicht reicht, klug und schön zu sein. Also: „Frech kommt weiter“. Das kann sogar Spaß machen. Auf die möglichen Rückschläge habe ich in der Passage zur „Liebesfalle“ verwiesen.

Ich wollte früher auch immer „Beisitzer“ werden - und natürlich nie für Frauenrechte. Ich hatte anständig studiert und einen Beruf; das konnte ja nur besser werden. So machte ich mich richtig schick und ging zum Arbeitsamt, und da wurde ich gefragt: „Was, Sie haben Wirtschaft studiert?“ Sage ich: „Ja, habe ich.“ „Wissen Sie, als Volkswirt und als weiblicher Volkswirt?“ Da war ich in meiner Erkenntnis ein Stück weiter. Ich dachte vorher immer, es reiche, intelligent zu sein. Diese Meinung wurde durch die Erfahrung mit der männlich organisierten Welt immer mehr relativiert.

Es ist ein verdammt hartes Geschäft. Aber wenn man es mit Spaß und Selbstironie nimmt, dann kommt man zuweilen weiter. Ab und an muß man sich die ganz alten Akten anschauen. Da sieht Frau auch, was sie mittlerweile für sich und in der Welt überhaupt erreicht hat. Natürlich, die weißen Raben verdrängen die schwarzen noch nicht. Von daher haben wir noch eine ganze Menge zu tun. Dieses Lied wissen ja alle Gleichstellungsbeauftragten zu singen. Da gilt es zu vernetzen, da heißt es aber auch, sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Ich bin bei der AsF. Andere sind in anderen Vereinigungen. Zuweilen haben wir durch Vernetzung miteinander etwas Gutes zustande gebracht. Bei Gleichstellungsgesetzen ist das übrigens ziemlich häufig der Fall. An anderen Stellen auch. Ich kann nur dazu ermutigen.

## B: Zugang von Frauen zu den wirtschaftlichen Ressourcen

Dr. Petra Gärtner

Wenn im Folgenden unter der Überschrift „Zugang von Frauen zu den wirtschaftlichen Ressourcen“, diskutiert werden soll, ist der Bezug zum vorliegenden Bericht der Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen eine Herausforderung zur kritisch-kontroversen Debatte um die Analyse und Bewertung der Stellung der Frauen im Erwerbsleben, insbesondere in Ostdeutschland. Dazu hat der „Runde Tisch Frauen und Erwerbsarbeit“ in Sachsen erste Standpunkte erarbeitet, die im Folgenden grob umrissen werden sollen.

Ich möchte mit folgender These beginnen: Frauen wollen sich nach wie vor von einem dauerhaften, anerkannten und gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen nicht trennen lassen. Sie werden aber zunehmend daran gehindert, weil die Qualität der Zugangsmöglichkeiten abnimmt und das Terrain für die Verteilung dieser Ressourcen immer enger wird, und der Verdrängungswettbewerb, wie die Kommission selbst schreibt, wächst. Ein Höchstmaß an Flexibilität am Arbeitsmarkt, das ihnen bescheinigt wird, gereicht ihnen dabei offensichtlich nicht als Vorteil, sondern nach den Vorstellungen der Kommission, die es jetzt zu diskutieren gilt, offensichtlich eher zum Nachteil.

Der nun vorliegende Bericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Sachsen und Bayern bietet Anlaß, sich mit dieser Problematik näher zu befassen. Nicht zuletzt deshalb, weil er den bisherigen, aktuellen und künftigen Umgang mit der wichtigsten wirtschaftlichen Ressource, nämlich dem Humankapital, in Gestalt von Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit, thematisiert. Strukturiert wird dieser Bericht durch die drei Blöcke Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen in drei Teile.

Nun ist die Beschäftigung mit dieser Thematik zunächst nichts Außergewöhnliches und in komprimierter Form höchst notwendig. Allerdings tun dies in den letzten Jahren zahlreiche Ökonomen und Sozialwissen-

schaftler, die über die Perspektiven und Zukunft der Arbeitswelt debattieren. Interessant am Zukunftsbericht ist, daß die vorliegenden Ergebnisse nicht nur ein Beitrag in einer breiten öffentlichen Diskussion sind, sondern auch eine Plattform für die Umsetzung der Erkenntnisse und Schlußfolgerungen der Kommissionsmitglieder in der praktischen Politik. Die sächsische Landesregierung verweist bei verschiedenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten in letzter Zeit immer wieder auf diese Ergebnisse. Eines der jüngsten Beispiele ist der Komplex „Mitarbeiterbeteiligung“ - ein diskussionswürdiger Ansatz.

Es sind also Positionen gefragt, die dem demokratischen Grundverständnis nach Beteiligung am politischen Willensbildungsprozeß, der auch heute hier aus Frauensicht vehement eingeklagt wurde, zugrunde liegen. Wenngleich die von der Kommission vorgezeichnete Zukunftsvision vom künftigen Umgang mit dem gesellschaftlichen Arbeitsvermögen einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs erfordert, der weit über das hinausgeht, was die Geschlechterfrage anbelangt, soll im Folgenden die Geschlechterperspektive in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden. Bemerkenswert ist, daß meines Wissens die vorliegenden Berichtsteile, sofern in der breiten Öffentlichkeit bekannt, nirgends in Sachsen so heftig diskutiert werden, wie unter Frauen.

Der „Landesweite Runde Tisch“, ein Forum aus Vertreterinnen von Wirtschaft, Politik, Verbänden, Vereinen und Institutionen, aber auch von Privatpersonen im Arbeitsverhältnis und außerhalb von Arbeitsverhältnissen, die sich das Ringen um eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen an Wirtschaft und Arbeit in Sachsen auf die Fahnen geschrieben haben, hat in seiner Zusammenkunft im November 1997 in Dresden dazu eine erste offizielle Stellungnahme abgegeben. Zu diesem Zeitpunkt lagen nur die beiden ersten Berichtsteile vor. Nun liegt auch der dritte Teil zur Diskussion vor.

Der „Runde Tisch“ hat es sich zum Anliegen gemacht, Frauen mit dem Inhalt dieses Positionspapiers vertraut zu machen, sie darüber zu informieren, mit ihnen gemeinsame Konsequenzen zu diskutieren und eine Debatte darüber zu führen, wie im konstruktiven Sinne andere alter-

native Lösungswege für die Perspektive der Erwerbsarbeit aufgezeigt werden können.

Warum erregt nun der Bericht bei Frauen solche Aufmerksamkeit? Offensichtlich liegt es an den Aussagen, den Bewertungen, den Schlußfolgerungen, die den Frauen einen Platz in der Gesellschaft zuzuweisen scheinen, den sie offensichtlich nicht akzeptieren können.

Ausgangspunkt ist die Feststellung der Kommission, daß sich die Arbeitsgesellschaft in ihrem sich immer mehr reduzierenden Erwerbsarbeitsvolumen von der Arbeitsgesellschaft hin zu einer Wissensgesellschaft entwickelt und neben der Erwerbsarbeit andere Tätigkeitsformen an Bedeutung gewinnen. Dem ist zunächst so zuzustimmen.

In Kauf genommen werden soll aber aufgrund des geringeren Umfangs bezahlbarer Arbeit, so weiter im Bericht, die Reduzierung der Ansprüche und des Konsums. Es soll in Kauf genommen werden, daß die Schere zwischen Arm und Reich größer wird, von der Notwendigkeit, das Gesamtvolumen an verfügbarer, bezahlbarer Arbeit auf alle neu zu verteilen, wird hingegen kaum ausgegangen.

Das Prinzip einer am Gemeinwohl orientierten, solidarischen Gesellschaft wird damit für den Wirtschaftsstandort Deutschland ganz offenbar in Frage gestellt. Nicht alle Gruppen der Gesellschaft sollen gleichermaßen die Verantwortung und auch die Risiken für diese Entwicklung tragen. Sehr wohl wird hier unterschieden zwischen Frauen und Männern, zwischen Jungen und Alten, zwischen Gesunden und Kranken, nach Staatsbürgerzugehörigkeit, nach Qualifikation und nach Vermögen. Ich möchte mich hier im Folgenden auf die Fragen konzentrieren, die widerspiegeln, wodurch die Debatte der sächsischen Frauen derzeit geprägt ist.

Eine erste Position: Der Ausgangspunkt der Betrachtungen der Kommission ist die Bewertung des vergleichsweise hohen Ausgangsniveaus der Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Bevölkerung insgesamt und der Frauen insbesondere, die einerseits aus dem Ausgleich der geringen Kapitalintensität der Wirtschaft, sprich der Arbeitsproduktivität in der

DDR und andererseits der Wirksamkeit einer DDR-Ideologie, wonach Erwerbsarbeit ein hoher Rang eingeräumt wurde, erklärt wird. Weitere Gründe werden nicht genannt.

Nun hat die umfangreiche Transformationsforschung der letzten Jahre seit der Wende hinlänglich bewiesen, daß es materielle Gründe gab, die dazu führten, daß sich Frauen am Familieneinkommen beteiligt haben. Außerdem hat ein gerüttelt Maß an gewonnener Selbsterfahrung hinsichtlich einer Beteiligung an der Erwerbsarbeit dazu geführt, daß Frauen in Ostdeutschland Beschäftigung allmählich als einen selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens, ihrer Selbstverwirklichung, betrachtet haben. Eine gelebte Sozialisation verliert sich nicht von heute auf morgen, nur weil die äußeren Rahmenbedingungen sich von heute auf morgen verändert haben.

So verwundert es auch nicht, daß sich die Kommissionsmitglieder sehr unsicher in ihrer Aussage über die Entwicklung der Erwerbsneigung der Frauen in Ostdeutschland sind. Es wird im Bericht der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß diese Erwerbsneigung der Frauen sinken möge. In verschiedenen Publikationen der konservativen Wirtschaftspresse wird das sogar immer wieder zum Tatbestand erklärt. Das dort Gewünschte wird teilweise auch mit vermeintlichen Untersuchungen zu belegen versucht. Bezug nimmt man dabei insbesondere auf Frauen, die den Mut verloren haben, die Suche auf dem Arbeitsmarkt weiter fortzuführen oder die in Anbetracht der langen Suche inzwischen ein Alter erreicht haben, in dem man diese Suche dann auch aus biologischen Gründen aufgibt.

Tatsache ist jedoch, daß ein Rückgang der Erwerbsneigung der Frauen im erwerbsfähigen Alter in nennenswertem Umfang nicht eingetreten ist. Obwohl das Volumen an Erwerbsarbeit dramatisch abnahm, blieb die Erwerbsbeteiligung bzw. der anhaltende Wunsch nach Erwerbsbeteiligung ungebrochen hoch. So mußte die Kommission dann auch konstatieren, Zitat: „Die Erwerbsbeteiligung Ost steht vergleichsweise zur Erwerbsbeteiligung West in keinem realistischen Verhältnis zu den erkennbaren Beschäftigungsmöglichkeiten.“

Die Lösung für die Kommission ist: Befände sich der Erwerbsanteil der Frauen auf dem westdeutschen Niveau, wäre auch in Ostdeutschland - wie derzeit in Westdeutschland - der Arbeitslosenanteil von Männern und Frauen gleich. Mit anderen Worten heißt das: Wenn sich die Frauen hier zurückziehen, verringert sich das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit auf das normale Maß. Das normale Maß ist der Maßstab westdeutscher Verhältnisse, die derzeit herrschen. Und damit wäre der Handlungsbedarf ein geringerer. Auch vor sich gehende Veränderungen im Erwerbsverhalten westdeutscher Frauen werden völlig unzureichend reflektiert.

Doch das Problem der gravierenden Arbeitslosigkeit ist weder ein Frauenproblem, noch ein ideologisches Problem, noch eine Altlast. Der Ausbruch der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ab 1990 in einem schlagartig, weit über westdeutsche Verhältnisse hinausweisendem Maß, ist das Ergebnis der verfehlten, überhasteten Wirtschaftspolitik im Zuge der Wiedervereinigung. Doch dem widmet der vorliegende Bericht keinen Raum. Mit seinen gravierenden gesellschaftlichen Umbrüchen hat dieser Prozeß in den letzten Jahren, potenziert natürlich durch die gravierenden Veränderungen, die in Technik und Technologie weltweit und auch in Europa vor sich gehen, zu einer gigantischen Umverteilung von Arbeit geführt, auf die durch die Kommission nicht ausführlich eingegangen wird. Ganze Wirtschaftszweige und deren Unternehmen wurden binnen weniger Monate und Jahre in einer aussichtslosen Konkurrenzsituation auf dem freien Markt vernichtet. Massenhaft wurden Arbeitsplätze freigesetzt, die enorme Aufwendungen für eine Abfederung nach sich zogen.

Position 2: Frauen wollen sich nicht als Verliererinnen der Wirtschafts- und Währungsunion in Ostdeutschland, die Chancen nicht zu nutzen gewußt haben, verstehen. Sie wollen dem Arbeitsmarkt nicht weichen. Sie haben zwar massenhaft ihren Arbeitsplatz verloren und sehen sich einem ungleichen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Sie bilden heute das Gros der Langzeitarbeitslosen bis hin zu einem Anteil von 77 Prozent. Ihr Anteil an den Arbeitslosen liegt je nach Region bei ca. 63 Prozent. Führungspositionen in der Wirtschaft sind heute die Ausnahme. Ganze, ehemals von Frauenarbeitsplätzen dominierte Zwei-

ge, wie etwa der Einzelhandel, werden sukzessive von Männern erobert. So reduzierte sich der Frauenanteil in dieser Branche zwischen 1989 und 1996 von ca. 98 auf heute 70 Prozent, vom schwierigen Zugang zu typischen Männerdomänen ganz zu schweigen.

Die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben sich dramatisch verschlechtert. Sofern in Ostdeutschland Teilzeitarbeitsplätze bestehen, werden sie zu 88 Prozent von Frauen besetzt. In ähnlicher Weise stellt sich das Verhältnis in prekären Beschäftigungsverhältnissen dar. Und trotz allem ziehen sich die Frauen nicht vom Arbeitsmarkt zurück.

Daß diese Darstellungen von Frauen als Vorwurf verstanden werden müssen, äußert sich unter anderem im Bericht in der Feststellung, wonach insbesondere jüngere, qualifizierte Frauen für einen Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt sorgen. Trotz Erfahrung mit der Arbeitslosigkeit, mit den verschiedensten Modellen der Arbeitszeitgestaltung und der unterschiedlichsten Qualität von Arbeitsverhältnissen, halten Frauen ungebrochen daran fest, daß Erwerbstätigkeit, und dies sogar auf Vollzeitarbeitsplätzen, das Ziel ihrer Erwerbswünsche ist. Gegen Ende des Jahres 1995 hat eine Frauenbefragung des IAB, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zu den Erwerbswünschen von ostdeutschen Frauen erbracht, daß unter der angenommenen Voraussetzung der Sicherung des bestehenden Einkommens und der bestehenden Rentenansprüche nur 14 Prozent der Frauen verkürzt und nur ein Prozent gar nicht arbeiten wollen. 80 Prozent der derzeit nicht erwerbstätigen, also arbeitslosen Frauen in Fortbildung und Umschulung, Vorruheständlerinnen und Hausfrauen wünschen sich eine Erwerbsarbeit. Das zeugt davon, daß offensichtlich auch immaterielle Ambitionen zur Beteiligung an Erwerbsarbeit eine Rolle spielen, die jedoch bei der Kommission ignoriert werden.

Frauen haben sich notgedrungen in den letzten Jahren vielfach unvergleichlichen Veränderungen in den Arbeitsbezügen unterworfen. Zahlreiche öffentlich geförderte Beschäftigungsfelder wurden von ihnen neu besetzt. Die soziale und kulturelle Infrastruktur wäre heute ohne die zahlreichen Frauenprojekte kaum vorstellbar.

Wohlwollend schätzt die Kommission diese Flexibilität der Frauen am Arbeitsmarkt und das Vermögen der Frauen, so das Zitat, „...tendenziell besser als Männer mit unsicheren Arbeitsverhältnissen und mit Arbeitslosigkeit zurechtzukommen...“. Deshalb werden sie von der Zukunftskommission auch, so wieder ein Zitat, „...als die Pioniere einer zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft...“ bezeichnet. Diese Anerkennung ist mehr als berechtigt, dient allerdings hier offenkundig zugleich der Legitimation der Verdrängung von Frauen vom regulären Arbeitsmarkt, anstelle einer Debatte über eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von Arbeit.

Schließlich, so der Bericht, halten Männer am Ideal des Normalarbeitsplatzverhältnisses fest, weil es für sie bislang eher ungewohnt war, mit häufigen Unterbrechungen im Berufsleben zurechtzukommen. Also, so könnte geschlußfolgert werden, soll ihnen dies doch auch in Zukunft erspart bleiben. Weil die Frauen schon biologisch bedingt diese Flexibilität im Arbeitsleben an den Tag legen, sind sie, laut Zitat, „...bestens geeignet für das anstrebenswerte, optimale Mischverhältnis von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit...“. Dies ist eine andere Lesart für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die nicht unwidersprochen bleiben kann.

Höchst problematisch ist zudem, daß im gleichen Atemzug deutlich von einer Einschränkung der sozialen Verantwortung des Staates gesprochen wird. Nach dem Motto: Die Kassen sind leer, private Initiative ist gefragt, soll jeder zum „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft“ werden. Hier seien Innovation und Kreativität in der Vermarktung keine Grenzen gesetzt.

Die Vision vom Ausleben der neu entstehenden Freiräume hat, so die Meinung der Frauen am „Landesweiten Runden Tisch“, nur einen Haken: Wir leben in einer Marktwirtschaft - von unbezahlter, gemeinnütziger Arbeit kann keiner leben.

Wenn schon auf die vielfachen Erfahrungen von Frauen in den Frauenprojekten der sozialen und kulturellen Arbeit Bezug genommen

wird, dann macht dies nur Sinn, wenn die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für diese Lebenssphären von allen getragen wird.

Ohne die bisher entstandenen Beratungsinfrastrukturen vieler Projekte in den Kommunen wäre beispielsweise Sozialarbeit heute kaum mehr denkbar. Nicht zuletzt dank der von der Zukunftskommission für die Zukunft vorausgesetzten, gewachsenen Einkommensdisparitäten wird der Handlungsbedarf für Sozialarbeit weiter steigen. Zugleich kann diese gemeinnützige Arbeit aber nicht auf Individualmotivation des Einzelnen basieren oder gar von unternehmerischem Geist geprägt sein. Eine vierte Position:

Laut Kommission ist für die Mehrzahl der Frauen heute immer noch die Familie „...der wichtigste Orientierungspunkt für Lebensführung und Lebensplanung...“. (Zitat) So liege es nahe, daß die gemeinwohlorientierte Familienarbeit, sprich Hausarbeit, bei ihnen zu belassen sei. Gleichzeitig werden Männer nach ihrer Position zu Familie und Kind oder zu einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf überhaupt nicht gefragt. Auch das ist eine Form von Ausgrenzung. 1996 meinten in Ostdeutschland jedoch nur 30 Prozent der nicht berufstätigen Frauen, daß es besser sei, wenn der Mann im Berufsleben stehe und die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmern würde.

Das überkommene Rollenverständnis der Geschlechter wird, so die Diskussion unter den sächsischen Frauen, nicht angenommen. Familiäre Belastungen sollen gleichrangig getragen werden. Instabile Arbeitsverhältnisse können nicht der Ausweg für die Frauen sein.

Frauen tun heute sehr viel, um sich neue Erwerbschancen zu erarbeiten, von Fortbildung und Umschulung im zweiten und dritten Gang über Existenzgründungen, bis hin zu geförderten Tätigkeiten. Sogar in Bereichen schwerer körperlicher Arbeit wird heute ein umfangreiches Spektrum von ihnen abgedeckt. Wir sind heute hier in Leipzig. Im Norden und auch im Süden von Leipzig haben wir ehemalige Tagebauregionen. Dort ist heute Landschaftsumgestaltung angesagt. Die Tätigkeiten, die dort verrichtet werden, werden zu einem großen Teil von Frauen vollzogen. Dort fragt niemand danach, ob das so gewünscht ist oder nicht.

Dort ist das die einzige Möglichkeit, mit dem Verlust des alten Industriearbeitsplatzes klarzukommen. Dort ist diese Flexibilität und Beteiligung gefragt, die uns aber ganz offensichtlich in anderen Zusammenhängen eher auf die Füße zu fallen scheint.

Die Lösung des Problems liegt aus der Sicht der Kommission nicht in Umverteilung von Arbeit, sondern im Verzicht ganzer Menschengruppen auf die Beteiligung an Erwerbsarbeit bzw. am Zurückzug der Gesellschaft aus der solidarischen Verantwortung für eine Teilhabe aller am Erwerbsleben. Weil soziale Sicherungssysteme auf Dauer zu teuer sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland, müssen sie eingeschränkt werden. Nach dem Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft“, soll jeder sein eigenes Arrangement finden, um seinen Anspruch auf Erwerbstätigkeit umzusetzen oder sich zurückzuziehen. Das führt zu einer Unterbietungskonkurrenz, die keine Lösung bringt.

Unternehmen, so der Tenor des Berichts, brauchen mehr Freiheit und Kostenentlastung, um Investitionen zu schaffen, um Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen. Bekannt ist allerdings auch, daß die größten Unternehmen der Bundesrepublik derzeit in gigantischem Umfang Gewinne einfahren und trotzdem gleichzeitig bereit sind, ihr Personal einzuschränken.

Den wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Diskurs zu diesen Aussagen im Bericht der Zukunftskommission möchte ich Frau Dr. Baumgart überlassen. Ich denke, die wenigen hier aufgegriffenen und anhand von Zitaten untermauerten Positionen werden zeigen, daß die gewählte Herangehensweise der Kommission, die drei Jahre lang an diesem Bericht gearbeitet hat, keine akzeptable Grundlage sein kann, eine Erwerbsperspektive für Frauen in diesem Land zu suchen. Frauen sind gehalten, nicht nur in die Diskussion zu gehen und hier ihren Widerspruch anzumelden. Sie sollten alle Überlegungen, alle Kraft darauf richten, alternative Wege aufzuzeigen, wie das, was an Erwerbsarbeit oder an alternativen Erwerbsmöglichkeiten heute vorhanden ist, mit Blick auf die Zukunft zu gestalten ist.

Auch sächsische Frauen wollen dauerhaft und gleichberechtigt am Erwerbsleben partizipieren, ohne sich in eine Ecke gedrängt zu sehen, die man vor vielen Jahren verlassen zu haben glaubte.

### **Prof. Dr. Ulrich Blum**

Sehr verehrte Frau Senatorin, sehr geehrte Abgeordnete, meine hochverehrten Damen,

da soll ich also über den Zugang von Frauen zu wirtschaftlichen Ressourcen reden.

Es ist von der Bewertung her eigentlich bereits alles vorweggenommen worden. So frage ich mich, was ich noch sagen kann. Ich werde also versuchen, mich hier in Demut zu äußern. Ich wollte aber dennoch eine Sache herausarbeiten, einfach als Akt der Fairneß, damit man nicht Sachverhalte, die wir zu schildern versuchen, ständig als Bewertungen nimmt und sie dadurch in eine völlig falsche Richtung drückt.

Ich nehme ein Beispiel: Wenn 70 Prozent der Frauen eine bestimmte Meinung äußern, dann kann ich sagen, das gefällt mir nicht, es wundert mich eigentlich, daß es so ist. Aber wenn dieser Befund von einem ordentlichen soziologischen Institut stammt, dann muß ich ihn zunächst einmal anerkennen, auch wenn ich dagegen bin.

Wir haben in der Zukunftskommission versucht, die Teile Bestandsaufnahme, Ursachenanalyse und Maßnahmen zu trennen, was sicher immer eine große Schwierigkeit darstellt und sicher auch nicht immer geglückt ist.

Nachdem wir hier eine Senatorin im Haus haben, möchte ich einen weiteren Punkt vorab einschieben: Es ist eine absolute Unsachlichkeit, wie das *Sozialversicherungs-Kombinat* mit Herrn Norbert Blüm als „*Kombinatsleiter* in Bonn“ verhindert, daß die relevanten Daten über Arbeitsmarktstrukturen überhaupt in die Öffentlichkeit gelangen. Jeder von Ihnen kann in der amtlichen Statistik nachlesen, wieviel Kohle ge-

*Prof. Dr. Ulrich Blum und Dr. Gisela Schwarz*

fördert wird und wieviel Autos gebaut werden, aber wenn Sie sich in den Erwerbsmarkt hineinbegeben, dann kriegen Sie keine Daten, schlechte Daten, nicht vergleichbare Daten oder von Herrn Norbert Blüm falsche Daten, weil er nicht wollte, daß wir Ergebnisse produzieren. Gnädige Frau, Sie sind hier die ranghöchste Politikerin, deshalb wende ich mich einfach an Sie, damit jemand „dazwischenhaut“. Wir sind buchstäblich mit falschen bzw. unzulänglichen Daten beliefert worden, das haben wir danach herausbekommen. Und wenn Sie sich überlegen, daß es nicht bekannt ist, wieviel geringfügige Beschäftigungsverhältnisse es in Deutschland gibt, daß man sie zwischen 2,7 und 5,7 Millionen schätzt, dann ist das eine solche Unverschämtheit, die eigentlich zur Entlassung des Arbeitsministers führen müßte.

Ich möchte die Dreierstruktur dieses Kommissionsberichts kurz noch einmal darlegen, mit all ihren Schwierigkeiten, und möchte hinzufügen, daß Kommissionsarbeit natürlich auch einen Mehrheitsprozeß darstellte und nicht jeder seine Gedanken in absoluter Reinform durchbringen konnte. Trotzdem dürfen Sie mich zur Rechenschaft ziehen, weil ich sie natürlich rechtfertigen kann, auch wenn ich sie nicht immer teile.

Die ökonomische Entwertung der Arbeit war der zentrale Ausgangspunkt unserer Arbeit und der Zerfall des Arbeitsmarktes ein Phänomen, das wir in allen westlichen Industriegesellschaften seit den 70er Jahren beobachten. Wer in die Geschichte geht, der weiß, daß immer, wenn es Umschichtungen zwischen den Sektoren gibt, der abgebende Sektor zunächst einmal seine Produktivität dramatisch erhöht. So hat es die Landwirtschaft in der Zeit der industriellen Revolution getan. Und damit konnte erst die Erwerbsarbeit in der Industrie stattfinden. Das ist auch in der letzten Phase der späten Industrialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg so gewesen, diese ist durch eine dramatische Erhöhung der Produktivität, insbesondere auch durch den Input von Service in die Industrie, gegeben gewesen. Und heute fragen wir uns: Was kommt nach der tertiären Gesellschaft? Das ist der spannende Punkt.

Dieser Zerfall des Arbeitsmarktes hat bei uns in Deutschland - ich sage jetzt Deutschland insgesamt, aber vor 1990 West - zu großen Verwerfungen geführt. Diese hat man im Prinzip immer wieder durch politische Maßnahmen zu kompensieren versucht. Erst über das Steuersystem, dann über das Verschuldungssystem. Und heute ist man halt an der Grenze dessen angelangt, was machbar ist. Um Ihnen einfach ein paar Zahlen zu geben: Die unselbständige Arbeit hat eine Nettoerhöhung über die letzten 15 Jahre von nur noch real 3 Prozent erfahren. Nicht über alle Jahre, sondern 3 Prozent insgesamt. Wenn Sie das Brutto nehmen, dann sind das 27 Prozent bei den Vollzeitbeschäftigten gewesen und nur 13 Prozent über alle Arbeitnehmer. Irgendwas muß also passiert sein, daß im Durchschnitt nur die Hälfte von dem ankommt, was bei den Vollzeit-arbeitsplätzen zu sehen ist. Gleichzeitig haben sich die Lohnnebenkosten in diesem Zeitraum um den Faktor 1,5 schneller entwickelt als die Direktlöhne.

Ursache und Folge, natürlich „inter-connected“, waren, daß 1985 noch rund 85 Prozent der Arbeitnehmer in sogenannten Normarbeitsplätzen beschäftigt waren, also in Arbeitsplätzen, die sie oder ihn mit einer vollen sozialen Sicherheit ausstatten. Diese Quote liegt heute knapp über 60 Prozent, in Ostdeutschland etwas besser als im Westen – auch das ist wenig bekannt. Aber während der Zeit des Tals der Tränen war die Lage in Ostdeutschland schlechter.

Die Partizipationsquoten in Ostdeutschland, wir haben das gesagt und auch als Befund gesagt, sind sehr unterschiedlich. In Ostdeutschland sind 25 Prozent mehr Frauen erwerbstätig als im Westen. Diese Aussage ist zunächst einfach analytisch richtig. Wenn wir gleiches Erwerbsverhalten in Ost und West hätten, dann lägen wir entweder im Westen bei Ostverhalten bei 17 Prozent Arbeitslosigkeit oder wir lägen umgekehrt hier im Osten bei einer Arbeitslosigkeit von etwa 12 Prozent. Der Kommissionsbericht, das muß ich feststellend sagen, enthält auch die Aussage, daß das Erwerbsverhalten Ost vermutlich für Westdeutschland Modell wird – es wäre fair gewesen, dies nicht zu unterschlagen.

Unser großes Problem ist, daß Lohnniveau und Arbeitsvolumen invers verknüpft sind. Je höher der Lohn liegt, desto geringer fällt die Arbeitsmenge aus und umgekehrt. In einem geschlossenen Arbeitsmarkt sind völlig unterschiedliche Partizipationsquoten und - bei gegebener Qualifikation - unterschiedliche Lohnniveaus nur unter Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten. Um die Schwierigkeiten, die wir in Gesamtdeutschland deshalb haben, wissen wir.

Unser Sozialprodukt und auch die Nachfrage nach Erwerbsarbeit ist in Deutschland sehr gleichmäßig verlaufen, und ein Großteil der Probleme, die uns plagen, ist eher aus Erwerbsbeteiligungsgesichtspunkten zu erklären und nicht allein aus der Tatsache, daß wir plötzlich alle Leute entlassen haben – wenngleich die Erwerbsbeteiligung gesunken ist. Das sind sehr kontinuierliche Prozesse. Wenn Sie ein paar kleine Schwankungen herausnehmen, verlief die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sehr kontinuierlich. Das Phänomen ist, daß eigentlich ein Großteil unserer Probleme eher mit den demographischen und soziokulturellen Prozessen zu tun hat.

Was sind die Gründe für unsere Schwierigkeiten? Ich möchte nicht den ganzen Sermon aus dem 2. Teil wiederholen, weil wir ohnehin in der Zeit schon fortgeschritten sind, und wir müssen uns nachher noch ein bißchen streiten.

(1) Zunächst ist da die Globalisierung. Unsere Politiker denken, Globalisierung ist Internationalisierung. Das ist völliger Unsinn. Interna-

tionalisiert waren wir vor dem 1. Weltkrieg weit stärker, als wir das heute sind. Um einfach einmal eine Zahl zu nennen: AEG besaß vor dem 1. Weltkrieg mehr Vermögen in Rußland als am Standort Deutschland. Globalisierung ist im Prinzip dadurch gekennzeichnet, daß die Informationskosten auf Null sinken und die Unternehmen - auch durch eine hohe Humankapitalbildung - überall in der Welt und natürlich auch in Osteuropa die Auswahl haben, ähnliche Firmen oder fast prototypische Firmen nach Belieben an alternativen Standorten aufzubauen. Das gleiche Werk wie bei Opel in Eisenach steht auch in Gleiwitz und bald auch in Rossario in Argentinien. Die Konsequenz ist unüberschaubar: Früher haben wir im Handel Getreide gegen Maschinen getauscht, heute tauschen wir Unos gegen Polos oder Unos gegen Corsas.

Ein völlig anderer Handel, der eine unendliche Empfindlichkeit enthält, weil nämlich kleinste Geschmacksänderungen dazu führen können, daß ganze Branchen wegbrechen. Unsere Regierung hat es angesichts der Triumphe im Außenhandel nicht geschafft, die Menschen darüber aufzuklären, daß unser Außenhandel in dem Sinne sehr prekär ist, daß bei kleineren Geschmacksveränderungen gleich ganze Branchen wegbrechen können und nicht nur Anteile von Branchen, wie es früher der Fall war. Sie können mal nach Thailand gehen und die Leute von Toyota und Nissan fragen, was mit ihnen los ist. Da sind über Nacht zwei Automobilfabriken geschlossen worden. Das hat es früher so drastisch nicht gegeben. Man mußte Anpassungen machen. Aber daß im Prinzip eine ganze Firma obsolet ist, das ist neu.

Wir wickeln heute 70 Prozent unseres Austauschs im sogenannten intraindustriellen Handel ab, also der Einfuhr und Ausfuhr von Gütern der gleichen Güterklasse, nicht mehr Wein gegen Tuch, wie im interindustriellen Handel bei Ricardo. Wir haben deshalb im Wettbewerb eine viel prekärere Situation, und das verspüren wir natürlich auch in den Märkten durch wachsenden Wettbewerbsdruck. Zusätzlich erwarten zur Zeit 1,5 Mrd. Menschen aus den ehemaligen kommunistischen Ländern eine Erneuerung ihres Kapitalstocks. Man muß sich also nicht wundern, daß Kapital knapp ist und Investoren eine sehr gute Position am Markt besitzen und letztlich ihre Vorstellung hinsichtlich Bedienung von Privilegien durch den Staat optimieren.

(2) Wir haben in der Zukunftskommission über das fehlende Anpassungsverhalten gesprochen - es ist uns immer wieder gesagt worden, das hätten wir nicht tun sollen. Die Menschen haben sich nicht an die neuen Realitäten angepaßt, auch die Politiker nicht. Unsere Politiker sind die Politiker, die wir alle gewählt haben - sie sind nicht vom Mond gekommen. Wie wir also reagieren und wie wir versuchen, unseren Status quo aufrechtzuerhalten, das reflektiert sich natürlich auch in unserer Politik. Und es rückt eben keiner. Das war sowieso ein Blödsinn, das zu sagen: „Es muß ein Ruck durch Deutschland gehen“. Kollektiv rückt in Deutschland keiner. Sie müssen Anreize für individuelles Rücken geben!

Es müssen also Anreize in unserer Gesellschaft erzeugt werden, damit wir uns bezogen auf die neuen Herausforderungen vernünftig benehmen und damit den Menschen auch Möglichkeiten gegeben werden, ihr Verhalten zu ändern. Sie verändern es nämlich nicht, wenn ihnen das zum individuellen Schaden gereicht. Wenn Sie nachher zum Uni-Hochhaus gehen und Bunge-Springen betreiben, suchen dann den Arzt wegen Rückenschmerzen auf und belasten danach die AOK, dann ist das eigentlich eine Sache, die die AOK nicht zu bezahlen hat. Wenn Sie sich bei mäßiger eigener Qualifikation in einen für sie unsinnigen Studiengang an der Universität einschreiben, dann können Sie die Kosten nicht anschließend auf das Arbeitsamt schieben. Wir haben uns angewöhnt, unsere Erfolge zu privatisieren und die Risiken auf die Gemeinschaft zu verlagern. Die Gemeinschaft kann sich nicht dagegen wehren.

Das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt. Unsere Probleme liegen einfach daran, daß sich die Rahmenbedingungen für rationales Handeln geändert haben. Und wir werden an dieser Stelle nicht weiterkommen, denn wir können diese Kosten des Ausnutzens des Gemeinwesens immer weniger dem Gemeinwesen in Rechnung stellen. Die Löhne zeigen dies deutlich, diese haben sich netto kaum noch verändert. Die Gewinne haben sich aber übrigens in diesem Zeitraum um 70 Prozent verbessert. Nur damit Sie das wissen.

(3) Meine Vorrednerin hat viele Sachen gesagt, die völlig richtig sind, und es stimmt, daß wir das so gesagt haben, als Analyse sowieso und als

Bewertung kann man vielleicht auch noch einiges vertreten. Wir können nachher darüber streiten. Von der arbeitszentrierten Industriegesellschaft, die sozusagen im Gleichschritt marschiert, müssen wir zu einer unternehmerischen Wissensgesellschaft kommen, weil, und da widerspreche ich meiner Vorrednerin aber doch, eben ertragreiche Produktionsfaktoren zunehmend Kapital und Humankapital sind, nicht Erwerbsarbeit. Was heute gefordert ist, das mögen wir lieben oder nicht, ist die Spannbreite zwischen Bill Gates und Steffi Graf. An die beiden Faktoren Kapital und Wissen müssen wir einen Großteil der Gesellschaft anzubinden versuchen, möglichst viele, so daß für diejenigen, bei denen das nicht gelingt, noch der Rest an Solidarität übrig bleibt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Wir wollten bekanntlich kein Gefälligkeitsgutachten machen. Erneuerungsstrategie und Anpassungsstrategie stellen die beiden großen Bereiche dar, in die wir die Empfehlung eingeordnet haben. Erneuerungsstrategie als Strategie, die gesamte Gesellschaft wettbewerbsfähiger zu machen, heißt zunächst einmal, Qualifikationsanstrengungen auszuweiten, und da ist die gesamte Politik in Deutschland gefordert. Man kann nicht behaupten, das eine Bundesland versage hier mehr als das andere; auf gesamtdeutscher Ebene ist Humankapitalförderung über alle Koalitionen hinweg zur Zeit ein fiskalisch rotes Tuch.

(4) Viel Ärger hat uns der Vorschlag einer Regionalisierung im Fiskalbereich bereitet, weil sie völlig falsch verstanden worden ist. So haben wir einen Ostdeutschland-Paragrafen extra mit hineingenommen. Aber der wurde natürlich tunlichst unterschlagen. Sie müssen sich mal Folgendes überlegen, einfach um zwei westdeutsche Beispiele zu nehmen, damit wir hier nicht zu sehr eine Betroffenheit erzeugen: In Westdeutschland hat Bayern 30 Mrd. Mark an Zahlungen gekriegt an Finanzausgleich in der Zeit bis 1987, seitdem ist es auf der Geberseite - also 30 Mrd. Mark mit dem Kapitalmarktzins zum heutigen Wert. Von diesen 30 Mrd. Mark hat es bereits heute 15 Mrd. Mark verzinst zum heutigen Wert wieder zurückgezahlt. Es gibt ein anderes Bundesland, dessen Namen ich jetzt nicht nennen möchte, das hat es seit 30 Jahren nicht geschafft, mit den Mitteln des Finanzausgleichs seine Wirtschaft auf gesunde Beine zu stellen.

Die Frage stellt sich, ob man das bis zum Gehn nicht mehr subventionieren soll. Es gibt ökonomische Gründe, abgesehen vom fiskalischen Alptraum, sollte beispielsweise Ostdeutschland auf Dauer am Tropf hängen: Möglicherweise erzeugt die Subvention genau das Problem, das sie eigentlich abschaffen will. Das möchte ich jetzt hier nicht weiter ausführen. Aber da gibt es eine ganze Menge guter Hinweise, die unter dem Stichwort „Transfereffekt“ bekanntgeworden sind.

(5) Angesichts der hohen Komplexität des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems müssen wir unsere Regeln vereinfachen, weil wir mit diesem hochkomplexen System nicht mehr umgehen können. Die Einzelfallgerechtigkeit führt zur kollektiven Ungerechtigkeit. Das trifft im Sozialsystem zu, und wir wissen genau, daß wir die Menschen, die dieses wirklich benötigen, immer weniger erreichen. Das ist sicher ein Punkt, den ich in Ihrer Partei nicht noch zusätzlich vertiefen muß.

(6) Bei der Durchsetzung der Anpassungsstrategie wird es viele geben, die große Probleme bekommen. Wir haben auch auf einfache Dienste gesetzt, weil es besser ist, jemand mit einem einfachen Dienst zum Sozialprodukt beitragen zu lassen, ihm ein sinnvolles Leben zu geben und notfalls Differenzen zum existenzsichernden und menschenwürdigen Einkommen auszugleichen, als ihn über die Sozialkassen zu alimentieren und auszugrenzen. Das ist eine Wertentscheidung, das ist auch eine Maßnahmenentscheidung, und hinter dieser stehe ich. Für meine Begriffe haben wir gar keine andere Alternative.

Wir haben auch betont, daß Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger möglicherweise zur Arbeit für das sogenannte Gemeinwesen herangezogen werden. Da muß ich ganz ehrlich sagen, das heißt aber nur, wenn sie es können. Die alleinerziehende Mutter wird das nicht können. Aber es gibt eine ganze Menge Leute, die das können. Und ich meine, die sozialdemokratisch regierten Städte Leipzig und auch Lübeck haben das mit großem Erfolg vorexerziert. In Lübeck sind nach meiner Kenntnis so ein Drittel der Leute aus der Statistik verschwunden. Wir müssen für die Bedürftigen Geld übrig behalten, wenn wir insgesamt über weniger Geld verfügen.

(7) Zur „Bürgerarbeit“: Bürgerarbeit ist der Gedanke, einen Sozial-Entrepreneur zu fördern, das folgt einem sehr amerikanischen Bild, ich gebe das zu. Man wird belohnt und nicht entlohnt. Es ist durchaus interessant, bei Ulrich Beck, der wesentlichen Anteil an der Geburt dieser Idee hat - ein ökonomischer Teil an der Idee liegt auch bei mir - in einem seiner letzten Bücher nachzuschlagen, wo er zeigt, weshalb Leute in Amerika derartige Dinge tun. Vielleicht kann die Kommune Leistungen für die Allgemeinheit nicht organisieren, weil sie überfordert ist. Man schreibt also beispielsweise ein Programm, um Straßenkinder in Leipzig von der Straße zu kriegen, aus und sucht den Sozialentrepreneur zu gewinnen, der dies im Ehrenamt organisiert. Vielleicht sind ein paar Sozialhilfeempfänger allein schon deshalb an der Mitarbeit interessiert, weil sie dann einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen und damit möglicherweise für das Erwerbsleben Funktionen aufrechterhalten.

(8) Letzter Punkt „Reduktion des Arbeitsvolumens“, der ist ja auch kritisiert worden. Wenn wir das Arbeitsvolumen unfreiwillig reduzieren, dann stehen wir bald vor dem Problem, daß die Leute etwas ganz Anderes und Neues machen, um die freie Zeit unterzubringen, evtl. auch Einkommen auszugleichen. Die Bundesrepublik Deutschland, das Land Niedersachsen und das VW-Werk in Wolfsburg haben sicher ein bemerkenswertes und großflächiges Experiment unternommen. Sie haben nämlich den VW-Werkern auf Kosten der Sozialkassen erlaubt, 24 Stunden pro Woche zu arbeiten, die Konsequenzen sind haarsträubend. Weil die Leute nämlich mehr arbeiten wollen, haben sie mit solchen Teilen, die sie vom Werk billig kriegen, in der neu gewonnenen Freizeit ein Kfz-Reparaturgewerbe hochgezogen. Die Folge war, daß sie funktionsfähige Arbeitsplätze im Kfz-Handwerk vernichtet haben, das können Sie dann nicht verhindern.

Die zentrale Aussage lautet, Arbeitszeitreduzierungen haben keinen Zweck, wenn sie nicht freiwillig sind. Sie können sie nicht erzwingen, weil bei denjenigen, die über eine gute Qualifikation verfügen, das Grenzarbeitsangebotsproblem entsteht. Die brauchen nicht mehr die Vollkosten zu zahlen, sondern sie können gegen eine marginale Schwarzarbeitsentlohnung einen ganzen bisher gut funktionierenden Erwerbszweig wegdrücken.

(9) Ich habe von Ihnen ein Schreiben erhalten mit Stellungnahmen zur Erwerbssituation der Frauen in Ostdeutschland. Ich gebe meiner Verwunderung Ausdruck, daß man sich an uns in der Endphase wendet, sozusagen zwei Monate vor Abgabe und daß wir die Vorstellungen nicht im Kommissionsbericht verarbeitet hätten. Jeder, der mich kennt, weiß, daß ich für jede Diskussion zugänglich bin. Man muß das nur rechtzeitig machen. Ich möchte nicht Ihre Zitate aus dem Brief bringen, weil gerade die Frau Senatorin gesagt hatte, daß sie diese Analyse für ostdeutsche Frauen nicht teilt.

(10) Aber ich möchte auf einen Punkt hinweisen, in dem ich vollständig mit meiner Vorrednerin konform gehe. Wir stehen vor dem großen Problem, daß wir nicht eine Dreiklassen-Gesellschaft, sondern eine Drei-boote-Gesellschaft werden. Das erste sind die Träger von Wissen und Kapital auf einem wunderschönen Segelboot. Jeder Hafen, der schön ist, den können sie ansegeln. Man reißt sich weltweit um sie. Das zweite, das sind diejenigen, die rudern jedes Jahr 10 Prozent härter, damit sie noch genauso viel verdienen. Und die Dritten liegen in einem völlig kaputten Boot und hoffen, daß die Sozialhilfe kommt. Vielleicht ist sogar das Bild des ersten stolzen Segelboots in Analogie zu einem Leserbrief in der „Zeit“ gar nicht mehr richtig, sondern das Bild des Kajakfahrers, jederzeit fähig zur Überschlagsrolle. Wenn dieses Bild insgesamt stimmt, und ich glaube, da ist tendenziell etwas Wahres dran, dann müssen wir uns überlegen, wie wir diesem Staat, auch diesem Gemeinwesen, etwas Gutes tun, wie wir beide stabilisieren. Es sind nicht nur Frauen, es sind auch Männer betroffen, und die Männer werden sich viel stärker wehren, zumal sie oft über die Machtposition verfügen. Nur hilft dies nicht, es vergrößert nur die Anpassungskosten.

Aber was können wir tun? Wir haben zwar heute gesagt, wir müssen unser Steuersystem drastisch umkrempeln, zum Beispiel viel mehr in Richtung auf Verbrauchssteuern, weil nur der Verbrauchssteuer können Sie annähernd nicht entgehen. Einkommensteuern zahlen Sie dort, wo sie produzieren wollen oder wo sie Ihren Einkommenssitz haben. Das ist aus Verteilungsgründen natürlich problematisch. Aber dann bitte spalten wir den Mehrwertsteuersatz, bevor wir anderes tun. Ich kann ohne wei-

teres mit einem Mehrwertsteuersatz von 30 Prozent auf ein Auto leben. Über die Ökosteuer gab es in der Kommission keine Einigkeit. Da gab es einige, die dafür waren und andere dagegen. Das lag nicht daran, daß Industrielle mit am Tisch saßen.

Das größte Problem ist, daß eine Ökosteuer, die effizient ist, ihre Bemessungsgrundlage verliert. Wenn alle Autos nur noch ein Drittel vom Bisherigen verbrauchen, dann müssen wir die Mineralölsteuer verdreifachen, weil das Auto ja nicht kleiner wird, es braucht trotzdem noch den Raum. Dann müssen Sie den Leuten erklären, daß das, was Sie zur Zeit in der Abfallwirtschaft erleben, daß sie immer weniger Müll produzieren und immer mehr Geld zahlen, jetzt auch auf diesem Gebiet kommt. Sie können mit mir gerne außerhalb der Zukunftskommission darüber reden, daß wir eine Ökosteuer einführen für die Entwicklungshilfe, um in Brasilien Wald aufzukaufen oder vernünftige Infrastrukturen in Indonesien zu initiieren, damit dort nicht alles heruntergebrannt wird.

Bitte hängen Sie unser Sozialsystem also nicht an einer Ökosteuer auf, von der Sie nicht wissen, wie erfolgreich sie ist. Sie könnte nämlich so erfolgreich sein, daß sie ständig nachsteuern müssen. Das frustriert die Bürger und ist nicht gut für die Politik.

(11) Wir sollten uns überlegen, was wir heute noch als Gemeinwohl bezeichnen können. Die Verwendung des Begriffs Gemeinwohl habe ich in der Kommission zu verhindern versucht, weil ich persönlich nicht weiß, was damit zu beschreiben ist – gelungen ist die nicht. Das ist ein Begriff, der vielleicht im 19. Jahrhundert vernünftig war. Wenn mir einer hier sagt, was Gemeinwohl ist, dann gehe ich glücklich von dieser Veranstaltung.

Was ist Gemeinwohl in einer individualistischen Gesellschaft? Der Politiker dient nicht dem Gemeinwohl, er will wiedergewählt werden. Der Unternehmer dient nicht dem Gemeinwohl, er muß für seine Firma Gewinn machen. Was wir tun müssen ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, daß das in einem verträglichen Maße passiert. Ich sage es noch härter: Mir sind Leute, die vorgeben, das Gemeinwohl zu verfolgen, sehr

verdächtig. Ideen haben bekanntlich mehr Menschen getötet als manche Technologie.

(12) Ein abschließender Punkt noch, der mir als wichtig erscheint, zum Thema Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben. Es wird nur mit zunehmender Lohndifferenzierung gehen, diese zu verringern. Sie zuzulassen ist eine Wertentscheidung. Zur Zeit verhindern wir das Absacken des Lohnniveaus, wie wir es in Amerika, in Japan und England erlebt haben, einfach dadurch, daß wir Mindestlöhne qua Tarifvertrag beziehungsweise Sozialhilfestandard, beziehungsweise Arbeitslosengeld und -hilfe setzen. Dies führt aber dazu, daß indirekt - das Imperium schlägt bekanntlich zurück - über die Lohnkosten die Kosten zu tragen sind. Die Frage ist, wie lange Unternehmen bei diesem Lohnkostenniveau arbeiten können, bevor wir durch Abwanderung von Betrieben vor die gleiche Konsequenz gestellt werden wie die Amerikaner, diesen Verfall der Löhne im Prinzip nämlich nicht aufzuhalten. Aber bis dahin sind die Unternehmen erst einmal weg. Aber ein Unternehmen, das investiert hat, bleibt erst einmal 20 Jahre am Standort - so flott sind sie nicht. Wenn sie weg sind, dann sind sie auf Dauer weg. Insofern glaube ich, es ist durchaus moralisch vertretbar zu sagen, wir lassen die Löhne verfallen, es wird 20 Prozent Betroffene geben. Den übrigen 80 Prozent der Beschäftigten geht es viel zu gut, als daß diese vor einer solchen Bedrohung stünden, wir konstatieren doch im Maschinenbau in Westdeutschland 20 Prozent Löhne über dem Tarif, weil dies die qualifizierten Arbeitnehmer einfach heraushandeln können. Es werden 20 Prozent betroffen sein. Es ist aber besser, daß die arbeiten und es ist nicht Schlechtes daran, wenn es Friseure und auch Schuhputzer gibt. In Madrid ist das ein Mann, der die Nachrichtenbörse an der Plaza kontrolliert.

Ich glaube, wenn wir dem, bei dem es nicht zum Leben reicht, aufgrund des Eintretens für ein menschenwürdiges Leben dann etwas obendrauf geben, und er hat eine sinnvolle Stellung in der Gesellschaft, dann haben wir alle gewonnen.

## Zu einigen Auswirkungen des neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptes der Kommission für Zukunftsfragen auf die Erwerbsmöglichkeiten und die soziale Situation der Frauen

Dr. Inge Baumgart

In dem vorgelegten Bericht der Zukunftskommission werden die Forschungsergebnisse vorwiegend geschlechtsneutral dargestellt. Frauen werden im allgemeinen nur dann ausdrücklich genannt, wenn es um ihr Erwerbsverhalten geht. Doch von den sozialökonomischen Auswirkungen der vorgeschlagenen Erneuerungsstrategie, die im Mittelpunkt der „Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage“ (Bericht, Teil III) steht, sind Frauen weit überproportional betroffen. In einer patriarchal geprägten Gesellschaft sind Frauen eindeutig durch ihr Geschlecht diskriminiert. Dadurch sind sie unter anderem in einer nach neoliberalen Grundsätzen organisierten Wirtschaft und Gesellschaft mehrheitlich nur eingeschränkt wettbewerbsfähig. Trotz gleicher Bildungs- und Berufsvoraussetzungen, Berufserfahrungen eingeschlossen, haben Frauen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz. Ihnen wird eine gleiche Leistungsfähigkeit wie einem Mann weitgehend von vornherein abgesprochen, unabhängig von den persönlichen Lebensumständen. In den neuen Bundesländern erstreckt sich der Verdrängungswettbewerb über alle Wirtschaftsbereiche. Es reicht vom verarbeitenden Gewerbe bis zu den Dienstleistungen. Nicht nur bei Banken und Versicherungen haben Männer viele Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt, auch im Handel, hier sank der Frauenanteil von 71 auf 56 Prozent, und sogar im Reinigungsgewerbe setzt sich dieser Prozeß fort.

Die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik hatten bereits in den alten Bundesländern die Entstehung einer Zwei-Drittel-Gesellschaft, die immer mehr zu einer Halbe-Halbe-Gesellschaft wird, nicht verhindert. Der sukzessive Sozialabbau der letzten Jahre hat die soziale Differenzierung beschleunigt, zu einer Polarisierung von Reichtum und Armut geführt, wobei Frauen besonders von Armutsrisiken betroffen

sind. Werden die Vorschläge der Zukunftskommission realisiert, ist dies das Ende des Sozialstaates.

Die Zukunftskommission stellt mit ihrem Bericht das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip zur Disposition. Anstelle der annähernd gleichmäßigen Förderung des Wohles aller Bürger, dazu zählen auch die Frauen, und der annähernd gleichmäßigen Verteilung der Lasten, wie es nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts das Sozialstaatsprinzip erfordert, wird als eine der Wirkungen der vorgeschlagenen Erneuerungsstrategie eine „wachsende materielle und immaterielle Ungleichheit“ ausdrücklich hervorgehoben. (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Bonn 1996, Teil III, S.23)

Es geht nicht nur um eine zunehmende Spreizung der Einkommen, die immer wieder als eine Voraussetzung für eine steigende Arbeitskräfte-nachfrage genannt wird, sondern es geht bei steigendem Einkommen einerseits um eine Absenkung des in Form der Sozialhilfe anerkannten Existenzminimums andererseits. Doch seit Jahren ist die Erhöhung der Sozialhilfessätze von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten abgekoppelt und die Teilhabe der Sozialhilfeempfänger am soziokulturellen Leben der Gesellschaft nicht mehr über die Bedarfssätze abgedeckt. Wenn in dem Bericht wiederholt darauf hingewiesen wird, „daß kein Erwerbstätiger tiefer als das Sozialhilfeniveau zu fallen braucht“ (Ebenda, S. 22), so muß im Kontext dazu gesehen werden, daß dieses Sozialhilfeniveau zugleich in Frage gestellt wird.

Das Sozialstaatsprinzip mit dem Ziel der gleichmäßigen Förderung des Wohles aller Bürger wurde aufgegeben. Wachsende soziale Ungleichheit wird nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern sie wird als unabdingbar angesehen. Schon heute sind in Thüringen mehr als drei Viertel aller Sozialhilfeempfänger Frauen und Kinder. Nach den Vorstellungen der Zukunftskommission soll deren Lebensstandard weiter abgesenkt, sollen weitere Bürgerinnen und Bürger, d.h. in der Realität vor allem Frauen, in Nicht-Normalarbeitsverhältnisse gedrängt und

damit in ihren Lebensbedingungen auf das abzusenkende Sozialhilfeniveau gedrückt werden.

Hinter dem geforderten Übergang von der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ „zur individuelleren unternehmerischen Wissensgesellschaft“ (Ebenda, S. 35) verbirgt sich nichts anderes als eine Absage an das Sozialstaatsprinzip, wie es über die soziale Marktwirtschaft, wenn auch mit immer mehr Abstrichen, zu realisieren versucht wurde. Einzig die Marktbedingungen haben über den „Preis für Arbeit“ (Ebenda, S. 17) zu entscheiden. Wörtlich heißt es: „Wo die Beschäftigung innerhalb kurzer Zeit verbessert werden soll, müssen die realen und oft sogar nominalen Arbeitseinkommen zum Teil deutlich verringert werden.“ (Ebenda) Da es in der Realität vor allem Frauen sind, die in Bereichen niedriger Produktivität arbeiten, in denen die Erwerbseinkommen schon jetzt unter dem Durchschnitt liegen, wären sie wiederum überdurchschnittlich von den avisierten Lohnkürzungen betroffen. Nach dem Mikrozensus erzielten 1995 in Thüringen 42 Prozent aller erwerbstätigen Frauen, aber lediglich 20 Prozent der erwerbstätigen Männer ein Nettoeinkommen unter 1.400 DM monatlich. Im Ergebnis der weiteren Deregulierung ist die Verantwortung für die Vermarktung seiner Arbeitskraft auf den Einzelnen zu verlagern, denn „das Leitbild der Zukunft ist das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsfürsorge“. (Ebenda, S. 35)

Der Bericht der Zukunftskommission betrachtet die Entwicklung des Arbeitsmarktes einseitig unter dem Aspekt, daß bei steigender Produktivität ein sinkendes Arbeitsvolumen zur Herstellung eines Bruttoinlandsproduktes gegebener Größe erforderlich ist. Die Tatsache, daß in Westdeutschland das Bruttoinlandsprodukt, das pro Arbeitsstunde erzeugt wird, heute mehr als doppelt so hoch ist, wie zu Beginn der 70er Jahre (Ebenda, S. 85), und dieses Wachstum zugleich nur linear erfolgte, wird als eine entscheidende Ursache für die seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre steigende Arbeitslosigkeit gesehen. Dieser reproduktionstheoretische Ansatz faßt meines Erachtens zu kurz. Der Ersatz von Arbeit durch Sachkapital und Wissen ist stets eingebettet in bestehende soziale Strukturen, die bei den aus dem Produktivitätsfortschritt resultierenden

Folgen, ihre Ambivalenz eingeschlossen, nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Es steht für mich die Frage: Was ist das Primäre – die Rendite des Kapitals oder der Bürger mit seinen Lebensbedingungen, die auch in den nächsten Jahren noch in enger Verbindung zur Erwerbsarbeit stehen werden?

Der von der Zukunftskommission vorgeschlagene Weg, Arbeitslosigkeit durch Ausweitung einfacher personenbezogener Dienste, verbunden mit einer Niedriglohnstrategie, durch die Stückelung von Erwerbsarbeit, die Ausdehnung geringfügiger Beschäftigung ausdrücklich einbezogen, sowie durch einen durchgängigen Sozialabbau zu reduzieren, würde dazu führen, daß für viele Arbeitnehmer, insbesondere für eine wachsende Zahl von Frauen, ein Bestreiten des Lebensunterhaltes durch Erwerbsarbeit nicht mehr möglich wäre. Diese Folge der Intensivierung des Wettbewerbs soll daher durch „die Verbreiterung der Vermögensgrundlage breiter Bevölkerungsschichten“ (Ebenda, S. 13) als zweiter Säule der Erneuerungsstrategie ergänzt werden. Die Frage ist allerdings, wie bei sinkenden und häufig nicht mehr existenzsichernden Löhnen Kapitalvermögen in einer solchen Größenordnung erworben werden kann, daß aus den daraus resultierenden Erträgen das Erwerbseinkommen so aufgestockt wird, daß Frauen mehrheitlich am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt sind. Eine Lösung dieses Problems wird nicht versucht. Auch die Idee der „Bürgerarbeit“ bietet hierfür keine Lösungsansätze.

Wird die von der Zukunftskommission vorgeschlagene Strategie umgesetzt, bedeutet dies, daß Frauen mehrheitlich nur noch in Niedriglohnbereichen Erwerbsarbeit finden und dieser Erwerbsarbeit vorwiegend keine Normarbeitsverhältnisse zugrunde liegen. Erwerbsarbeit ohne existenzsichernde Löhne bedeutet auch keine existenzsichernden Leistungen bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und im Alter. Armut trotz Erwerbsarbeit sowie Altersarmut sind damit für viele Frauen vorgeprogrammiert.

Daß schon heute viele Frauen ihrer Erwerbstätigkeit im Nicht-Normarbeitsverhältnis nachgehen, hat in den wenigsten Fällen etwas mit den Erwerbswünschen der Frauen zu tun. In Thüringen arbeiten von rund 480.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen rund 120.000, also ein Viertel, in Teilzeit. Zu den erwerbstätigen Frauen in Nicht-Normarbeitsverhältnissen gehören auch die Frauen, die zeitweilig in ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen beschäftigt sind, die in befristeten Arbeitsverhältnissen auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sind sowie die geringfügig beschäftigten Frauen. Für Thüringen beläuft sich die Zahl letzterer auf ca. 70.000. Damit arbeitet schon jetzt etwa die Hälfte der erwerbstätigen Frauen in einem Nicht-Normarbeitsverhältnis. Aber rund 50 Prozent der Frauen, die einer Teilzeitarbeit nachgehen, würden lieber eine Vollzeitbeschäftigung ausüben. Der Anteil der Teilzeitarbeit suchenden Frauen betrug in Thüringen im Januar dieses Jahres 2,8 Prozent.

Teilzeit ist für viele Frauen in den neuen Bundesländern Zwangsteilzeit, d.h., die einzige Möglichkeit, einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nachzugehen. Eine geringfügige Beschäftigung ist für Frauen im erwerbsfähigen Alter im allgemeinen der Arbeitsmarktsituation und nicht der eigenen freien Entscheidung geschuldet. Diese Frauen fühlen sich auch trotz einer geringfügigen Beschäftigung arbeitslos.

Folglich geht die Orientierung der Zukunftskommission, durch Ausdehnung von Teilzeitarbeit mit einer kleineren Stückelung der Erwerbsarbeit bis hin zur geringfügigen Beschäftigung Arbeitslosigkeit zu reduzieren, an der Realität und den Erwerbsvorstellungen von Frauen mehrheitlich vorbei. Das gilt selbst dann, wenn Frauen, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe haben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt hoffnungslos sind, resignieren und sich nicht mehr beim Arbeitsamt registrieren lassen.

Die Strategie der Zukunftskommission zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Beschäftigungslage ist nicht nur hinsichtlich der Sozialstaatlichkeit nicht grundgesetzkonform, sondern sie verstößt auch gegen das Gleichberechtigungsgebot von Frauen und Männern. Da Frauen aus objektiven und subjektiven Gründen im Wett-

bewerb um das knappe Gut Arbeit benachteiligt sind, werden, wenn die Vorschläge der Zukunftskommission realisiert werden sollten, für Frauen noch ausgeprägter als bisher Nicht-Normarbeitsplätze mit den skizzierten Folgen dominieren. Die prognostizierte Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit ist immer mit der Aussage verbunden, daß unter solchen Bedingungen mit einem Rückgang der Erwerbsneigung von Frauen zu rechnen ist. Aber nach dem Mikrozensus für Thüringen beläuft sich die Erwerbsneigung der 30 bis 50jährigen Frauen auf 95 Prozent, für die zwischen 15 und 60 Jahren auf 80 Prozent. Dieses Ergebnis wie auch das tägliche Verhalten der Frauen auf dem Arbeitsmarkt veranlaßte Politiker in Thüringen dazu, von einer „unge-sunden Erwerbsneigung“ der Frauen zu sprechen. Wenn auch Veränderungen im Erwerbsverhalten von Frauen nicht auszuschließen und insbesondere bei jungen Frauen auch nachweisbar sind, ist mit einem schnellen Rückgang der Erwerbsneigung nicht zu rechnen.

Solche Hoffnungen liegen fern ab von den Lebensvorstellungen von Frauen hier und heute und auch morgen. Die Erwerbsvorstellungen der heranwachsenden jungen Mädchen und Frauen sind trotz verschlechterter Chancen in der Berufsausbildung stark durch das Erwerbsverhalten ihrer Mütter geprägt. Sie wollen einen Beruf erlernen und diesen auch ausüben. Vorschläge, wie sie von Seiten der Regierung Sachsens unterbreitet wurden und werden, Frauen über ein Erziehungsgehalt den Rückzug vom Arbeitsmarkt finanziell zu versüßen, werden mehrheitlich als staatlich initiiertes Versuchen verstanden, Frauen dauerhaft vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Sicher würden bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage auch junge Frauen nach diesem Strohhalm Erziehungsgehalt greifen, eine grundlegende Veränderung des Erwerbsverhaltens ist aber dadurch nicht zu erwarten.

Die erst nach jahrzehntelangem Ringen in das Grundgesetz, Artikel 3, aufgenommene Einfügung: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“, verbinden Frauen auch mit dem Anspruch einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben. Dem wird weder mit Nicht-Normarbeitsverhältnissen, noch mit einem Erziehungsgehalt Rechnung getragen. Die gleichberechtigte Teilhabe von

Frauen am Erwerbsleben ist gegenwärtig und auch in der näheren Zukunft nur über vom Staat gesetzte Regulierungsmechanismen zu erreichen.

Ist das für die Existenz und Entwicklung der Bundesrepublik erforderliche Arbeitsvolumen aufgrund steigender Produktivität auch rückläufig, so resultiert aus den Reproduktionsbedingungen keinesfalls die Art und Weise der Verteilung dieses Arbeitsvolumens. Für die Mitglieder der Zukunftskommission ist nur die eine, von mir lediglich kurz skizzierte Variante denkbar. Nicht einmal modelltheoretisch werden andere Verteilungsmöglichkeiten in Betracht gezogen. Vielmehr heißt es ausdrücklich in Teil III, S. 143: „Die Kommission lehnt sowohl die pauschale Kürzung von Arbeitszeiten und Überstunden als auch eine generelle Verlängerung individueller Arbeitszeiten ab.“

Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V., seine Landesverbände und speziell die Arbeitsgruppe Frauenerwerbslosigkeit des Verbandes lehnen die Vorschläge der Zukunftskommission nachdrücklich ab.

### **Zu einigen Positionen unseres Verbandes zur Sicherung von Erwerbsmöglichkeiten und zur sozialen Situation von Frauen:**

In den folgenden Ausführungen beschränke ich mich auf die Problemkreise zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit, die besonders relevant für Frauen sind. Frauen können darüber hinaus generell an allen Maßnahmen zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit und der Entstehung von neuen Arbeitsplätzen partizipieren, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür gesetzt sind, das sei angemerkt, aber nicht ausgeführt. Daher wird auf Probleme wie öffentliche Investitionen, Wirtschafts- und Strukturförderung, regionale Wirtschaftskreisläufe u.a. an dieser Stelle nicht eingegangen.

Nur soviel: Die Vergabe von Fördermitteln sollte grundsätzlich auch an die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen gebunden werden.

## 1. Neuverteilung von Arbeit

Ausgehend von der Prämisse einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit und der für die Existenz der Gesellschaft erforderlichen unbezahlten Reproduktionsarbeit, d.h. der familialen Arbeit im umfassenden Sinne, erachtet unser Verband vor allem eine radikale Reduzierung der tariflichen Arbeitszeit, sei es als Wochen-, Jahres- und/oder Lebensarbeitszeit, als einen entscheidenden Schritt, nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit, und zwar als bezahlte und unbezahlte Arbeit, neu zu verteilen. Bedingung ist, daß durch die Erwerbsarbeit ein existenzsicherndes Einkommen erzielt wird. Daß bei einer radikalen Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit Erwerbsarbeit teilweise subventioniert werden muß, sei an dieser Stelle nur angemerkt, aber nicht ausgeführt. Im übrigen ist die Subventionierung von Arbeit durchaus tägliche Praxis in der Bundesrepublik. Erwerbsarbeit muß für alle Frauen und Männer, die es wünschen, realisierbar sein. Bei einer angenommenen wöchentlichen Arbeitszeit von zum Beispiel 25 oder 30 Stunden entfällt weitgehend die Notwendigkeit, einfache personenbezogene Dienste als Lohnarbeit anzubieten, was nicht bedeutet, daß es im personenbezogenen Dienstleistungsbereich nicht möglich wäre, das bisherige Leistungsspektrum auszudehnen.

Eine solche Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit für beide Geschlechter würde es Frauen und Männern ermöglichen, auch die in der Familie einschließlich der Kindererziehung anfallende unbezahlte Arbeit in gleicher Weise zu verrichten. Unter der Voraussetzung dieser drastisch reduzierten tariflichen Arbeitszeit wäre auch die volle gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben faktisch für alle Frauen, die es wünschen, möglich. Schon heute arbeiten teilzeitbeschäftigte Frauen in den neuen Bundesländern mehrheitlich zwischen 25 und 30 Stunden. Teilzeit ist im Osten im Selbstverständnis der Frauen keine Halbtagsbeschäftigung. Gerade in diesen Tagen hat auch der DGB die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche erhoben. Damit dürfte eine neue Runde zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen eingeleitet sein.

## **2. Abbau von Überstunden**

Die Entwicklung der tariflichen Arbeitszeit in der Bundesrepublik zeigt aber, daß schon deren geringfügige Verkürzung ein langwieriger und schwieriger Prozeß ist. Selbst eine Reduzierung von Überstunden auf einen aus betriebsorganisatorischen Gründen erforderlichen Umfang konnte bisher nicht durchgesetzt werden. Insbesondere für Frauen mit Kindern können ständig geforderte Überstunden bewirken, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht mehr gegeben ist. Ein erster bescheidener Schritt für das Entstehen neuer oder den Erhalt bestehender Arbeitsplätze könnte im Abbau von Überstunden bestehen, der für Frauen, wie genannt, zugleich die allgemeinen Bedingungen für ihre Erwerbstätigkeit verbessern würde.

## **3. Erschließen neuer Felder der Erwerbsarbeit und öffentlich geförderter Beschäftigungssektor**

Die Arbeitsmarktsituation gerade auch für Frauen läßt sich auch durch die Erschließung neuer Felder der Erwerbsarbeit verbessern, allerdings nicht auf dem von der Kommission angedachten Weg einfacher personenbezogener Dienste. In der Sozialarbeit im weitesten Sinne, in der Kultur, im ökologischen Bereich, in der Infrastruktur besteht ein hoher Bedarf an sehr unterschiedlicher, aber weitgehend qualifizierter Erwerbsarbeit. Sie wird nur begrenzt über den zweiten Arbeitsmarkt von ABM-Kräften und nach § 249h AfG Beschäftigten geleistet, weil sie für privates Unternehmertum nicht attraktiv, da nicht gewinnbringend ist. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungsmarkt kann die Basis für die Erschließung dieser im Interesse der Gesellschaft insgesamt wie ihrer Bürger liegenden Erwerbsfelder bilden. Damit wäre ein wichtiger Schritt zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit insgesamt und von Frauenarbeitslosigkeit im besonderen getan. Bisher arbeitslose Frauen könnten bei tariflicher Absicherung ihren Lebensunterhalt wieder selbst bestreiten. Statt der weit verbreiteten Perspektivlosigkeit ergäbe sich daraus für viele Frauen eine neue Lebensqualität.

In Thüringen sind im Bereich der Schuldnerberatung und der Kinder- und Jugendarbeit erste Feststellen entstanden. Doch für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor müssen die Weichen auf Bundesebene gestellt werden.

#### **4. Erhalt und Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes, Korrektur der Arbeitsmarktpolitik**

In der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation, in der immer noch mehr Arbeitsplätze wegbrechen als neue entstehen und Arbeitslosigkeit ein bisher in der Bundesrepublik einmaliges Ausmaß angenommen hat, sind aber auch Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit erforderlich, die sofort greifen. Dazu gehört vor allem, wenn auch nicht allein, der Erhalt des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes und seine Rückführung auf ein Niveau, das der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt angemessen ist. In Thüringen ist die Zahl der ABM-Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um fast 60 Prozent zurückgegangen. Ähnlich hoch ist auch der Rückgang bei den Teilnehmern beruflicher Bildung. In beiden Bereichen entsprach der Anteil der Frauen ihrem Anteil an den Arbeitslosen oder lag sogar leicht darüber. Folglich haben die Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik besonders Frauen betroffen, deren Hoffnung auf einen Arbeitsplatz sich nicht selten einzig durch eine ABM realisierte.

Zum Erhalt der beruflichen Qualifikation von Frauen ist nach spätestens einjähriger Arbeitslosigkeit ein Anspruch auf berufliche Weiterbildung mit einem hohen Praxisanteil zu garantieren. Dieser Anspruch muß sich immer wieder erneuern, bis die Frau einen regulären Arbeitsplatz gefunden hat. Um Frauen wieder in größerem Maße einen eigenständigen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen zu ermöglichen, bedarf es einer Umkehr in der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik.

In Thüringen waren im Januar dieses Jahres rund jeder fünfte Mann und jede vierte Frau als arbeitslos registriert, das ist mehr als eine viertel Million Menschen. Bei einem solchen Ausmaß von Arbeitslosigkeit, und das nicht nur in Thüringen, sondern in der gesamten Bundesrepublik mit

rund 5 Millionen registrierten Arbeitslosen, ist es eine Illusion, daß Arbeitslosigkeit kurzfristig abzubauen ist. Daher ist als ein erster Schritt eine grundlegende Korrektur der Arbeitsmarktpolitik, wie sie mit dem SGB III seit dem Januar diesen Jahres festgeschrieben ist, erforderlich. Der vor ca. zwei Jahren von der SPD vorgelegte Entwurf eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes enthielt eine Vielzahl von Festlegungen, mit denen einer Ausgrenzung von Arbeitslosen aus dem Erwerbsleben für immer, wie es mit jedem Tag für mehr Arbeitslose Realität wird, entgegengewirkt werden könnte.

Die jetzige bundesdeutsche Arbeitsmarktpolitik ist kontraproduktiv. Nicht zuletzt entzieht sie immer mehr Frauen eine eigenständige durch Erwerbsarbeit gesicherte Existenzgrundlage und macht sie von öffentlichen Transferleistungen oder vom Lebenspartner, den Kindern oder Eltern abhängig.

Im Interesse der Lebensqualität von Frauen, die nicht unwesentlich von ihren Zugangsmöglichkeiten zu wirtschaftlichen Ressourcen bestimmt wird, braucht die Bundesrepublik eine andere Politik. Die jüngsten Aktionen von Arbeitslosen deuten an, daß auch Frauen gewillt sind, für eine solche Änderung einzutreten.

### **Margrit Zauner**

Ich stimme Herrn Prof. Blum zu, daß die auf der Arbeitskraft liegenden Kosten und speziell auch die Lohnnebenkosten zu hoch sind. Aber, warum ist das so? Liegt das an der einzelnen Arbeitskraft? Oder haben wir ein System, in dem die Lasten ungleich verteilt werden und es immer mehr Möglichkeiten gibt, sich aus der solidarischen Verantwortung auszuschließen? Wäre es nicht auch ein Weg, dieses darüber zu regeln, daß durch eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten Kosten entzerrt werden? Ich nenne hierfür nur einige Stichworte:

Erstens: Sozialversicherung ausweiten, mehr Menschen in die Sozialversicherung einbeziehen, auch mit Beiträgen, und dafür zu sorgen, daß

die sozialen Lasten, die die Gesellschaft treffen, auch von allen gleichermaßen bezahlt werden.

Zweitens: Wieso werfen Sie es Menschen vor, wenn sie den Erfolgskurs der Wirtschaft für sich privat umsetzen? Im Bereich der Unternehmen erleben wir das Erfolgsmodell „Risiken sozialisieren und Erfolge privatisieren“ zur Zeit in sehr überreichem Maße. Im Zuge von sozialverträglichem Sozialabbau wird zum Beispiel dafür gesorgt, die ausscheidenden Mitarbeiter oder die Mitarbeiterinnen über das Arbeitsamt zu finanzieren. Unternehmenserfolge wirken dann eher in anderen Teilen der Unternehmensstrukturen.

Drittens: Wir sollten durchaus auch schauen, was in anderen Kulturen erfolgreich ist, können dieses aber nicht einfach übertragen, zum Beispiel sind amerikanische Modelle von Bürgerbeteiligung nicht einfach auf eine Kultur hier zu übertragen, und nenne hier nur das Problem, Westkultur auf Ostkultur zu übertragen. Da haben wir eine ganze Menge an Erfahrung, was alles nicht geht. Darum bin ich skeptisch, wenn mir etwas als das große Erfolgsmodell verkauft werden soll.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, unter welchen Rahmenbedingungen diese Modelle entwickelt wurden, was wir für unsere Verhältnisse hier daraus lernen können und wie wir andere Modelle der Teilhabe finden können. Wir haben in Europa ein anderes, durchaus auch an den ökonomischen Daten ablesbar, sehr erfolgreiches Modell, das mehr auf Partnerschaft der Beteiligten abzielt. Dieses Modell wird immer mehr unterwandert. Wir müssen einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln, um wieder zu einer gleichberechtigten Teilhabe zu finden.

Die kritischen Bemerkungen, mit denen hier das VW-Modell kommentiert wurde, halte ich im übrigen für überzogen. Ich denke, daß wir bei VW ein unter spezifischen Rahmenbedingungen absolviertes erfolgreiches Modell haben, wie Arbeit gerecht unter Beschäftigten verteilt werden kann. Es gab die spannende Frage: Was macht der VW-Arbeiter am fünften Tag? Die Kolleginnen hatten dieses Problem nicht. Es müßte eher ein Männerlernprogramm eingeführt werden, um den Männern zu verdeutlichen, daß es nicht den Sinn des Lebens ausmacht, 60 Stunden

die Woche zu arbeiten. Im übrigen hat auch die Handwerkskammer in Wolfsburg illegalen Arbeitsverhältnissen entgegengewirkt. Dafür hat unser Rechtssystem Mittel und Wege.

## **Anna Damrat**

Die Spannbreite zwischen Bill Gates und Steffi Graf finde ich erheiternd. Guckt man sich die letzten Winterspiele an, ich habe heute früh in der Zeitung gelesen „Deutsche Skifahrer eine Lachnummer“, dann haben wir ja die allerbesten Aussichten.

Ich denke aber, daß das Ganze doch sehr ernsthaft ist. Ich meine, es handelt sich in der Tat um ein vom Grundsatz her neoliberales Wirtschaftsprogramm. Es schließt an diese Grenztheorien an, die schon oft zu Recht kritisiert worden sind. Bei der Frage der Minimierung von Lohn und der sich immer mehr verschlechternden Arbeitsverhältnisse haben wir gesehen, wohin das führt: In Großbritannien sind die Löhne unter der konservativen Regierung sehr wohl minimiert worden, aber dort hat das seltsamerweise kein besonderes Wirtschaftswachstum hervorgerufen. Alles das, was von der Thatcher-Regierung angekündigt worden ist, ist nicht eingetreten. Die Produktivität ist nicht gestiegen, sie ging weiter zurück und ist auch nicht in dem Maß vorhanden, wie in anderen europäischen Ländern. Die deutschen Lohnstückkosten liegen immer noch gut im Mittelfeld. Das wird von unterschiedlichsten Leuten bis hin zum industriell-eigenen Institut für Wirtschaftsforschung in Köln festgestellt. Nicht nur das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bezieht diese Position.

Weiterhin ist es ein Fehler, die Globalisierung als Form der Gesellschaft zu definieren, in der die Informationskosten überall gleich seien und demzufolge überall Industrien aufgebaut werden könnten. Dies ist alles nicht mehr der Fall. Entsprechende Vorhaben sind auch deshalb immer wieder fehlgeschlagen, weil es die entsprechenden Märkte in diesen Ländern nicht gibt. Das ist nicht nur die Frage, ob denen unser Polo auf einmal nicht mehr gefallen hat oder der Fiat Uno. Diverse Unterschiede kommen über die Währungsrelation dazu und spielen da eine sehr große

Rolle. Es geht hier also nicht nur um Elchtest und um schlechten oder guten Geschmack.

Sehr verärgert bin ich über die Darstellung der „Bürgerarbeit“. Hier handelt es sich im großen Maße um Sozialarbeiten, die eigentlich bezahlt werden müssen, die auch von qualitativ hochwertiger Arbeit gefüllt werden müssen, damit sie ordentlich gemacht werden.

Auch das DIW hat das noch einmal hinterfragt und die Position bezogen, daß wir die Nachfrage nach „Bürgerarbeit“ stärken müssen, hier aber nach richtig bezahlten öffentlichen Dienstleistungen, damit die Marktprozesse im Land selbst wieder stimuliert werden können.

Es geht um Mehrarbeit, um Stärken der Nachfrage und nicht um Schwächung der Arbeit. An die unternehmerische Wissensgesellschaft glaubt die Kommission offensichtlich selbst nicht so ganz. Ansonsten entfiere die Aussage, wir brauchen Vermögensbeteiligung, damit alle ein bißchen mehr vom Kuchen abbekommen, einmal ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, an die Kuchenvermehrungsstelle und an den Kuchen auf der Backstelle heranzukommen. Also ist es wohl doch eine Frage des Vermögens und nicht primär des Wissens.

#### **Dr. Christine Bergmann**

Mich hat es nicht gewundert, daß der Kommissionsbericht hier in Sachsen stärker diskutiert wird. Das eine oder andere in der Richtung hat man hier immer schon in Politik umzusetzen versucht. In anderen Ländern ist das ein Bericht neben anderen, ein interessanter Bericht, der sicher auch diskussionswürdig ist, aber auch nicht mehr. Hier in Sachsen muß man das wahrscheinlich anders sehen. Ich habe einige Einzelfragen und dann komme ich noch einmal auf das Kernproblem.

Sie haben im Teil 3 gesagt, daß die Arbeit im Wert gesunken ist, und ziehen daraus Ihre Schlußfolgerungen. Aber wir haben in vielen Bereichen eine mächtige Produktivitätssteigerung, der die Löhne über-

haupt nicht folgen. Die pauschale Schlußfolgerung, daß man über Lohnsenkung alles regeln kann, stimmt nicht.

Der nächste Punkt: Wir haben uns auch mit der Globalisierung auseinandergesetzt. Sie sprachen an, daß dieser Begriff in der Politik falsch verstanden wird, der Meinung bin ich auch. Im Moment hält die Globalisierung als politische Keule für die Rechtfertigung jeden Mißstands her.

Wo liegen eigentlich die politischen Versäumnisse der letzten Jahre. Was hätte man tun können? Inwieweit hat sich die Kommission mit der Frage nach den Ursachen der Massenarbeitslosigkeit auseinandergesetzt. Da geht es doch nicht nur um die Strukturprobleme. Es ist nichts passiert, das zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit beitragen hätte. Es liegen Vorschläge auf dem Tisch: Wir haben auch in Berlin dazu beigetragen mit IAB, mit Konzepten, Strategien oder Strategiebündeln. Wir haben Nachbarländer, die uns in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einiges vorgemacht haben. Wir sollten das Thema etwas von der allgemeinen Globalisierung entkoppeln.

Das für mich wichtige Thema, ich sprach es schon an, ist die Arbeitszeitreduzierung. Sie sagen in Ihrem Bericht, daß die Einführung von mehr Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung im Endeffekt mehr Beschäftigung bringe. In der Debatte um die geringfügige Beschäftigung haben wir festgestellt, wie derartige Beschäftigungsverhältnisse, einschließlich von Formen der Scheinselbständigkeit, die Sicherungssysteme belasten und damit Arbeit auch wieder verteuern. Das ist etwas, was die Unternehmer nicht hören mögen. Dabei sind sie selbst auch die Leidtragenden, wenn die Beitragssätze steigen, sie bezahlen diese ebenso wie die Arbeitnehmer mit.

Ein genereller Ansatz ist notwendig, der all das zusammenfaßt: Die Wunscharbeitszeit der Frauen liegt bei ungefähr 30 Stunden hieß es in der Diskussion, die der Männer um 10 Stunden darüber. Wir haben natürlich die tarifliche Arbeitszeit, die der Männerarbeitszeit entspricht. Das Thema ist in Ihrem Bericht nicht opportun. Sie sagen: Arbeitszeitreduzierung nur, wenn sie alle unbedingt wollen. Aber ich denke, daß uns dieses Vorgehen nicht weiter bringt.

Ich komme zum Schluß. „Bürgerarbeit“ halte ich auch nicht für ein Mittel zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit. Das Thema „Bürgerarbeit“ ist wichtig, aber unter anderen Gesichtspunkten: Wir sagen immer, wir haben nur ein begrenztes Volumen bezahlbarer Arbeit. Aber wir wissen, daß wir darüber hinaus sehr viel Arbeit haben. Ich frage mich: Wie können wir sozialer Kälte entgegenwirken, und wie können wir die notwendig zu leistende soziale Arbeit auf die Menschen verteilen, die bereit sind, diese zu leisten? Warum gestalten wir den tertiären Arbeitsplatz nicht richtig aus? Es geht darum, wie wir diese Arbeit bezahlbar machen können. Zu sagen, damit ihr etwas zu tun bekommt, gibt es noch die „Bürgerarbeit“, diskreditiert diese Arbeit. Das halte ich vom Ansatz her für falsch.

### **Prof. Dr. Ulrich Blum**

Aus meinem Herzen heraus stimme ich mit Ihnen in vielen Dingen überein. Nur es geht einfach nicht mehr. Die Welt hat sich außen geändert. Und wenn die internationale Forderung auf Zinsen ein gewisses Niveau hat, dann können die Leute nicht erzwingen, ihr Kapital hier in Deutschland zu investieren, wenn hier der Zins geringer ist. Das ist ein einfacher Punkt, das bitte ich zu beachten. Wir haben dadurch, daß der Stacheldraht weg ist, einen viel größeren Markt bekommen. 1,5 Mrd. Leute sind bereit, mit relativ geringen Investitionen eine hohe Kapitalproduktivität zu erzeugen. Diese sind nicht einfach wegzudiskutieren. Das heißt, die Lage hat sich wirklich verändert.

Lohnsenkungen auf Dauer führen außenwirtschaftlich zu einer Aufwertung der Währung und damit zu einem Sinken der Preise. Das ist eine Verzögerung, aber man kann nicht ständig eine völlige Lohnsenkungsstrategie erzeugen und die Preise am internationalen Absatzmarkt ständig senken, ohne daß es zu einer Aufwertungsstrategie der ganzen Währung kommt.

Je mehr Arbeitnehmer sich um eine Stelle bemühen, desto mehr wird der Lohn sinken. Je mehr Videorecorder angeboten werden, desto günstiger ist der Preis des Videorecorders. Ersteres ist traurig, Zweites ist schön,

aber beides ist eben so. Jahrelang verdienten Informatiker einen Monopollohn auf dem Arbeitsmarkt. Mit diesem Preis hätten wir nie den Fortschritt in der Wirtschaft erzielt. Inzwischen ist aber der Preis für Diplom-Informatiker am Arbeitsmarkt gefallen. Der Berufsanfänger erhält nicht 50 Prozent mehr als der Facharbeiter, sondern nur noch 10 Prozent mehr. Aber das ist auch ein Teil von Wettbewerb. Produkte müssen verkauft werden, und das regelt, was an Lohn gegeben werden kann. Sie entscheiden jeden Tage darüber, welcher Arbeitsplatz wo in der Welt erhalten wird. Darauf möchte ich einfach noch einmal hinweisen. Sie können niemanden zwingen, ein ganz bestimmtes Produkt zu kaufen.

Heute zu streiken, auf die Straße zu gehen - Sie können das tun - das ist ein Streik gegen sich selber. Sie können niemanden zwingen, Ihnen Arbeit zu geben. Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, daß ein Streik allenfalls dazu verhilft, eine Befindlichkeit loswerden, ich halte das auch manchmal für wichtig, daß man das tut, aber Sie können niemanden zwingen, Ihnen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Und auch der Staat kann es nicht. Denn der Staat lebt von Steuereinnahmen, die irgendwo erzeugt werden sollen.

Zu den geringfügig Beschäftigten: Ich halte es für durchaus erwägenswert, die Sozialversicherungspflicht auszudehnen, darüber kann man reden. Das Problem ist nur, daß Sie dann für die Zeit in 30 oder in 20 Jahren neue Anspruchsvoraussetzungen begründen. Es gibt viele Leute, die von einer solchen Sache profitieren, weil sie sich nämlich als bisher privat Versicherte sehr günstig in der Sozialversicherung mitversichern können.

Die Kommission hat einen ganz radikalen Schritt gewagt und hat aus dem genannten Grund eine mehrwertsteuerfinanzierte Grundsicherung vorgeschlagen. Das hat uns überall Ärger eingebracht. Das vertritt übrigens Ministerpräsident Biedenkopf, Ministerpräsident Stoiber aber nicht und Herr Kohl ohnehin nicht.

Wir können auch nicht überall kontrollieren, ob die Leute, deren Arbeitszeit reduziert wurde, sich daran halten oder nebenher noch etwas anderes machen. Diese Strafen sind annähernd zwecklos, wenn Sie sich

einmal anschauen, welche brachialen Strafen gegen Schwarzarbeit im Bau inzwischen in Berlin oder in Hessen angewendet werden. Das Risiko ist, bezogen auf die Strafhöhe, offensichtlich trotzdem immer noch lohnenswert.

### **Dr. Christine Bergmann**

Weil wir keine Generalunternehmerhaftung haben. Wir haben natürlich das Problem, daß es weniger Anbieter gibt, weil die Haftungskosten zu hoch sind. Dann gehen natürlich die Preise nach oben. Es sollte jeder darüber nachdenken, wenn die Wohnungsbaupreise steigen, steigen auch irgendwann die Mieten. Das ist ein interdependentes System. Das ist nicht in den Griff zu bekommen.

### **Prof. Dr. Ulrich Blum**

„Bürgerarbeit“ ist kein Alleinheilmittel und keine Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger. Sie wird freiwillig von Leuten, die etwas tun wollen, verrichtet. Das ist ein vergleichsweise kleiner Teil. Aber man sollte auch damit einmal experimentieren.

Produktivitätssteigerung versus Lohnsteigerung: Die Durchschnittsproduktivität in Deutschland ist gestiegen, aber die Verteilung zugunsten der Arbeit hat abgenommen. Zu behaupten, das sei keine politische Entscheidung, sondern eine Entscheidung, die auf dem Weltmarkt fällt, das ist eine Glaubenssache. Ich würde Ihnen nicht empfehlen, wenn Sie die Wahl gewinnen wollen, damit zu experimentieren. Wenn Sie in der Öffentlichkeit erklären, daß Sie auf die Verteilungsquote zwischen Lohn und Kapital in Deutschland Einfluß nehmen wollen, dann grauen Sie die Investoren heraus. Das ist meine ganz persönliche Empfehlung, weil ich durchaus auch für politischen Wettbewerb bin.

Sie haben gesagt: Globalisierung ist die Keule, sie ist nicht die Ursache. Paul Krugman hat das einmal für Amerika ausgerechnet und ist auf vielleicht 200.000 Arbeitsplätze, die in Amerika zusammengebrochen sind, gekommen. Viel schlimmer ist, daß wir ein Steuersystem besitzen,

das unserem Land nicht gemäß ist. Wir hätten vor 20 bis 25 Jahren bereits anfangen müssen, unser Abgabensystem zu ändern.

Was Sie hier nun in Ostdeutschland haben, stellt eine Erblast aus dem Westen dar. Man war in den 70er und in den 80er Jahren nicht bereit, hier relevante Reformen anzugehen. Natürlich gibt es die Steuer-Scheuentore. Gehen Sie nach Dresden, wo ich herkomme, da sehen Sie ein Drittel Leerstand im Bürobau. Dahinter stehen sehr viele westdeutsche Anleger - das wird Geld kosten - auch in Berlin. Aber es hat einen irren Vorteil, wir haben die Städte in einer Zeit saniert, wo jeder glaubte, das funktioniert noch.

Irgendwann werden die Preise im gewerblichen Bereich so drastisch sinken, und dies wird zu einer solchen Kostenreduzierung auch im Angebot führen, daß es sich dann lohnt, diese Gebäude zu nutzen, und aus den Baracken und der Verwaltungsplatte herauszugehen. Ich behaupte, der Verlust dieser Strategie liegt eher beim Westen als beim Osten. Über Büroleerstand zu klagen wird in drei Jahren in Ostdeutschland kein Thema mehr sein, weil dann nämlich die Büros dann nicht mehr für 60 Mark, sondern für 20 Mark vermietet werden. Ich glaube, für die Steuerbasis in Westdeutschland ist das schwierig, für die Städte im Osten aber nicht schlecht.

Letzter Punkt: Volumen der bezahlbaren Arbeit. Wenn die Löhne sinken, können wir mehr Arbeit bezahlen. Die Frage ist nur: Wie machen wir das? Wenn ich hingegen alle Kosten auf die Löhne draufsattele, dann steigen die Reallöhne netto nicht mehr, brutto expandierten sie irrsinnig - in den letzten zehn Jahren um etwa 50 Punkte.

Einwurf: „Die Nettolöhne sind aber gesunken!“

Aber genau das interessiert den Unternehmer nicht. Der Unternehmer zahlt die Brutto-Lohnkosten. Wir werden uns Gedanken machen müssen, weil dieses Abgabensystem teilweise unter grundgesetzlichem Schutz wegen Art. 14 des Grundgesetzes steht. In Karlsruhe wurde in den 80er Jahren ein Urteil gefällt, demzufolge die Eigenleistungen an der Rentenversicherung Eigentumsqualität genießen. Damit verfügen

wir über sehr wenig Änderungsmöglichkeiten im System. Wir müssten im Prinzip eine wirkliche Strukturänderung machen. Aber wir werden die Altansprüche nicht mehr los.

Das heißt also, je früher wir bei dieser Sache ein phase-in mit einem neuen System durchführen und die alten Ansprüche langsam auswachsen lassen, desto besser ist es für uns alle. Es wird immer schwierig sein, dies zu bezahlen, aber es wird nicht billiger.

## C: Frauen und kulturelle Definitionsmacht – Über den Einfluß der Frauen auf unsere Kultur

Katrin Rohnstock

Es tut mir leid, daß es schon so spät ist. Ich glaube, wir sind alle schon ein bißchen erschöpft für ein so umfangliches Thema wie „Die kulturelle Definitionsmacht von Frauen, natürlich insbesondere von ostdeutschen Frauen“.

Es wurde schon gesagt, ich bin Publizistin, ich bin keine Soziologin und erst recht keine Expertin für Gesellschaftsanalyse. Ich beobachte soziologische Forschung, mache aber selbst keine Untersuchungen. Dementsprechend kann mein Beitrag nur ein ganz subjektiver Blick sein, der freilich immer versucht, die aktuellen Debatten mit aufzunehmen.

Zunächst will ich das Thema kurz umreißen, um dann einige relevante Aspekte für die hiesige Diskussion herauszugreifen. Das Thema „Kulturelle Definitionsmacht“ impliziert die Frage, inwieweit ostdeutsche Frauen Alltagskultur prägen, das heißt, wo weiblicher Einfluß im Alltagsleben geltend gemacht werden kann. Dafür sind vier Einflußbereiche interessant:

1. Die Arbeitswelt - und das steht bei mir nicht umsonst an erster Stelle.
2. Die Politik
3. Das Bildungssystem
4. Die Familie

Es ist danach zu fragen, welche Trends es generell gibt, welche aus emanzipatorischer Frauensicht unterstützenswert erscheinen und welche Möglichkeiten der Einflußnahme wir haben. Die kulturelle Definitionsmacht liegt in der modernen Gesellschaft in den Zentren der kulturellen Entwicklung. Das heißt:

1. In den Städten, also keinesfalls auf dem Lande und in der ländlichen Lebensweise

2. in aufeinander folgenden Generationen, die Träger neuer Sichtweisen und neuer Handlungspraktiken sind, die in der Werbesprache so schön als Trendsetter bezeichnet werden und
3. liegt die kulturelle Definitionsmacht natürlich bei den Medien.

Aus Anlaß der Stellungnahme des frauenpolitischen Runden Tisches „Frauen und Erwerbsarbeit“ zum Bericht der Kommission, möchte ich aus den genannten weitreichenden Zusammenhängen folgende Aspekte näher beleuchten.

Zuvor möchte ich aber noch einmal etwas zur Stellung des Runden Tisches sagen: Ich war hochofregut über das Selbstbewußtsein, mit dem da Kritik angemeldet wird. Ich hatte das Gefühl, mir geht das Herz auf, weil sich hier Frauen gegen ein ihren Interessen zuwider laufendes Weltbild verwehren und ihre Stimme ganz entschieden zu Gehör bringen. Ich denke, daß daran unbedingt weitergearbeitet werden muß.

Nun zur Arbeitswelt: Die deutsche Gesellschaft ist in einen tiefgreifenden Wandel hineingerissen worden, der mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert vergleichbar ist. Der bayrisch-sächsischen Zukunftsanalyse nach wird es für die unteren zwei Drittel der Gesellschaft keine Erwerbsarbeit mehr geben. Sie werden miteinander um mindere Dienstleistungen konkurrieren - also der „Schuhputzer“ - und ansonsten von minimaler Sozialhilfe leben. Das ist logischerweise, wir haben es gehört, ein Konzept, mit dem sich ostdeutsche Frauen, aber auch Männer keinesfalls abfinden können, nicht nur aus Gerechtigkeitsempfinden, sondern auch, weil sie ohne nennenswerte Ersparnisse, ohne Besitz, also beispielsweise Immobilien oder zu erwartendes Erbe, zum überwiegenden Teil zu dieser Unterschicht gehören werden.

Die Frage nach der Erwerbsarbeit hat in den letzten Jahren wie kein anderes Thema die ostdeutschen Frauen beschäftigt. Hierin liegen die Möglichkeiten und Grenzen ihrer Selbstentfaltung und Teilhabe an der Gesellschaft, ja, man könnte sagen, daß die bedrohte Berufstätigkeit zum frauenpolitischen Sprengstoff wurde. Dies hat vor allem damit zu tun, daß der politische, soziale und wirtschaftliche Transformationsprozeß von Anfang an auch von dem Risiko begleitet war, daß Frauen ihre bis

dahin selbstverständliche finanzielle Unabhängigkeit, ihre Integration in die Arbeitswelt aufgeben, daß sie die Entwertung ihrer Qualifikation bis hin zum mehrfachen Verlust ihres Arbeitsplatzes hinnehmen mußten.

Die Themen Erwerbsarbeit und qualifizierte Berufstätigkeit, was heutzutage längst nicht immer das gleiche ist, haben die ostdeutschen Frauen gleichermaßen politisiert, wie den Kampf gegen den Paragraphen 218 die westdeutschen Frauen. In dieser Frage sind sich auch die meisten ostdeutschen Frauen einig. Wir haben es vorhin gehört.

Trotz des Imports massiver Ressentiments gegen weibliche Erwerbstätigkeit, wofür dieser Kommissionsbericht ein Exempel erster Güte ist, lassen sich ostdeutsche Frauen nicht von ihrem Erwerbswunsch abbringen. Neben der sozialpsychologischen Bedeutung von Berufstätigkeit, spielt auch der finanzielle Faktor eine entscheidende Rolle. Die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Frauen und Männer, ich muß es immer für beide gleichermaßen sagen, haben keinen Besitz und können nicht auf Ersparnisse zurückgreifen, das heißt, sie haben auch keine anderen Möglichkeiten, als durch Erwerbsarbeit oder staatliche Hilfen ihre Existenz zu sichern.

Zum Einflußbereich Familie: Der Widerstand ostdeutscher Frauen gegen das Herausdrängen aus der Erwerbstätigkeit hat auch eine familienpolitische Komponente. Er begründet sich in der Auffassung von Familie. Ostdeutsche Frauen wissen, daß das von ihnen bislang praktizierte Partnerschaftsmodell, wie Barbara Scheffer-Hegel das bezeichnet, das auf der beruflichen und finanziellen Selbständigkeit beider Partner beruht und die Teilung der Familienarbeit zur Folge hat, daß dieses Modell gefährdet ist, sobald die Frau erwerbslos wird.

Ostdeutsche Frauen widersetzen sich mehrheitlich einer gesellschaftlichen Struktur, die letztlich dazu führt, daß die Erziehung des Nachwuchses als, ich zitiere Platon, „wichtigste und vornehmste aller Staatsaufgaben“ wie ein privates Hobby der weiblichen Mitglieder der Gesellschaft behandelt wird. Die Familie als Erziehungsgemeinschaft, das ist wieder ein Begriff von Barbara Scheffer-Hegel, ernstzunehmen, bedeutet nicht nur, Erziehungsleistungen als öffentliche Leistung anzu-

erkennen und zu unterstützen, sondern auch, dafür zu sorgen, daß das Erziehungs- und Familienproblem nicht allein den Frauen überlassen ist, sondern durch einen entsprechenden Zuwachs an väterlicher Fürsorge und Zeit partnerschaftlich geteilt wird. Die Männer in Erziehungsaufgaben einzubeziehen, ist ein absoluter kultureller Fortschritt.

Der Bericht der Zukunftskommission benennt mehrfach das unflexible und unzeitgemäße Verhalten von Männern. Ich zitiere: „Aufgrund der Flexibilität von Frauen am Arbeitsmarkt und deren Erfahrungen in unsicheren Arbeitsverhältnissen gelingt es ihnen tendenziell besser als Männern, mit Arbeitslosigkeit zurechtzukommen. In dieser Hinsicht sind sie für die Zukunft eines dynamischen Arbeitsmarktes besser gerüstet als Männer. Männer halten am Ideal des Normalarbeitszeitverhältnisses fest.“ Wir teilen gern die Auffassung des Berichtes, daß Frauen die Pioniere einer zukünftigen Tätigkeitsgesellschaft sind. Wir können dem Bericht auch nur beipflichten, daß sich Frauen flexibler auf neue Verhältnisse einstellen und es Männern schlechter gelingt, mit Arbeitslosigkeit zurechtzukommen.

Wer aber hilft den Männern, die Modernisierung nachzuholen? Männer, so denke ich inzwischen, sollten unbedingt unterstützt werden, die knapper werdende Lohnarbeit als eine Chance für einen eigenen Lebensentwurf zu verstehen. Männer sollten die sozialen, emotionalen und Selbstbestimmungsqualitäten von Familienarbeit und von gemeinnütziger Arbeit in nachholender Modernisierung kennen und praktizieren lernen. Dieser Prozeß des Umlernens sollte von einer emanzipatorischen Männerpolitik angeregt und gelenkt werden. Das ist übrigens keine Idee von mir, sondern von Walter Holstein.

Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter lassen sich langfristig nur durchsetzen, wenn auch die Bedürfnisse der Männer berücksichtigt werden und damit ein Bewußtseinswandel bei ihnen einsetzen kann. Männerpolitik müßte flankierende Maßnahmen zur Erleichterung der Einarbeitung von Männern in ein partnerschaftliches Rollenverständnis entwickeln. Männerpolitik muß Männern die Vorteile der Gleichstellung erklären und für sie die damit verbundenen Lebensentwürfe attraktiv machen.

Zum Einflußbereich von Frauen auf die Politik: Wie lassen sich solche politischen Anliegen durchsetzen? Immer wieder wird beklagt, daß sich ostdeutsche Frauen zu wenig politisch engagieren, daß sie zu wenig in die Parteien gehen und ihre Stimmen zu selten lautstark einbringen. Diese Kritik geht jedoch von einem institutionell verengten Politikverständnis aus, das auf den traditionellen Politikbereich mit seinen bürgerlich-parlamentarischen Gremien und Verbänden begrenzt ist. Diese sind jedoch für Frauen unattraktiv, weil die Dinge, die verhandelt werden, und wie sie verhandelt werden, wenig oder nichts mit den unmittelbaren Lebenswelten von Frauen zu tun haben. Unmittelbare Lebenswelten heißt: Kinder und Beruf zu vereinbaren.

Die politische Kultur, die in diesen parlamentarischen Gremien herrscht, ist eine ausgesprochene Männerkultur, der sich Frauen nur sehr schwer unterziehen wollen. Versteht man aber unter politischem Handeln jede Form sozialorientierten Handelns, dem das Handeln einen überindividuellen Sinn gibt, so findet man bei ostdeutschen Frauen vielfältige Aktivitäten, in denen sie sich vorgesehenen Lebensmustern und Geschlechterrollenzuweisungen widersetzen. Man findet vielfältige Aktivitäten, wo sie nach neuen Konzepten und Ideen suchen und diese auch entwerfen. Welche politische Organisationsformen den Lebenswelten von ostdeutschen Frauen angemessen sind und zugleich die wirksame Durchsetzung ihrer Interessen ermöglichen, das ist allerdings die Frage, die unbedingt weiter diskutiert werden muß.

Ich denke, die frauenpolitischen Runden Tische beispielsweise haben sich bewährt. Es gibt sie in vielen größeren Städten, in Sachsen seit 1995, in Berlin seit 1990. Es gibt sogar auf dem Lande frauenpolitische Runde Tische. Es scheint so, daß es eine politische Form ist, die Frauen sehr gemäß ist, einfach weil sie sich nicht in Gesamtzusammenhänge integrieren müssen, weil es ein sachbezogenes Zusammentreffen ist und weil die Arbeit dort sehr ergebnisorientiert ist. Also anders als in den Parlamenten, wo stunden- und tagelang gefaselt wird.

Ich wollte noch einen Aspekt zu bedenken geben: Wenn ich mich politisch betätigen will, brauche ich Techniken, die mich ausrüsten, in einem

solchen Diskussionszusammenhang widerständig zu sein, mich überhaupt einzubringen zu können.

Welche Frauen in die Politik gehen oder welche Frauen in der Politik sind, für welche Frauen das überhaupt möglich ist, das wird von Bildung und Herkunft mitbestimmt. Es sind also Frauen, die einer bestimmten Herkunft, einem bestimmten Milieu und einer bestimmten Lebensgruppe zuzuordnen sind, und es sind vor allen Dingen auch Frauen eines bestimmten Alters. Es hat seinen Grund, daß in der Politik vor allem Frauen zu finden sind, die die Phase, in der sie kleine Kinder oder schulpflichtige Kinder hatten, hinter sich gelassen haben.

Soviel zu den parlamentarischen Zusammenhängen und zum frauenpolitischen Runden Tisch, einer Idee, von der ich denke, sie könnte für ostdeutsche Frauen funktionieren.

In übergreifenden frauenpolitischen Zusammenhängen, die ihre Tradition im Westen haben und in die neuen Länder exportiert wurden, herrscht das bekannte Machtgefälle. Zitat: „Verhältnis zwischen Ost- und Westfrauen ist, wie allgemein zwischen Ost und West, ein klares Macht- und Dominanzverhältnis“ (Christiane Schindler). „Die Reproduktion der Machtverhältnisse erfolgt durch den fortwährenden Ausschluß der Ostfrauen aus dem Diskurs. Die Themen werden vom Westen bestimmt und die Art ihrer Bearbeitung natürlich auch.“

Die westlichen Organisationen und Institutionen verfügen über die Finanzen. Sie entscheiden, wofür sie ausgegeben werden. Sie entscheiden beispielsweise auch über Forschungsgelder. Daraus folgt, daß nicht nur die Definitionsmacht über die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung im Westen liegt, sondern auch über das, was weibliche Realitäten zu DDR-Zeiten waren.

Ostdeutsche Frauen verfügen aus diesem Grunde über keine eigenen überregionalen Interessenvertretungen. Sie haben keine eigene überregionale Öffentlichkeit und keine Möglichkeiten zu kulturellen Selbstdarstellungen, mit denen sie sich gegenüber den machtvollen westdeutschen Organisationen, gemischtgeschlechtlich wie frauenpolitisch, be-

haupten könnten. Ostdeutsche - und das trifft auf Männer wieder genauso zu, wie auf Frauen - sind in jedem Fall die Abhängigen, sowohl finanziell als auch kulturell.

Neben den frauenpolitischen Runden Tischen, die ich als eine originäre, ostspezifische Politikform befürworte, gibt es jedoch noch Frauenprojekte als Orte spezifisch ostdeutscher Frauenidentität. Sie sind eine der wenigen Möglichkeiten für Frauen, selbstbestimmt tätig zu sein, eigene Konzepte zu entwickeln und entsprechend ihr Projekt zu profilieren. Einen Teil der Arbeit bekommen die Projekte als Erwerbsarbeit aus verschiedenen Töpfen finanziert, ein anderer Teil ist unbezahlt. Wir können nachher darüber diskutieren, ob diese Projekte eine Alternative sein könnten zur klassischen Arbeitswelt oder zum Modell der „Bürgerarbeit“, das uns hier präsentiert wurde.

In allen Frauenprojekten wird auch unbezahlte Arbeit geleistet, ehrenamtliche Arbeit also. Wie aber kann dieses Potential für die gesamte Gesellschaft nutzbar gemacht werden? Und ist dieses Potential relevant für ganz Deutschland, für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft überhaupt? Um das beurteilen zu können, muß man sich die Entwicklungstendenzen im Westen anschauen. Da gibt es Interessantes zu beobachten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung beispielsweise stellte fest, daß seit der deutschen Vereinigung die Erwerbswünsche von nicht beschäftigten Frauen in den alten Bundesländern verstärkt steigen. Wollte 1990 nur die Hälfte der nicht beschäftigten Frauen erwerbstätig sein, waren es 1994 bereits zwei Drittel. Dabei stieg vor allem der Erwerbswunsch von verheirateten Frauen, Müttern von kleinen Kindern und Berufsrückkehrerinnen. Ob diese Entwicklung mit einer Vorbildwirkung der ostdeutschen Frauen zu tun hat, sei dahingestellt. Das wissen wir nicht. Generell aber steigt in allen Industriestaaten der Welt die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere von Müttern. Es wäre also zu fragen, ob die Entwicklung in diesem Bereich generell in Richtung Osten geht?

**Dr. Gisela Schwarz**

Vor ca. 200 Jahren sagte ein Herr Seume, der im Haus Leipziger Altmarkt mit dem Türmchen gelebt hat und von dem bekannt ist, daß er Reisebeschreibungen schrieb, zum Beispiel den Spaziergang nach Syrakus, er wisse nicht, ob die Frauen so viel Vernunft hätten wie die Männer. Aber das wisse er, daß sie nicht so viel Unvernunft hätten.

Ganz kurz in Stichworten zu mir: Ich fühle mich auch nicht als Verliererin der deutschen Einheit. Ganz im Gegenteil, ich bin gleichfalls eine Quotenfrau, und das ist in Ordnung. Ich darf seit 1990 hauptamtlich Politik machen und das für Frauen. Ich glaube, ich tue es auch. Das Problem mit den Medien erlebe ich auf landespolitischer Ebene so: Frauenpolitik kommt so gut wie nicht vor. Die Ministerin für Gleichstellung in Sachsen hat Schlagzeilen, wenn sie sich für den Fußball in Dresden stark macht und weniger, wenn sie, wie in der letzten Plenarsitzung, behauptet, der Umbau im öffentlichen Dienst würde geschlechtsneutral ablaufen.

Der Runde Tisch „Frauen und Erwerbsarbeit“ ist eine Initiative des sächsischen Frauenforums. Das Sächsische Frauenforum ist dem Frauenrat anderer Länder vergleichbar. Aber wir sind in Sachsen auch stolz darauf, daß es eine andere Konstruktion ist, daß also nicht nur die großen Frauenverbände dort zusammengefaßt sind, sondern auch die kommunalen Fraueninitiativen dort im sächsischen Frauenforum ihren Platz haben. Man kann zu Netzwerken stehen, wie man will, dies ist ein Stück Frauennetzwerk, das - wie man sieht - gerade in dieser Initiative des Runden Tisches „Frauen und Erwerbsarbeit“ doch eine sehr positive Arbeit tut, die auch Aufmerksamkeit in den Medien erzielt und einiges erreicht hat.

Ich möchte aber den Runden Tisch in Sachsen nicht missen. Er ist letztlich auch aus einer gewissen Ohnmacht entstanden, aus der Ohnmacht heraus, daß kein Druck von ganz unten, von den betroffenen Frauen, da war und daß man über dieses Gremium versucht hat, Druck auf die herrschende Politik zu erzeugen. Es wurde Fabelhaftes geleistet, was eigentlich die Ministerin in der Staatskanzlei hätte leisten müssen, wichtige Projekte sind erarbeitet worden, die Aufgabe der Exekutive gewesen wären. Es konnte dann unter großen Mühen ein Minimum

dessen umgesetzt werden. Das Existenzgründerprogramm, speziell für Existenzgründerinnen, ist auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, auch nur ein 2,5 Millionen-Projekt, das über die Hausbank finanziert werden soll, letztendlich aber nicht einmal so durchgesetzt worden ist. Ich möchte wirklich diesen Druck von der Basis nicht missen, der mir auch im Landtag die Arbeit leichter macht, weil ich immer auf diese Frauen verweisen kann. Wenigstens habe ich immer Beispiele, was Frauen wollen.

Ich habe auf der politischen Klaviatur im Landtag alles, was Frauenpolitik will, durchgespielt, es ist im Grunde alles abgelehnt worden, bis auf vergleichsweise kleine Dinge. Aber ohne diesen Hintergrund würde es mir noch viel schwerer fallen, mich dort vehement zu Wort zu melden. Es ist natürlich auch die besondere politische Situation hier in Sachsen, das muß man berücksichtigen.

Die Netzwerkfunktion dieses Runden Tisches ist wieder eine andere Funktion, die auch sehr gut funktioniert. Das mag daran liegen, daß wir Quotierungen haben in den Parteien, daß das Klima sich verändert, je mehr Frauen in den Fraktionen sitzen. Es muß sich zwangsweise verändern. Wir lassen uns auch nicht mehr alles bieten von den Männern.

Auch bei uns denken die Männer manchmal, könnten wir diese Quote bloß abschaffen, aber sie trauen es sich nicht mehr, weil sie damit keine Akzeptanz finden. Da sind wir schon ein Stückchen weiter vorangekommen. Wenn mehr Frauen in Ausschüssen, in Gremien usw. sitzen würden, würde sich auch einiges an der Arbeitsweise, an den Möglichkeiten und an der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verändern. Das betrifft vor allem auch kommunale Parlamente. Wenn ich mir die Kreistage ansehe, ist es eine Katastrophe.

Der Bericht der Bayerisch/Sächsischen „Zukunftskommission“ wird gerade in Sachsen sehr intensiv diskutiert. Heute sind auch Frauen aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen hier. Ich glaube, dort hat dieser Bericht nicht diese Aufmerksamkeit gefunden, vielleicht stärker im Osten, mag sein. Ich habe zum Beispiel festgestellt, gerade in Bayern

ist er offensichtlich von weniger Interesse. Auch das vermittelt Einsichten.

Dieser Bericht - beziehungsweise diese drei Berichte - sind gerade in Sachsen auf die Aufmerksamkeit der Frauen gestoßen. Das hat sicherlich damit zu tun, daß sie sich betroffen fühlen, daß sie auch der Angriff auf den Sozialstaat besonders betroffen macht. Gerade sie brauchen diesen Sozialstaat vielleicht am meisten.

Noch einmal zum Verständnis: Die ersten beiden Berichte haben eher analytischen Charakter, während der dritte Bericht dann die Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage festhält, wie sie sich die „Zukunftskommission“ vorstellt. Kommissionsmitglieder, wenn ich das richtig sehe, gab es neun beziehungsweise zehn. Als sich die Kommission bildete, stellte Mann fest, daß keine Frau dabei war. Die „Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten“ in Sachsen hatte sich zu Wort gemeldet. Es kam dann noch Frau Dr. Edda Schiller dazu, so daß also zumindest eine Frau in der Kommission ist. Mit einer ostdeutschen Biographie sitzt allerdings niemand in der Kommission. Ansonsten glaube ich, hätte Mann sich sehr genau überlegt, ob er diesen Begriff Erwerbsneigung überhaupt benutzt hätte. Wir neigen nicht dazu, erwerbstätig zu sein, sondern wir sind es oder wollen es überwiegend sein.

Auch die Datenaufbereitung ist aus meiner Sicht sehr eindimensional und bereitet eigentlich nur das vor, was am Ende herauskommen soll. Diese Zukunftsvision „verheißt“ meiner Meinung nach die Dreiklassen-Gesellschaft, die sich aufspaltet in: eine gut verdienende Elite aus Technokraten und Unternehmern, das sind diejenigen, die dann über Wissen und Kapital verfügen, eine Klasse, die zwischen Selbständigkeit und unsicheren Arbeitsplätzen hin- und herlaviert, eine Schicht von Arbeitnehmern und Angestellten, die nur noch geringe soziale Leistungen in Anspruch nehmen können, Dienende, und eine dritte, überflüssige Klasse, die alimentiert werden muß.

Das Drei-Boote-Bild von Prof. Blum reizt natürlich meinen Widerspruch. Das sehe ich auch als eine Philosophie Ihrer „Wende“. Sie sagten, wir müssen diese Entwicklung in Kauf nehmen. Das ist nicht meine

Lebensphilosophie. Sie sagen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind so, und der Mensch muß sich anpassen, und dann wird es schon. Nein, ich muß die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ändern, damit menschenwürdige Rahmenbedingungen erhalten bleiben.

Lohnverzicht! Wissen Sie, wie die Realität ist, was unsere Erfahrungen sind? In Sachsen wird durchschnittlich am wenigsten verdient von allen ostdeutschen Ländern. Im Erzgebirge, wo ich herkomme, noch mal 20 Prozent weniger. Dort gibt es Stundenlöhne zwischen 1,00 und 11,00 Mark. Dort wird aufstockende Sozialhilfe bei Erwerbstätigkeit gebraucht. Dieser Lohnverzicht hat nicht zu mehr Arbeitsplätzen geführt, und das ist die Erfahrung, die wir mit solchen Vorschlägen in der Realität schon machen.

Einfache Dienste, ich habe hier ein Zitat: „Im Bereich der Kinderbetreuung besteht auch Beschäftigungspotential für einfache Dienstleister.“ Ist das unser Anspruch auf den Beruf einer Erzieherin und dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz? Ich glaube das entspricht einfach nicht den Realitäten, so wie wir sie hier kennen. Noch eines, weil Sie es auch wieder erwähnt haben: Anreize schaffen für eine Veränderung der Menschen oder daß sie sich verändern. Es steht ganz knallhart in Teil 2: Anreize zu schaffen für die Neigung zu einfacher oder körperlich sowie zeitlich belastender Erwerbsarbeit. Ich glaube, das ist doch ein Ergebnis unserer Kultur, daß wir davon weggekommen sind. Und nicht daß wir wieder dort hinkommen.

### **Katrin Rohnstock**

Ich bin offenbar mißverstanden worden, wenn zum Ausdruck kam, daß ich dagegen wäre, daß Frauen in Parlamenten sind, das Gegenteil ist der Fall. Ich habe nur darüber nachgedacht, warum der jahrelange Appell, mehr Frauen in die parlamentarische Politik, im Westen seit 20 bis 30 Jahren zu hören, im Osten seit 7 bis 8 Jahren, so wenig Wirkung zeigt. Beim Nachdenken darüber und bei der Beschäftigung mit dieser Frage, bin ich darauf gekommen, daß Frauen in Zeiten starker politischer

Bewegung, also beispielsweise 1989/90 die Aktiven waren. Sie waren mit auf der Straße, haben sich politisch engagiert.

Danach haben sie sich systematisch wieder zurückgezogen. Man muß sich doch fragen, ob das auch etwas mit politischen Organisationsformen zu tun hat. Die parlamentarischen Organisationsformen sind nicht so attraktiv, sie sind - ich sage es etwas überspitzt - geradezu frauenfeindlich. Welche Organisationsformen sind frauengemäßer? In dem Zusammenhang bin ich auch auf diese politischen Runden Tische gekommen, die erstaunlich gut funktionieren und offenbar eine praktikable Organisationsform darstellen, weil man nicht in allen Fragen einer Meinung sein muß, sondern ganz themen- und sachzentriert arbeitet. Ich strebe einen konstruktiven Umgang mit den Tatbeständen an. Ich möchte nachdenken, wie Frauen zu aktivieren sind, ohne auf überlebte Handlungsstrategien zu verweisen. Ich suche nach neuen, zeitgemäßen Organisationsformen.

Ich denke, das, was Sie zum Ausdruck gebracht haben, daß die parlamentarischen Frauen eine Basisverwurzelung brauchen, das können wir beispielsweise an den Runden Tischen sehen. Das ist keine Frage, es ist wichtig für die parlamentarischen Frauen, diesen Rückhalt zu haben.

### **Anna Damrat**

Dieser Frauenrückhalt ist ungeheuer wichtig. Er kann ganz unterschiedlicher Art sein. Einen Teil davon bilden die Runden Tische und ebenso die Projekte, da müssen Kontakte und Dialog gepflegt werden. Viele Frauen, die Frauenpolitik machen, haben früher in irgendeiner Weise auch in Frauenprojekten gearbeitet. Ich brauche diesen Rückhalt in der AsF auch nicht nur, weil ich jetzt in Berlin AsF-Landesvorsitzende bin. Darunter sind auch sehr viele Frauen, die nicht oder noch nicht in Parlamenten sind, auch nicht in den BVV, das sind bei uns die Bezirksparlamente.

Mit der Geschichte von den Männerhäusern auf den Palau-Inseln habe ich aber noch etwas darstellen wollen. Das ist das verfremdete Beispiel zur Verdeutlichung des Zusammenhangs. Je höher ich in diverse

Funktionen gekommen bin, mußte ich feststellen, daß die verheirateten Männer wirklich den ganzen Tag im Männerhaus bleiben und die Nacht auch. Zeit ist da ein ungeheuer freies Gut. Es ist nervend für alle, wie damit umgegangen wird.

Das haben die Männer aber noch nicht so entdeckt, weil sie doch bisher meinten, sie hätten jemanden im Rücken. Das trifft für West- wie für Ostmänner zu, ich kann das in Berlin beobachten, die haben alle irrsinnig Zeit für Sitzungen, Kugelgremien und das Bier danach.

Trotz aller langzeitigen Gewöhnung ist es so, daß die Frauen in Ostdeutschland - und übrigens auch in Gesamt-Berlin, Ost wie West - mit ähnlich hoher Frauenerwerbsquote, es von vornherein gewohnt sind, erwerbstätig zu sein. Das ist ein hohes Plus, weil es im gesellschaftlichen Selbstverständnis nicht extra erkämpft werden muß, daß sie auch erwerbstätig sein dürfen. Hingegen wirkt das Ehegattensplitting, wie bekannt, demotivierend, weil es den/die geringerverdienende/n PartnerIn mit sehr hohen Steuersätzen der Klasse 5 abstrafte. Meistens die Frauen!

# Anhang



# Frauen nach der Wende - Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch

Workshop am 20.02.1997 im Neuen Rathaus, Leipzig

## Einladung

Artikel 31 des Einigungsvertrages, das zweite Gleichberechtigungsgesetz sowie die Ergänzung von Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes sind rechtliche Grundlagen der Gleichberechtigungspolitik nach der Wiedervereinigung. Ausgehend davon laden wir Sie zum zweiten Teil des Workshops „Frauen nach der Wende - Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch“ ein. Die Beiträge des ersten Teils haben wir inzwischen dokumentiert und hoffen, Sie Ihnen rechtzeitig vor dem nächsten Treffen übersenden zu können. Wir schlagen Ihnen vor, ähnlich, wie beim letzten Mal, themenzentriert zu arbeiten und bitten Sie um Beiträge zu den im Programm ausgedruckten großen Arbeitsblöcken A, B und C. Allerdings soll im Fokus unserer Überlegungen die Erarbeitung von Forderungen, Perspektiven und Lösungsansätzen sein. Wir freuen uns, wenn Sie mit einem Statement oder Redebeitrag mitwirken möchten und laden Sie dazu herzlich ein.

Dr. Christine Bergmann  
Stellvertretende Vorsitzende  
des Forums Ostdeutschland

Gisela Zierau  
Ostdeutsche Länder

**Mit:**

**Dr. Inge Baumgart**

Thüringer Arbeitslosenverband

**Brigitte Blattmann**

Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Frauenförderung in  
der Stadt Leipzig

**Prof. Dr. Ulrich Blum**

Technische Universität Dresden

**Anna Damrat, Mda**

Stellvertretende Bundesvorsitzende der AsF

**Dr. Petra Gärtner**

Runder Tisch „Frauen und Erwerbstätigkeit in Sachsen“

**Katrin Rohnstock**

Publizistin, Berlin

**Dr. Gisela Schwarz, MdL**

**Petra Weis**

Referentin für Frauenpolitik, Bonn

# Programm

## **Begrüßung und Leitung**

Dr. Christine Bergmann

- A Zugang und gleiche Teilhabe von Frauen in der Politik**  
**Schwerpunkt:**  
**Forderungen und Vorschläge zur Veränderung der politischen Kultur**

*Einführender Beitrag:* Anna Damrat

*Moderation:* Petra Weis

- B Zugang von Frauen zu den wirtschaftlichen Ressourcen**  
**Schwerpunkt:**  
**Auseinandersetzung mit Forschungsergebnissen der Zukunftskommission Sachsen/Bayern zur Frauenerwerbstätigkeit**

*Beiträge:* Dr. Petra Gärtner

Prof. Dr. Ulrich Blum

Dr. Inge Baumgart

*Moderation:* Dr. Gisela Schwarz

- C Frauen und kulturelle Definitionsmacht -**  
**Über den Einfluß der Frauen auf unsere Kultur**  
**Schwerpunkt:**  
**Möglichkeiten der Veränderung geschlechtsspezifischer Rollenkonstrukte und Geschlechterverhältnisse**

*Einführender Beitrag:* Katrin Rohnstock

*Moderation:* Brigitte Blattmann

**Statements dazu aus der Sicht von:**

- Kommunalen Frauenbeauftragten
- Frauenbeauftragten in der öffentlichen Verwaltung, den Hochschulen und Ministerien
- Unternehmerinnen - Existenzgründerinnen
- Gewerkschafterinnen
- Politikerinnen - Kommune - Land - Bund
- Frauenverbänden - Frauenprojekten - Netzwerken von Frauen - Frauenhäusern
- Berufsverbänden für Frauen (Juristinnen/ Journalistinnen)
- Wissenschaftlerinnen
- Mädchen und Jugendarbeit
- Politischen Bildungseinrichtungen

## Veröffentlichungen

(Auswahl)

Public-Relations-Strategien für Kommunale Gleichstellungsbüros und Frauenprojekte

Reihe: Gesprächskreis Frauenpolitik Heft 13 (1995)

Zielgruppe Frauen in der regionalen und sektoralen Strukturpolitik  
Dokumentation (1996)

Zukunftsfähige Alterssicherung der Frau  
Forum Gender und Politik Heft 1 (1997)

Frauen nach der Wende - Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch

Dokumentation des Workshops in Berlin am 28. November 1997